

Das Harry Thürk - Fortsetzungsinterview

Da bis zum Tode Harry Thürks regelmäßig Leserfragen im Harry Thürk - Forum eintrafen, war mit Version 2.1 dieses "Fortsetzungs-Interview" ins Leben gerufen worden. Hier finden Sie eine Auswahl der interessantesten Leserfragen an Harry Thürk. Mit Version 5.4 des HTF wurden die letzten Fragen, die Thürk noch zu Lebzeiten schriftlich beantwortet hatte, veröffentlicht und das Interview endgültig eingestellt. Nun bleibt nur noch eins zu sagen: **Vielen Dank für das Interview. Danke, Harry.**

Im November 2004 erschien übrigens im Spotless-Verlag Berlin unter dem Titel "Treffpunkt Wahrheit" ein kleines Büchlein mit einer Auswahl der besten Leserfragen sowie einigen anderen, hier unveröffentlichten, Texten. Das Buch ist zum Preis von €5,10 im Handel oder beim Spotless-Verlag (<http://www.spotless.de>) erhältlich »



Herr H.R. in L.:

Im Rahmen meines Studiums hier arbeite ich an einer Abhandlung, die den Kalten Krieg zum Thema hat. In England findet man dazu eine große Menge erstklassiges Dokumentarmaterial. Bei einer Abgleichung mit deutschen Quellen fiel mir auf, dass der Kalte Krieg im zeitgenössischen Schrifttum kaum noch erwähnt wird. Mich würde interessieren, ob Sie eine Erklärung dafür haben...

Harry Thürk:

Lieber Herr R., Sie sind da auf ein Phänomen gestoßen, über das ich persönlich seit meiner Schulzeit immer wieder Veranlassung hatte, neu nachzudenken, nämlich dass historische Fakten mehr und mehr zum Verfügungsmaterial für politische Manipulationen der jeweiligen Regierung geworden sind. Ich skizziere Ihnen eine Auswahl:

1938/39, als Stalin sich mit Nazi-Deutschland auf "gute Nachbarschaft", d.h. die Teilung Polens, einigte, staunten viele Leute, denn bis dahin hatten Kommunisten und Nazis wie Feuer und Wasser gegeneinander gestanden. Nun wurden die deutschen Kommunisten zwar nicht aus den KZ's entlassen, aber der Führer der kommunistischen Weltbewegung war "ein Guter". Zeitweise. Die zeitgenössische Publizistik erinnerte sich einfach nicht mehr an all das was sie ihm vorgeworfen hatte.

Für die westlichen Demokratien war und blieb der Kommunismus das Schreckgespenst. Bis Hitler die Sowjetunion angriff. Da konnte man sich an den eigenen Antikommunismus nicht mehr erinnern, Stalin war Allierter.

Das blieb so, bis der großdeutsche Faschismus besiegt war. Sogar zu völkerrechtlich gewagten Konzessionen war man bereit gewesen. Als aber plötzlich die roten Fahnen mit Hammer und Sichel an der Elbe erschienen, änderte sich das schlagartig. Der Schock bewirkte nicht nur eine erneute Belebung des publizistischen Antikommunismus' - es begann der Kalte Krieg, das unablässige listenreiche, keine Regel mehr einhaltende Dauergefecht gegen die "rote Weltgefahr". Mit der Alt-BRD als Frontstaat auf der einen Seite, und der DDR auf der anderen. Und der immer wieder in die Hirne der Alt-BRD-Deutschen gedroschenen Weisheit, die DDR sei ja gar kein Staat, was dort geschehe, entscheide einzig und allein die Sowjetunion. Und zwar gegen "unsere lieben Brüder und Schwestern".

Dieses änderte sich, als Gorbatschow das Sowjetsystem und die nutzlos gewordenen "Volksdemokratien" verhökerte. Da wurde Russland zur "sich entwickelnden Demokratie". Und als sich die Leute in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer sozialen Lage zu wehren begannen, da hatte es laut neuer Publizistik den Vormund Sowjetunion nie gegeben, nur "ostdeutsche kommunistische Gewaltherrscher über einen Unrechtsstaat". Bis heute läuft das im Wesentlichen so: im Westen das Wirtschaftswunder und im Osten die von Ulbricht, Honecker und Genossen zu verantwortende Mangelwirtschaft. Kein Wort mehr von der Politik der Embargos, von der Co-Com-Liste und den unzähligen anderen Tricks, mit denen die DDR eingeschnürt worden war. Alles auf die Delegitimierung des unbequemen zweiten deutschen Staates abgestellt. Lügen durch Verschweigen. Der selektive Umgang mit historischen Fakten durch geübte Manipulatoren.

Ich will es hier mit meinen Denkanstößen erst einmal bewenden lassen, sie regen wohl hinreichend zum Weiterdenken an. Zum Schluss, Herr R., nur noch ein paar Bemerkungen über das von Ihnen festgestellte langsame Verschwinden des Kalten Krieges aus dem Geschichtsbild der letzten sechzig Jahre. Wir übersehen ja zuweilen, dass auch in der Politik oft eine Hand die andre wäscht. Da gibt es unseren Regierungschef, der seine Misserfolge in der Innen- und Sozialpolitik gern durch spektakuläre Siege in der Außenpolitik vergessen machen möchte. Ein Kunstgriff, der er nicht etwa erfunden hat, nein, der ist von Dutzenden von Vorgängern schon mit mehr oder weniger Glück praktiziert worden. Aber die konkrete Situation ist interessant: Deutschland soll in den Sicherheitsrat der UNO. Russland - eingedenk der deutsch-russischen Männerfreundschaft - befürwortet das. Aus Freude darüber können die deutschen Gutmenschen sogar vergessen, dass in Tschetschenien Krieg geführt wird. (Auch Amerikas Regierer vergessen das ja über ihrem menschenfreundlichen Engagement im Irak völlig!) Warum sollte man also vom heutigen obersten Repräsentanten Russlands verlangen, dass er sich mit der Rolle der Sowjetunion im Kalten Krieg auseinandersetzt? Wäre doch unbillig! Wo doch auch die USA dem Einzug Deutschlands in den Sicherheitsrat zustimmen. Allerdings eben mit dem berühmten kleinen Häkchen, das sie für solche Fälle immer bereit haben, nämlich dass Deutschland den Sicherheitsrats-Beitrag voll bezahlt, das Vetorecht aber nicht ausüben darf. -

Na, wenn man über einer solchen Konstellation nicht den ganzen Kalten Krieg vergisst! Einschließlich des hochpeinlichen Beschlusses, den der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, an jenem denkwürdigen 25.10.1989 verkündete: "Die kommunistischen Bruderparteien dürfen ab nun über ihren politischen Weg selbst entscheiden." Ja - durften sie denn das vorher nicht? Ulbricht und Honecker hätten demnach die DDR nicht aus eigener Machtvollkommenheit zur Unrechtsdiktatur und zum Frontstaat des Kalten Krieges gemacht? Vorsicht, Vorsicht, am besten vergisst man diesen ganzen Komplex und spricht lieber über die Freundschaft des neuen Russlands zum neuen Deutschland. Belässt die Vergangenheit bei der bequemen, eingängigen Aufteilung Wirtschaftswunder contra

Unrechtsstaat ohne Bananen und Ballermann. Und lobt die Sympathien des Moskauer Lupenreinen für Berlins Chefdarsteller. Nach vorn blicken, statt zurück!

Die neue russisch-deutsche Freundschaft, in deren Zeichen die Geschichte völlig neu geschrieben wird...

Mir bleibt da nur noch die Anregung, sich die kluge Feststellung de Gaulles in Erinnerung zu rufen, bevor eine Legion von Mietschwätzern sie unter ihren Honorarquittungen für immer begraben kann. De Gaulle sagte: "Staaten haben keine Freunde. Staaten haben Interessen."

Warum, lieber Herr R., schreiben Sie nicht Ihre Doktorarbeit über den selektiven Umgang der Politik mit den Realitäten der Geschichte?

Herr H.K.:

Wie stehen Sie zu einer eventuellen Verfilmung des Romans "Die Stunde der toten Augen"?

Harry Thürk:

1959 schrieb ich zusammen mit dem damaligen DEFA-Regisseur Herbert Ballmann für eine solche Verfilmung das Drehbuch "Haus im Feuer". Die DEFA akzeptierte es, Ballmann begann mit der Arbeit. U.a. wurde Gisela Uhlen für die Rolle der Anna gewonnen. In die Arbeit hinein platzte dann ein von Moskau ausgesprochenes Verbot, den Film zu drehen: Die Haltung des sowjetischen Offiziers, der sich von einer deutschen Frau helfen lässt, und sein Verhalten gegenüber einem faschistischen Soldaten seien absolut unsowjetisch und dürften keine Publizierung erfahren. Ballmann verließ die DDR. -

Mein Roman hat die Zerstörungen zum Thema, die das Waffenhandwerk bei jungen, gutgläubigen Menschen in der Seele anrichtet. Dieses Thema besteht auch heute noch weiter. Es wird sich nicht erledigen, solange junge Männer (und auch Frauen) Kriegsdienst zu leisten haben.

In unserer gegenwärtigen Realität ist der Militärdienst von der sklavischen Staatsbürgerpflicht zum fragwürdigen "Job" geworden. Das hat, wie die Vorgänge in Guantanamo oder irakischen Gefängnissen zeigen, seine zerstörerischen Wirkungen auf die Seelen der Akteure keinesfalls beseitigt. Es hat sie nur mit wohlfeilen, beruhigenden Etiketten versehen. Dem Abziehbild "Menschenrechte".

Da ich nicht glaube, dass in der gegenwärtigen Situation, in der arbeitslose junge Leute im Waffendienst eine Beschäftigungsalternative sehen, und ihnen mit der giftigen Intensität verlogener Medienberieselung eingebläut wird, unter Waffen bis in den Hindukusch und etwa ein Dutzend anderer Gegenden der Welt zu ziehen, sei ehrenvoll, sehe ich keinerlei Chance, den Grundgedanken meines Romans in einem Film umgesetzt zu bekommen.

Aus diesem Grunde würde ich einer Verfilmung, die bestenfalls die Rahmehandlung übernimmt, nicht zustimmen.

Herr S.U. in B.:

Ich habe in Erinnerung, dass Sie die EU positiv bewertet haben. Nun, nach dem Scheitern der Verfassung und dem Ärger über die Finanzen - wie soll es Ihrer Meinung nach weitergehen? Oder soll das ganze Vorhaben am besten eingestellt werden?

Harry Thürk:

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die originäre Idee vom Zusammenschluss der Länder unseres Erdteils auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet unverzichtbar ist. Eine Jahrhundertaufgabe, die nicht nur Kriege unmöglich machen wird, sondern auch spürbar mehr Wohlstand für alle bringen soll.

Allerdings: Gegen das, was in wenigen Jahren aus diesem Vorhaben gemacht wurde, bin ich ganz entschieden. Das "Nein" zu der kürzlich in Frankreich und Holland abgestimmten sogenannten Verfassung war nötig, um eine Entwicklung aufzuhalten, die den Europa-Gedanken mit Sicherheit töten würde. Nachdenken ist dringend nötig. Auch besonders in Deutschland, wo die Bevölkerung erst gar nicht nach ihrer Meinung befragt wurde, sondern das fragwürdige Dokument mit Hilfe der erprobten Fraktionsdisziplin fast unauffällig den Bundestag passierte.

Zu Ihrer Frage, wie es nun weitergehen soll, will ich Ihnen einige Bemerkungen übermitteln, wobei ich es Ihnen überlasse, sie in die richtige Abfolge zu bringen.

Unerlässlich scheint mir, dass vernünftige Europa-Befürworter sich endlich darüber klar werden, dass wir nicht einen Bundesstaat Europa realisieren können, wie ihn etwa die Verfassung juristisch zementieren sollte. Das ist in unserem Erdteil mit seinen vielen Nationalstaaten höchst unterschiedlicher Beschaffenheit und historischer Tradition einfach nicht möglich. Was wir schaffen können, ist ein Staatenbund mit stetig wachsenden politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten auf der Basis gegenseitigen Nutzens bei Wahrung größtmöglicher Vielfalt in der Lebenspraxis der Bevölkerung. Europa wird eine Gemeinschaft in Vielfalt sein, oder es wird gar keine Gemeinschaft werden.

Soeben höre ich, dass der polnische Präsident vorgeschlagen hat, die Bevölkerung aller europäischen Länder im Rahmen einer Volksabstimmung über Weg und Ziel der EU entscheiden zu lassen.

Höchste Zeit! Bisher haben sich zu viele Beamte fragwürdiger Eignung anmaßen können, hier zu schalten und zu walten. Womit ich bei meiner zweiten Bemerkung bin: das Personal, das Brüssels Euro-Amtsstuben füllt.

Neben den Leuten, die die Voraussetzungen haben, hier Verantwortung zu tragen, hat sich ein wahrer Wasserkopf von Postenjägern in der EU-Zentrale eingenistet. Ein Mann mit dem Talent für skurrile Wortbildungen nannte sie bitterböse "Eurokratische Regiersüchtige mit Null Sachkenntnis aber einer Unmenge spinnerter Ideen, die sie als EU-Vorschläge verkleidet lancieren und für die sie unter dem Heiligenschein christlich-abendländischer Leitkultur Gehorsam verlangen". Da gibt es unentwegt etwas zu regeln, zu normieren, einzuführen, abzuschaffen, zu reformieren, es wird "vorangetrieben", im Stil von Kuhhirten wohl, und es wird ohne Unterlass Integration verlangt, ziemlich drohend

manchmal, denn "Integration" heißt eben, ohne Widerspruch "auf Vordermann mitlaufen". Basta!

Im Laufe der Jahre haben die Wasserkopf-Gestalten an den vernünftigen Europapolitikern vorbei auf diese Weise die unsinnigsten Einfälle zu europäischem Recht machen können. Ob es der Krümmungsgrad von Bananen ist, oder die Ladenöffnung, der Dosenpfand oder die Richtlinie für Seilbahnen - es sind insgesamt etwa 130 000 solche und ähnliche Richtlinien erlassen worden, die auf den verschiedensten Gebieten die verfassungsmäßigen Rechte der Mitgliedsstaaten außer Kraft setzen.

Der Anlauf, das mit der sogenannten Verfassung noch umfangreicher machen zu können, ist erst einmal gescheitert. Jetzt säuseln die Durchgefallenen, Europa sei doch "eine Schicksalsfrage" für Deutschland, was man als Demagogie abbuchen kann. Ernster ist das Gegrummel, das man da aus dem Hintergrund hört, und das Polen gilt, einem Land, das nicht zufällig seine nationalen Traditionen aufmerksam vor fremdem Zugriff schützt. Da ist zu vernehmen, nun ja ... diese Methode der polnischen Bauern, ihre Kühe per Hand zu melken, sei eben so ganz modern-europäisch-hygienisch nicht...

(Seit Jahrhunderten produzieren polnische Bauern auf diese Art köstliche Trinkmilch, von der Kinder groß und stark werden. Nun aber der versteckte Anwurf, sie hätten dreckige Finger?)

An anderer Stelle höre ich einen Brüsseler Beamten in der Debatte über Dienstleistungen flöten, es grause ihm, wenn er an die "Horden polnischer Klempner" (wörtlich!) denke, die nach Deutschland strömen. Ich erspare mir, das zu kommentieren, und ich will am Ende der Betrachtung über das Personal nur vermerken, dass die Mitgliedsländer aufhören müssen, unbequeme Spinner nach Brüssel "abzuschieben", wie das üblich geworden ist. 50 % der Beamten dort sind überflüssig. Die Mitgliedsbeiträge könnten leicht um 50 % gesenkt werden, wenn man den Wasserkopf beseitigt und die Europapolitik vom Kopf auf die Füße stellt, indem man, statt den Bürokraten Brüssels das Recht zu geben, sich ihre Operationsfelder zu wählen, die Parlamente der Nationalstaaten demokratisch entscheiden lässt, welche Kompetenz sie jeweils zu welchen Bedingungen an Brüssel abgeben. Statt sie heuchlerisch aufzufordern, "ihre nationalen Egoismen" abzuschaffen! Europa ist keine Sache, die im Schnellschuss zu erledigen ist, es ist eine Jahrhundertaufgabe. Sie erfordert nicht nur Geduld, sie ist auch nicht von einer Handvoll Klugschwätzer am Volk der Mitgliedsländer vorbei zu lösen. Versucht man das weiterhin, wird ein Misserfolg unvermeidlich sein.

Meine letzte Bemerkung gilt der fragwürdigen Achse Paris-Berlin-Moskau, die sich da herausgebildet hat, und die einerseits die Möglichkeiten der Einmischung für das angeblich "lupenrein demokratische", andererseits in Tschetschenien Krieg führende Russland in Brüssel schafft, im Gegeneffekt aber, was noch problematischer ist, für die NATO, Europas Streitmacht mit ihrer transatlantischen Prägung durch die Dominanz der USA, eine Situation heraufbeschwört, die erneut die Bündnisverpflichtung der BRD auf eine Weise zur Entscheidung stellt, der schon beim letzten Anlass, dem amerikanischen Irak-Krieg, kein deutscher Politiker gewachsen war. Eine allseits akzeptierte EU-Verfassung hätte dieses Problem angesichts von 150 atomaren Sprengsätzen, die auf US-Basen in der BRD lagern, gefährlich verstärkt. -

Nun hörte ich unlängst einen hohen deutschen Beamten in Brüssel, der ein Horror-Wandbild anlässlich des Scheiterns der Abstimmung entwarf. Deutschland würde mit der Globalisierung ohne die EU-Verfassung nicht zurechtkommen, es würde weder Arbeitsplätze noch weiteren Anstieg (!) der Binnenkonjunktur geben, vor allem aber würde Deutschland von aufstrebenden Ländern wie China oder Indien hoffnungslos "an die Wand gedrückt" werden. Man staunt, welche jämmerlichen Notlügen dazu herhalten sollen, das zu realisieren, was unser Oberpolitiker rundweg als Hauptanliegen anführte, nämlich über die EU-Verfassung das Recht der BRD zu sichern, "als stärkste Wirtschaftsmacht des Erdteils die Vormachtstellung auszuüben, die ihr gebührt." Er sprach sogar von "Führungsrolle".

Allein das erst einmal verhindert zu haben, ist Verdienst der französischen und niederländischen Wähler. Und wie dadurch ermutigt, hat Deutschland wenig später eines dieser neuen Wasserkopfprojekte der "Neuordnung" abgelehnt, die Schaffung des neuen Kfz-Führerscheins. Ich hoffe, dass diese Art nachzudenken und mit Vernunft zu handeln, sich fortsetzt. Damit wäre Europa gedient.

Herr We. in V.:

Russland hält dieser Tage in Königsberg, das heute Kaliningrad heißt, und woher meine Großeltern (Deutsche) kamen, Feiern ab, 750 Jahre nach der Gründung. Aber das war doch wohl eine deutsche Gründung, oder? Wieso feiern das dann die Russen?

Harry Thürk:

Selbstverständlich war Ostpreußen mit der Hauptstadt Königsberg eine deutsche Provinz, bis es nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion zur "Kriegsbeute" erklärt und die nördliche Hälfte annektiert wurde. Königsberg wurde in Kaliningrad umbenannt, alles was an die Zugehörigkeit zum deutschen Staat erinnerte, ausgemerzt. Selbst die Friedhöfe wurden "bereinigt". Deutsch beschriftete Grabplatten dienten zum Bau von Fundamenten (etwa für das Siegesdenkmal vor dem Königsberger Rathaus). Wenn sie aus wertvollen Steinen bestanden, wurden sie gegen Devisen ins Ausland verkauft.

Ich erkläre, dass ich nicht die Absicht habe, an der deutschen Verantwortung für den 2. Weltkrieg, für den industriell organisierten Mord an Polen, Juden und anderen "Gegnern", an der ganzen Summe von Grausamkeiten, die mit der von Deutschland betriebenen "Neuordnung Europas" einhergingen, auch nur die geringste Kleinigkeit zu leugnen oder gar zu verteidigen, wenn ich feststelle, dass bei den Gebietsverschiebungen im Osten, die mit dem Sieg der Alliierten einhergingen, auch mit der Annexion Ostpreußens, Regeln des Völkerrechts gezielt außer Acht gelassen wurden.

Diese territorialen Veränderungen, die Deutschland etwa ein Drittel seiner Landfläche kostete, haben eine andere geschichtliche Wurzel, und über die muss heute erlaubt sein, ohne Anspruch auf Veränderungen zu sprechen. Nur dann können wirklich alle Fakten des historischen Prozesses im Zusammenhang beurteilt werden, und wir können uns als Demokraten von den zum Schweigen gezwungenen Untertanen undemokratischer Zensursysteme unterscheiden. In diesem Sinne bitte ich zu verstehen, wenn ich jetzt auf das Jahr 1938 zurückgehe. Damals nämlich begann eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt heute in der nur schwer begreifbaren Feier findet, die ein Nachfolger des Strategen Stalin wohl im Wesentlichen für jene Landsleute in Szene setzt, die in ihm den würdigen Nachfolger sehen, obwohl er nicht müde wird, eine demokratische Zukunft für Russland zu beschwören.

Der gewiefte Taktiker Stalin sah 1938 die Zuspitzung des deutsch-polnischen Konflikts als Chance, eine alte eigene

Rechnung mit Polen zu begleichen. "Gute Nachbarschaft" war sein Angebot an Hitler. Der stieg überraschend schnell ein, wollte er doch den Rücken frei bekommen für seine Rachepläne gegen die Demokraten des Westens. In Moskau wurde man sich ungewöhnlich schnell einig über eine Teilung Polens. Stalin wollte die polnische KP für den Coup engagieren, aber deren ZK lehnte das ab, worauf Stalin dessen führende Mitglieder zur "Beratung" nach Moskau einlud. Unmittelbar nach ihrer Ankunft wurden sie erschossen. Die Kommunistische Internationale löste Polens KP auf.

Man einigte sich mit Hitler darauf, dass Moskau 180 000 km² ostpolnisches Gebiet erhielt, außerdem gestattete Hitler, dass die drei baltischen Staaten und ein Teil Rumäniens von der Sowjetunion annektiert wurden. Der Polenfeldzug, den beide Partner im September 1939 führten, beschloss die Abmachung und beflügelte Stalin auf dem Siegesbankett zu dem peinlichen Ausspruch, nun sei die sowjetisch-deutsche Freundschaft auch mit Blut besiegelt.

Aus den von der Sowjetunion annektierten Ostgebieten Polens werden nach der nunmehr schon dritten Aufteilung des Landes zwischen seinen beiden Nachbarstaaten sofort 600 000 Bürger nach Kasachstan deportiert. Etwa 150 000 kommen dabei um. 22 000 polnische Offiziere und Beamte werden - meist in Katyn - erschossen. Später werden noch einmal 60 000 Arbeiter und Soldaten deportiert. Als Hitler nach den ersten militärischen Erfolgen im Westen die Sowjetunion überfällt, den Blick auf deren Rohstoffe gerichtet und auf den von Deutschland angeblich benötigten "Lebensraum", wird Moskau schließlich zum Alliierten der Westmächte und zu einem der Sieger. Bei Krimwein und Kaviar setzt Stalin in Konferenz mit Roosevelt und Churchill durch, dass er den aus dem Geschäft mit Hitler stammenden Teil Polens behalten kann. Polen soll sich auf Kosten Deutschlands in dessen Ostprovinzen ausbreiten. Die Fläche beträgt 103 000 km². Den Beschluss fassen die Alliierten. Den Polen als Opfer der Aufteilung wird die Vertreibungsarbeit in direkter Konfrontation mit den Deutschen überlassen. Dies alles hinterlässt in Polen wieder einmal das Gefühl, von Moskau zutiefst unfair behandelt worden zu sein, zumal nun mit dem aus der Sowjetunion nach Lublin entsandten neuen, auf Stalin eingeschworenen ZK der KP eine Politik einzieht, die man als Vasallentum empfindet. Letztlich hat hier die Solidarnosc-Bewegung ihre Wurzel. Sie beendet die Etappe der "Volksdemokratie Polen", und es ist nur noch ein formaler Schlusspunkt, als der Sejm 1998 diese Art Kommunismus als "verbrecherisch von Anfang an" erklärt.

Polen hat von Moskau verlangt, dass es sich für das auf seine Kosten zwischen Stalin und Hitler gemachte Geschäft wenigstens offiziell entschuldigt. Aber weder Gorbatschow noch Jelzin haben darauf reagiert. Und der heutige Herr des Kreml, von einigen Leuten als "lupenreiner Demokrat" gepriesen, denkt gar nicht daran, historische Fehlleistungen auch nur einzusehen. Im Gegenteil, er gibt sich beleidigt, wenn auch nur jemand daran erinnert. So kam es, dass er zu der seltsamen 750-Jahresfeier des deutschen Königsberg, das er als "russische Exklave" bezeichnet, weder Polen noch die ebenfalls skeptischen baltischen Nachbarn einlud. Es blieb dem deutschen Kanzler vorbehalten, dem Ereignis so etwas wie internationales Flair zu verleihen. Vorsichtshalber wurde auch noch der französische Präsident bemüht, und so rückte wieder einmal die "Achse" ins Bild, was bei den skeptischen Nachbarn keinesfalls Beifall auslöste. Im Gegenteil. Daran änderte auch das betont zivile Verhalten des Franzosen nichts, von dem Beobachter berichteten, nach zwei Stunden, als seine Witze erzählt waren und er erfahren hatte, welche Garderobe die deutsche Kanzlergattin beim G8-Gipfel in Schottland tragen würde, wäre er wieder nach Paris verschwunden.

So vollführte denn der erfolglose deutsche Obermacker einen politischen Salto auf Stelzen, indem er seine Einladung zu der seltsamen russischen Feier der deutschen Stadtgründung als Beweis dafür anführte, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland so gut seien wie nie zuvor. Das hört sich wie ein makaberer Scherz an. -

Die deutschen Medien veranstalteten aus der Sache einen hilflos anmutenden Seiltanz zwischen berühmter Pressefreiheit und Parteidisziplin, der jede kesse Bemerkung über die Rüpelei des Kreml-Herrn gegenüber seinen Nicht-Gästen ausschloss, die der deutsche Ehrengast nicht kommentieren wollte. Sein Glück. Trotzdem bescheinigte ihm ein von mir ab und zu mit Vergnügen gehörter britischer Rundfunk-Komiker, er habe durch seine bloße Teilnahme an der Königsberg-Kaliningrader Inszenierung erkennen lassen, dass er den historischen Horizont einer Blattlaus habe. Was nun wiederum ich nicht kommentieren möchte. -

Wie Sie sehen, Herr We., sind die Hintergründe und das Drumherum wieder einmal interessanter als der eigentliche Vorgang. Sollte ich zu ausführlich gewesen sein, in dieser Zeit, in der Wahrheit bei uns immer kostbarer wird, dann überlesen Sie hin und wieder ein paar Zeilen. Ich wünsche Ihnen dabei gute Unterhaltung.

Herr Fü. aus W.:

Im Rahmen meiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit hörte ich, dass an der Bauhaus-Akademie in Weimar eine neue Fakultät eingerichtet wird, die den Umgang mit Rauchmeldern und Nachtwächtern in feuergefährdeten musealen Sammlungen wie der Anna-Amalia-Bibliothek lehren soll. Können Sie das bestätigen?

Harry Thürk:

Lieber Herr Fü., ich entsinne mich noch Ihrer satirisch-bitteren Vorschläge zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Reduzierung der Anwärterzahl per Flächenbombardements menschenrechtlichen Charakters, die Sie mir vor einiger Zeit übermittelten, und die in meinem Buch "Treffpunkt Wahrheit" veröffentlicht wurden. Nun haben Sie diesmal eine der Unsäglichkeiten unserer heutigen Gegenwart aufgespießt, aus dem Lumpensack von kommunalem Filz, Korruption und gegenseitiger Vorteilsschieberei gegriffen. Ich fürchte, die von Ihnen erwähnte Fakultät wird es nicht geben. Im Zusammenhang mit hohen Beamtengehältern den Begriff Verantwortlichkeit auch nur zu erwähnen, wie es etwa beim Brand der Anna-Amalia-Bibliothek durchaus angebracht gewesen wäre, ist unfein; es würde mich nicht wundern, wenn es bald unter Volksverhetzung rangiert. -

Übrigens musste ich an Sie denken, als ich jetzt hörte, dass sich auch hohe Würdenträger der UNO daran beteiligen, die Moral endgültig zur Hure zu machen. Oder wie würden Sie als Satiriker das sonst bezeichnen, wenn so jemand, der eben noch vor Rechtschaffenheit förmlich tiefend die Beseitigung des Schurken Saddam forderte, nachdem die USA ihn "besiegt" haben eiligst das Hilfsprogramm "Öl für Lebensmittel" ins Rollen bringt, um von den spendablen Lieferanten eine runde Million an Bestechungsgeldern zu kassieren, wie Herr Jakolew?

Raffgier, Heimtücke und Heuchelei, die zu Wesenselementen unserer Gesellschaft wurden, zeitigen zuweilen Unglaubliches. So bringt jemand einfach das Geruch in Umlauf, der Germanistikprofessor an einer Universität habe

früher Leute bei der Stasi denunziert. Beweise gibt es nicht, diese Enthüllungsbranche kann ja nur mit "ernstzunehmenden Hinweisen" dienen. Aber die Universität wirft den Professor sofort hinaus. Den Job bekommt einer der, wie man erfährt, schon seit einiger Zeit in den Startlöchern stand. -

In einer Kleinstadt Thüringens, so erzählt man mir, ist die Toilettenfrau des Rathaus-Aborts fristlos entlassen worden. Es wurde bekannt, dass sie vor etwa zwanzig Jahren als Toilettenreinigerin in der Stasi-Dienststelle gearbeitet hat. Damit ist die Tätigkeit in einem Rathaus heute unmöglich.

Sind das Beispiele für notwendige Aufarbeitung von persönlicher Schuld? Oder handelt es sich vielmehr um widerliches Zelotengehabe mit der Würde anderer Menschen als Spielmaterial? Es darf nicht übersehen werden, dass sich dies alles unter der Jurisdiktion der Alt-BRD vollzieht, die der DDR mit der Wiedervereinigung übergestülpt wurde. Zur Beurteilung der moralischen Legitimation dieser Alt-BRD ist hilfreich zu wissen, dass die offizielle Statistik beispielsweise noch 1958 im Bundeskriminalamt unter 47 leitenden Beamten 33 ehemalige SS-Führer ausmachte, 20 Hauptsturmführer und 2 Sturmbannführer.

Bundesrichter in Karlsruhe war um diese Zeit ein Herr F. M. (Name bei mir!), der während der Nazi-Besetzung der Tschechoslowakei allein an vier Todesurteilen gegen Tschechen mitwirkte, als Beisitzer. Und 1951 amtierte im Bundesverfassungsgericht als Richter noch der Herr W.G. (Name bei mir!), in der Nazizeit Staatsanwalt beim Sondergericht Bamberg, mit 5 Todesurteilen auf dem Konto...

Schlechtes Gewissen, das dazu drängt, an DDR-Bürgern die eigenen, so gern vertuschten Versäumnisse abzarbeiten? Rechtfertigung vor sich selbst?

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, dass es sich bei den eben von mir erwähnten Beispielen nicht etwa um "ernstzunehmende Hinweise" von der Qualität jenes Drecks aus den Stasi-Müllsäcken handelt, sondern um offizielle statistische Angaben aus Alt-BRD-Behörden. Das darf in einer Zeit nicht verschwiegen werden, in der Denunziation in anderen Gesellschaftsordnungen nach Kräften begehrt wird, um dahinter verschwinden zu lassen, dass sie in der eigenen zum Kavaliärsdelikt verkommt. Immer mehr dient sie der gezielten Verleumdung, dem Rufmord. Und sie bestätigt immer wieder eine Erkenntnis, die so alt ist wie die Kunst der Manipulation Argloser und Gutgläubiger, nämlich dass man Lügner nicht nur an dem erkennt, was sie sagen, sondern ebenso an dem was sie verschweigen.

Um noch einmal auf die von mir erwähnte Toilettenreinigerin zurückzukommen: es ist unveränderlicher Teil meiner Geisteshaltung, die Würde einer solchen Frau nicht um einen Deut geringer zu veranschlagen, als etwa die eines Staatsoberhauptes. Warum ich darauf aufmerksam mache? Nun, während der Zeit, als die Toilettenfrau bei der Stasi arbeitete, diente ein heutiges Staatsoberhaupt dem sowjetischen Geheimdienst KGB, gewissermaßen der Schöpferin der Stasi, von Dresden (DDR) aus als Führungsoffizier für Spione, die für Moskau in der Alt-BRD operierten. Ein Blick auf seine Karriere ist nicht ganz uninteressant, zumal es ja hauptsächlich ehemalige KGB-Leute sind, die heute Russlands Geschicke lenken. Angefangen hatte es vor etwa 16 Jahren, als ein bis dahin nicht sonderlich hervorgetretener Mann namens Gorbatschow von Andropow (ebenfalls aus dem Geheimdienst hervorgegangen) in die Funktion des Generalsekretärs im Kreml lanciert wurde. Die Betonköpfe der Nomenklatura waren mit ihrer eingefrorenen Politik am Ende. Das Land brauchte einen radikalen Umschwung. Und genau da kamen die exzellent ausgebildeten, psychologisch besonders geschulten KGB-Leute mit ihrem grenzenlosen Ideenreichtum ins Spiel, als Regierer des Landes. Gegen Angriffe von Alt-Stalinisten durch den allmächtigen Geheimdienst geschützt, etablierten sie zügig eine neue, von allen lästigen Verpflichtungen befreite, egoistische, zu Bündnissen selbst mit dem Teufel noch befugte Regierung, die im Grunde das alte System mit neuem Blut füllte, wie manche westeuropäische Illusionisten heute erst feststellen. Und mit neuen Gesichtern. Mit ungewohnten Vorgehensweisen verwirrten diese Kreml-Erben vor allem EG-Politiker der leichtgläubigeren Art, aber sie stellten ihre Taktik mit beeindruckender Präzision auf erkannte menschliche Schwächen solcher Leute ab, die ihnen den Weg an die Schaltstellen der Europapolitik ebneten konnten. Das geschah wahlweise mit Doktorhüten, Eintragungen in Goldene Bücher und ähnliche "Ehren", aber auch mit demonstrativen "Freundschaften", deren Glanzlichter dann die Anreise ganzer Balalaika-Orchester mit Glenn-Miller-Programm und Donkosakenchören mit deutsch gesungenen bräunlich-germanischen "Volksliedern" von der sturmfesten und erdverwachsenen Art waren: Maut auf dem Weg vom östlichen Endpunkt der neuen "Achse" an die Schalthebel in Brüssel? Was sonst? Eitelkeit und übersteigertes Geltungsbedürfnis werden von Geheimdiensten in aller Welt skrupellos genutzt, wenn sie bei ihren Zielpersonen ausgemacht sind. Ich finde, die cleveren KGB-Leute, die uns das heute im eigenen Hof vorexerzieren, sind dafür nicht einmal besonders zu schelten - sie tun, was sich ihnen anbietet! Erinnern wir uns also an die Toilettenreinigerin, die ich in die Betrachtung einbrachte. Im Jargon der aus der Alt-BRD zu uns im Osten gekommenen professionellen "Aufarbeiter" und "Bewältiger" steht wohl hinter ihrem Namen auf Lebenszeit: "... war bei der Stasi." Wogegen über den Herrn Führungsoffizier der sowjetischen Alt-BRD-Spionage die im 98 % aller Medien gleichlautende Charakterisierung unnachahmlich indifferent lautet: "Der Präsident arbeitete auch eine Zeit lang in Dresden."

Die Toilettenfrau und der Agentenführer. Dass die Sache bei uns so läuft, kann man feststellen, mehr nicht. Da sind politische (teils eben auf ausgenutzter Eitelkeit oder zweckmäßiger Männerfreundschaft beruhende) Manipulationen im Spiel, wie sie, wenn sie in Diktaturen auftreten, bei demokratischen Journalisten völlig zutreffend als Einschränkung der Pressefreiheit bezeichnet werden. Umso mehr befremdet es, wenn gerade diese Botschafter des freien Wortes heute in seltener Einigkeit die Formel vom "in Dresden tätig Gewesenen" nachlabern und dabei offenbar nicht einmal Scham empfinden. Ist das nur Angst vor dem blauen Brief? Oder wovon sonst? Spielwiese für Satiriker, Herr Füll!

P.S.: Die Gründung von Fakultäten in Sachen Rauchmelder und Nachtwächter bei der Anna-Amalia-Bibliothek ist überholt: in der heutigen Lokalzeitung (Medienholding der SPD) lese ich, dass neue Untersuchungen geführt werden sollen. Da wo das Feuer entstand, hat gar kein Elektrokabel gelegen, also auch keins von schlechter DDR-Qualität. Stattdessen kommt jetzt der aus Wänden austretende Schwamm in Verdacht, er soll in der Lage sein, solche Brände zu verursachen. Ob das nur für DDR-Schwamm zutrifft, wird die Untersuchung (hoffentlich) klären. Auf jeden Fall wird sie erweisen, dass die Verantwortlichen keine Schuld trifft.

Und da kann ich Sie, Herr Füll., nur ermuntern: ermitteln sie weiter mit! Wenn Sie Hausschwamm haben, versuchen Sie mal, ihn zum Brennen zu bringen...

In meiner Nähe dudelt ein Radio vor sich hin. Wenn ich soeben recht gehört habe, hat sich ein Wissenschaftler gemeldet, der ein Gutachten darüber anbietet, dass die Proletarisierung in der DDR zu Veränderungen des Hausschwammes führte, die eine Selbstentzündung bewirken. Über den Preis des Gutachtens wird noch verhandelt...

Ein Schuft, wer Böses dabei denkt!

Herr W.S. in Z.:

Ich bin empört. Künftig soll jeder Schnüffler mein Sparbuch kontrollieren können. Ist dagegen noch etwas zu machen, oder ist das der Weg zum Gläsernen Menschen?

Harry Thürk:

Er ist es. Und zu machen ist dagegen nichts mehr. Die Mehrheit der Bürger hierzulande hat sich damals, als der Heilsbringer in Moskau mit seinem "Glasnost"-Rummel die Auflösung der unzulänglich gewordenen globalen Vereinigung von "Arbeitnehmern" betrieb, dafür entschieden. Mithin für "Glasnost". Das praktiziert nun die Internationale des Großkapitals, und gegen die gibt es - außer folkloristisch anmutenden Demonstrationen - kein Mittel. Der gläserne Mensch war von jeher der Wunschtraum dieser sogenannten Wirtschaftselite. Sie bekommt ihn jetzt, und zwar mit begeisterter Zustimmung aller Nutznießer.

Der allseits beliebte Glasnostifikator selbst wurde vom Leben nicht bestraft, sondern belohnt, zumal er es schaffte, zur Auktion des Staatssystems, als dessen Chef er einst gewählt worden war, in Washington nicht zu spät zu kommen. - In unser aller Interesse, Herr S., hoffe ich, dass sich die Mehrheit der glasnostfreudigen Deutschen nicht etwa eines Tages noch für eine Lichtgestalt entscheidet, die weit unangenehmere Dinge ins Rollen bringt, als nur den Durchblick auf Sparbücher. Es tut mir leid, wenn sich das ein bisschen zynisch anhört, aber in unserer neuen Realität gibt es Erscheinungen, die klingen umso zynischer, je zurückhaltender man sie darzustellen versucht.

Herr S.O. in E.:

Jeder Tag bringt einen neuen Korruptionsskandal unter Politikern. Ich stelle mir immer öfter die Frage: In was für einem Land leben wir eigentlich? Sie auch?

Harry Thürk:

Gewissenhafte Historiker haben vor sehr langer Zeit schon den Lobbyismus als eine Erbkrankheit der Demokratie bezeichnet. In meinem Urteil hat diese Erbkrankheit unter den Bedingungen der letzten 15 Jahre in Deutschland den Charakter einer Seuche angenommen. Die Frage, in was für einem Land wir leben, habe ich selbst mir seitdem nicht nur einmal gestellt.

Und doch, lieber Herr O., leben wir in einer "sowohl-als-auch"-Gesellschaft. Denn neben den Korruptierbaren gibt es eben immer wieder die Anständigen unter den Politikern. Wie in jedem anderen Berufsstand. Wenngleich ich nicht im Traum daran denke, das alte, weise Wort "Geld verdirbt den Charakter" zu ignorieren. Jene Politiker übrigens, deren Anständigkeit über die Verlockung siegt, die vom Wähler verliehene Macht zugunsten der eigenen Brieftasche zu missbrauchen, erkennt man gelegentlich daran, dass sie nicht alle drei Tage einen Reporter zu sich rufen, um in sein Mikrofon zu labern, wie sehr etwas sie begeistert oder bedrückt hat. Es kann ganz unterhaltsam, Minister einmal darauf zu beobachten...

A propos Unterhaltung: Nun hat die Korruption, wie man pausenlos in die Ohren geblasen bekommt, also auch die nationale Ikone Fußball erreicht. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die verdeckte Münze vor absolut keinem Berufsstand Halt macht, dann ist dies einer. (Über "Gutachter", angeblich neutral urteilende "Sachverständige", "unabhängige Meinungsäußerer" und ähnliche Mietschwätzer, die den Leuten für entsprechende Gegenleistung aufreden, Ondraschek wäre der Erzbischof von Olmütz gewesen und Hotzenplotz der Bürgermeister, wollen wir lieber gar nicht reden!)

Also der Fußball! Und als mir ob der neuen Hiobsbotschaft gerade ein guter Freund des rollenden Balles am Telefon das Bekenntnis gemacht hatte, er glaube von nun an, was andere schon länger glaubten - nämlich dass "der Mensch ein bekleidetes Schwein sei, das Mathematik kann" - kam ich beim Erneuten Hören der Meldung im hiesigen Info-Radio plötzlich über eine Weisheit ins Grübeln, die gerade ein "Sachverständiger für die DDR" abspulte, den man in Bielefeld ausfindig gemacht hatte. Danach wäre die Rate der Korruptionsfälle "im Osten" ganz besonders hoch, verglichen mit dem übrigen Deutschland. In den kommunalen Dienststellen könne man ein Lied davon singen, aber z.B. auch im Bildungswesen sei die Verbreitung unglaublich stark...

Ich suchte solange, bis ich eine Statistik gefunden hatte, die es über die Besetzung leitender Stellen gibt, die als Anlaufpunkte für Korruption zu werten sind. Und da war sie wieder, die abgelutschte Legende vom gierigen, bestechlichen, durch Jahrzehnte Unfreiheit verdorbenen Osten. Dummfremd gelogen. Denn Zahlen sprechen ihre eigene Sprache.

Ich wähle das Beispiel Brandenburg.

In der Landesverwaltung dieses "Ost"-Landes sind an Importen aus Alt-Bundesländern tätig:

79% aller Staatssekretäre

80% aller Abteilungsleiter

68% aller Referatsleiter

77% aller Richter an Landgerichten

80% aller Richter an Verwaltungsgerichten

100% aller Richter an Landesarbeits- und Landessozialgerichten.

Für das Bildungssystem sind 72% aller Universitätsprofessoren "Westimporte".

Und das ist in der Vorstellung des Herrn Sachverständigen aus Bielefeld die Korruptionsbasis des Ostens! Urteilen Sie selbst, Herr O., welche aberwitzigen Wege die gezielte geistige Fehlorientierung da geht!

P.S.: Eben lese ich, dass die Seuche der Korruption zugunsten persönlicher Bereicherung inzwischen sogar die UNO erreicht hat. Von etwa 65 Milliarden \$ ist die Rede, die aus dem Programm der Hilfslieferungen für die irakische Bevölkerung verschwunden sind. Mit Wissen des dafür verantwortlichen höchsten UNO-Beamten...
Ich schlage Ihnen vor, Herr O., ändern Sie Ihren Stoßseufzer um ein Wort ab. Fragen Sie: "In was für einer Welt leben wir eigentlich?"...

Herr H. Sch. in G.:

Ich lese in der hiesigen Presse, das jetzt in Russland aufgetauchte Rubens-Gemälde "Tarquinius und Lucretia" sei nach dem 2. Weltkrieg nach Russland verbracht worden. Hat die DDR Kunstwerke dorthin geliefert?

Harry Thürk:

Lieber Herr Sch., "verbracht" ist eine dieser auf Schonung des staatlichen Verhältnisses zielenden Höflichkeitsformulierungen. Es müsste natürlich heißen: "Das Gemälde wurde gestohlen.", und zwar aus dem Schloss Sanssouci. Offenbar ist es später "privatisiert" worden. Das kann man daraus schließen, dass es jetzt von einem Privatmann zum Kauf angeboten wird, die zuständigen Behörden aber gleichzeitig erklären, es sei nicht beabsichtigt, das Bild an Deutschland zurückzugeben. So ähnlich wurde ja auch in vergleichbaren Fällen mit sogenannter "Beutekunst" verfahren. Sie wurde, um jegliche Ansprüche von vornherein aussichtslos zu machen, einfach zu "Staatseigentum" erklärt.

Gelegentlich hört man von unseren superklugen Gutmenschen, man solle das alles doch bitte im Lichte der Wiedergutmachung von Schäden sehen, die deutsche Truppen im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion anrichteten. Bei uns in der DDR hörte man diese Entschuldigung vierzig Jahre lang, vom zweiten Eisenbahngleis über Betriebsverbringungen, sogenannte SAG's (sowj. AG's), Entnahmen aus der laufenden Produktion, Vorkaufsrechte, Uranerz-Abbau... die Aufzählung könnte weitergehen. Bei allen diesen Praktiken fehlte nie die Begründung der Wiedergutmachung. Nun würde kein anständiger Mensch in Deutschland - DDR oder West - geleugnet haben, welche riesigen Schäden Hitlers Überfall in der Sowjetunion anrichtete. Der gute Wille, das gutzumachen, soweit es möglich ist, war immer da. Er ist auch heute durchaus noch lebendig. Nur wird er im wachsenden Maße davon beeinträchtigt, dass auch die neue, angeblich demokratische Regierung Russlands sich nicht endlich von der fragwürdigen Praxis trennt, alles mögliche zu fordern und zu vereinnahmen, aber jegliche Abrechnung darüber zu verweigern. Besonders bei Kunstgegenständen führt das heute selbst in Kreisen gutwilliger Leute zu wachsenden Irritationen. Zumal ja gerade in solchen Fällen wie dem Rubens-Gemälde und seinem privaten "Besitzer" jeglicher Bezug zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden trotz größter Nachsicht nur noch als faule Ausrede gewertet werden kann. -

Wie Sie vielleicht wissen, ist eine Konferenz, die sich mit vernünftigen Regelungen in Sachen "Beutekunst" im Oktober '04 in Weimar beschäftigen sollte, kurzfristig abgesagt worden. Es bestand nicht die geringste Aussicht, auch nur zu einer gemeinsamen Sprache zu kommen. -

Aus meiner Zeit als DDR-Bürger erinnere ich mich an eine Antwort, die ich im hiesigen Delikat-Laden einmal bekam, als ich nach einem bestimmten Artikel fragte, und nach dem "Ham wa leider nich", ein Wort riskierte, auf das die Verkäuferin offenbar trainiert war, denn sie verriet mir über das ganze Gesicht grinsend: "Jaja, es ist eben nicht so einfach für die DDR, auch noch eine Großmacht mit zu versorgen!"

Ich will Ihnen andeuten, dass wir "Ossis" an diesen Kummer gewöhnt sind. Nach der Vereinigung lernen nun Sie als "Alt-BRD-Bürger" diese ziemlich komplexe Problematik auch kennen. Der Rubens wird nicht die letzte Erfahrung sein, die Sie da machen. Das sage ich Ihnen ohne Schadenfreude voraus. Im Gegenteil. Ich bin immer wieder böse darüber, dass ausgerechnet aus Moskau in dieser Weise die Propaganda der deutschen Nazis unterstützt wird. Hätten wir eine Außenpolitik, die so gut ist wie die Selbstdarstellung des betreffenden Ministers, dann würde sie Wege finden, den Herren in Moskau zu der Einsicht zu verhelfen, wem hier fröhlich in die braunen Hände gearbeitet wird. Aber so...

... werden wir, lieber Herr Sch., wohl in nächster Zeit das nächste einschlägige Erlebnis haben.

Herr Br. F. in E.:

Die NPD verbieten? Oder nicht? Bei 10% Wählern in Sachsen eine heikle Sache. Wie stehen Sie dazu?

Harry Thürk:

Mir wäre schon 1% zuviel. Ich habe als Schulkind erlebt, wie die Nazis 1933 an die Macht kamen, und ich kann es bis heute nicht gutheißen, dass man in der BRD unter Verweis auf eine "freiheitliche Verfassung" dieser menschenfeindlichen Bande nach dem unmissverständlichen Urteil von Nürnberg erneut gestattete, sich zu organisieren.

Die Partei ist die eine Sache. Verbot - ja. Aber das eigentliche Problem ist, dass man hier eine Gesinnung bekämpfen muss. Ausrotten. Denn die funktioniert auch ohne Partei. Vor allem wenn der Abbau des Sozialwesens und die durch steigende Arbeitslosigkeit beförderte allgemeine Verunsicherung und Einschränkung der Lebensverhältnisse weiterhin den idealen Nährboden dafür schaffen. Und wenn jeder intelligente Einwurf in die Debatte sogleich dafür dient, dass die Gegenpartei den betreffenden Sprecher persönlich diffamiert und zum Symbol für Unzulänglichkeit im Denken und Handeln darstellt. Zu dieser Praxis gehören etwa solche Prädikate wie "Realitätsverlust" (ein geschickt verfremdeter Hinweis auf alzheimerische Demenz) oder "Büttenrede", wie man es erst kürzlich erleben konnte. Das genau ist der Nährboden für die Primitivparolen der Nazis. Sie nennen es "Parteiengezänk", und das kommt leider an. So war das in meiner Erinnerung auch 1932/33. Und ich höre schon die heuchlerischen Proteste, dass man das doch nicht vergleichen kann.

Man soll nicht vergleichen oder sich dem Vergleich verweigern - man soll nachdenken! Über die Geschichte und ihre Wege in der Vergangenheit! Und man sollte sich als Demokrat schämen, wenn man auf jede Bemerkung, die einem nicht passt, eine Horde von "Kampfjournalisten" loslässt, um die Macht des eigenen Medien-Imperiums zu demonstrieren, seine "Vordermann"-Verlässlichkeit, den "Schulterschluss", die "Tuchföhlung" und wie alle diese Attribute genannt werden, hinter denen der Blaue Brief steht, als letztes Wort der politischen Hegemonie.

Einen Lichtblick gibt es, das sind die Aktivitäten des Innenministers zur Veränderung des Rechts auf Versammlungsfreiheit. Es soll so verfasst werden, dass die Organisatoren der Neonazi-Politik es nicht länger für ihre Zwecke missbrauchen können.

Vielleicht erhält ja der Rat der Stadt Weimar, wo ich wohne, die Chance, Demonstrationen faschistischer Gesinnung in der Stadt, zu deren Namen außer klassischer deutscher Kultur der von Buchenwald gehört, grundsätzlich zu verbieten. Ich würde das, obwohl ich sonst von Verboten nichts halte, als einen Beweis der Stärke und Entschlossenheit der Demokratie werten.

Herr I.G. aus E.:

Ich nehme an, Sie haben das Wahltheater um die Landeschefin in Schleswig im TV miterlebt. Ein Komiker spottete darüber: "Die Ministerpräsidentin klebt an ihrem Job wie Hundesch**e an einer Schuhsohle."

Was für einen Eindruck hat die Vorstellung in Kiel auf Sie gemacht?

Harry Thürk:

Einen schlechten. So sieht Parteidisziplin bis zum bitteren Ende aus!

Was das Gleichnis des Komikers mit den Hundefäkalien betrifft, so lehne ich derlei ab. Es mag Ihnen altmodisch erscheinen - ist es auch - wenn ich sage, dass ich es einer Frau gegenüber ungehörig finde, mit einem solchen Vergleich zu operieren. Außerdem fallen mir, wenn es um das Festklammern an politischer Macht geht, Leute in unserem Lande ein, an denen sich das sehr viel deutlicher und abstoßender demonstrieren ließe. Immerhin war die Dame in Kiel weder durch Korruption noch durch Verwicklung in andere Skandale nennenswert bekannt - beinahe eine Rarität in unserer Polit-Landschaft. Aber ein Komiker ist eben kein Diplomat. -

Zum Vergleich: Als der heutige Herr Außenminister an dieses Amt noch nicht dachte, und als er noch nicht ahnte, dass der heutige Kanzler einmal sein Chef werden könnte, ließ er über den und sein Verhältnis zu Macht folgende scherzhaft gemeinte Betrachtung ab: "Wenn die Mehrheit es morgen erfordert, dass er sich zu Kaiser Wilhelm stilisiert, würde er sich einen wunderbaren Zwirbelbart zulegen. Und wenn es notwendig wäre, als bayerischer König Ludwig II ins Kanzleramt zu kommen, würde er im Starnberger See schwimmen und einen Schwan küssen."

Die Schuhsohle mit dem Hundeschiss kann man darüber doch glatt vergessen; als geistlose Pöbelei, verglichen mit penetranter diplomatischer Infamie. -

Ganz am Rande vermittelt das Wahltheater von Kiel übrigens die Erkenntnis, dass persönliche Anständigkeit und mehr oder weniger begeistert ausgeübte Parteidisziplin einander keinesfalls grundsätzlich ausschließen (wie es etwa "Aufarbeiter" der DDR-Geschichte erfunden haben, um die Sache zu vereinfachen). Wie man verfolgen konnte, zeitigt Parteidisziplin in der deutschen Demokratie der Gegenwart selbst bei persönlich integren, intelligenten Leuten gelegentlich Verhaltensweisen, die eher Feldwebeln anstünden, die ja ohnehin seit geraumer Zeit mit dem, was sie für Politik halten, bei "Vordermann", "Schulterschluss", "Tuchföhlung" und ähnlichen militanten Weisheiten angekommen sind. ("Stellung halten?")

Wer über Kiel nachdenkt, Herr G., über die Ministerpräsidentin, die Schuhsohle und den Hundedreck, der sollte ruhig auch daran mal einen Gedanken verschwenden!

R.W. in St.:

In Kürze werden unsere Bankkonten laut Gesetz überwacht werden können. Darf das in einer Demokratie gemacht werden?

Harry Thürk:

Was in unserem Land gemacht werden darf und was nicht, entscheiden die gegenwärtig regierenden Politiker.

In der DDR hat sich die Administration nicht getraut, diese Stufe der Schnüffelei zu besteigen. Die Maßnahme fügt sich in das System der Kontrolle der Bevölkerung, die auf diversen Gebieten bereits unter den verschiedensten "Begründungen" ausgebaut wurde.

Dieser Tage nannte das ein Leitartikler einer hiesigen Zeitung "... das Feigenblatt der Terrorbekämpfung und der angeblichen Steuerehrlichkeit ...". Der Mann hat Mut. Einer der wenigen in seiner Branche. Die meisten Medien ziehen es vor, lieber zwölfmal täglich über die Magensonde einer unglücklichen amerikanischen Kompatientin zu berichten, oder über die Plünderer in Kirgisien. Das ist zwar für den deutschen Bürger höchst nebensächlich, aber es füllt Nachrichtensendungen auf sehr schön ablenkende, unverbindliche Art.

Nun fehlt nur noch Gorbatschow, der den Kanzler küsst und ihm dazu gratuliert, dass er die Glasnostifizierung auf die Höhe ihrer eigentlichen Zweckbestimmung gehoben hat, rechtzeitig, nicht zu spät, und dass er so die Bestrafung durch das Leben vermeiden konnte!

Herr Zw. in H.:

Der Kanzler sagte gestern, dass man für das Geld, das der Irak-Krieg gekostet hat, viele gute Dinge hätte tun können. Halten Sie das schon für Wahlpropaganda?

Harry Thürk:

Ich habe den Ausspruch auch gehört und war überwältigt. Habe nur die Gegenfrage: "Ist er ganz allein darauf gekommen? Oder der Redenschreiber?" In jedem Falle offenbart sich hier denkerischer Tiefsinn, wie man ihn nur selten findet!

Und weil wir schon bei den Aussprüchen berühmter Leute sind: aus Russland hörte ich, Gorbatschow hatte eine sehr strenge Mutter, und musste z.B. immer ganz pünktlich zum Essen erscheinen. Nun weiß ich endlich, wo das Jahrhundertwort "Wer zu spät kommt, den bestraft die Köchin!" seinen Ursprung hat!

Herr S. Ta. in W.:

60 Jahre Befreiung. Sie haben die Zeit vorher sogar noch erlebt. Haben die Feiern Ihre Gefühle getroffen?

Harry Thürk:

Ich hätte mich auch ohne Feiern daran erinnert, wie froh ich über das Ende des Krieges war. Und dass ich ihn überlebt hatte.

Was die zentrale Feier in Moskau betrifft, die ja durch direkte und indirekte Regierungspropaganda zum Spitzenereignis gemacht wurde, so hat sie meine Vermutungen über die Rolle, die Russland in der EU zu spielen beabsichtigt, voll bestätigt. Da wurde klipp und klar die neue Achse Berlin-Paris-Moskau vorgeführt, besonders in der Bildübermittlung: Frankreichs Präsident, Russlands Präsident, Deutschlands Kanzler.

Was ihn anging, so geriet die Sache teilweise buchstäblich zur Schmuseveranstaltung. Es war ja vorher schon signalisiert worden, Deutschland brauche des 2. Weltkriegs wegen nicht auf ewig "... Asche auf sein Haupt streuen ...".

Nach meinen historischen Kenntnissen begann der 2. Weltkrieg mit den Überfällen von zwei Staaten auf Polen. Am 1. September 1939 griff Hitler an, und am 17. September Stalin. Nach Erreichung der jeweiligen "Interessenlinie" teilten die beiden Staaten Polen unter sich auf. Stalin entwickelte damals keine persönlichen Beziehungen zu Hitler; er beließ es dabei, auf dem Siegesempfang in Moskau mit dem Nazi-Außenminister Ribbentrop anzustoßen und ihm dabei zu gestehen, er sei glücklich darüber, "... dass die deutsch-sowjetische Freundschaft nun auch mit Blut besiegelt worden sei ...".

Da es sich dabei ja um polnisches Blut gehandelt hat, meist jüdisches, suchte ich auf den Bildern, die vom 60-Jahres-Fest aus Moskau um die Welt gingen, nach einem Gast Polens in der Runde der illustren Persönlichkeiten. Fehlanzeige - ich konnte keinen entdecken. Und natürlich war das kein entschuldbares Versehen, sondern nüchtern kalkulierte Absicht: Das heutige Russland denkt nicht daran, dem heutigen Polen Rechenschaft über das abzulegen, was vor 60 Jahren geschah! Es denkt auch nicht daran, sich dafür zu interessieren, welche Gefühle die Annektion der baltischen Staaten mit all ihren Folgen bei den dortigen Bürgern hinterlassen hat, deren demokratische Repräsentanten deshalb nicht an der Feier teilnahmen.

Da blieb dann eben hauptsächlich der neue Schmusefreund Deutschland, und der ist ja soooo dankbar für jeden fotogen präsentierten "Beweis" von Weltgeltung...

Das sind meine Gefühle beim Ansehen dieser Veranstaltung gewesen, Herr Ta.; indem ich sie Ihnen schildere, hoffe ich, dass vernünftiger Staatsmänner eines Tages doch wieder ehrlicher mit den Realitäten der Geschichte umgehen werden.

Frau K. in G.:

Ich bin seit Jahren arbeitslos (Köchin). Glauben Sie, dass mir die von der Regierung durchgesetzte Offenlegung der Managergehälter zu einem Arbeitsplatz verhilft?

Harry Thürk:

Nein. Diese mit viel Schaumschlägerei geforderte "Offenlegung" bringt niemandem etwas. Sie schadet auch den Managern nicht, denn deren Bezüge werden von den Unternehmen festgelegt, und "Offenlegungen" treffen hier auf eine Abgebrühtheit von Format: man tut nichts, das gegen das Gesetz wäre, wenn man einen Firmenzweig nach dem anderen in Billigstlohngebiete verlegt (Jargon: ins "Indianer-Country"), und so die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter erhöht.

Die Verlegung ist im Gegenteil offiziell und im Sinne der Globalisierung sogar verdienstvoll und wird belohnt: der betreffenden Firma werden die Kosten der Verlegung vom Staat erstattet. Darüber schlägt die deutsche Mediensippschaft weit weniger Schaum als über die "Offenlegung" von Bezügen, mit der lediglich Unmut abgelenkt werden soll, in ungefährliche Bahnen.

Die Globalisierung, jener Jahrhundertsieg der Hochfinanz, mit seiner Lobby, die von der UNO über die Weltbank, den Europarat bis in Berliner Abgeordnetenbüros reicht, ist die tiefere Ursache dafür, dass Menschen bei uns arbeitslos sind. Sie hat die Großunternehmer von jeglicher Verpflichtung nationaler Art befreit und damit einen ihrer kühnsten Träume verwirklicht. Dass dies in Deutschland unter der Regierung von "Linken" geschah, sorgt zusätzlich für Ironie, ebenso wie das publikumsgezielte Gesäusel, die Unternehmer möchten doch bitte Patrioten sein, was wohl als Rechtfertigung für die Regierenden dienen soll. In diesem Sinne zielt es direkt auf Sie, Frau K., als Arbeitslose, und soll Ihren Unmut von den

wahren Ursachen ablenken. (Soeben wird bekannt, dass deutsche Firmen und Privatbesitzer im 1. Quartal '05 einhundertfünfzig Milliarden Euro ins Ausland transferierten, doppelt soviel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da haben Sie gleich noch den Reflex auf die jüngste bürgerrechtsfeindliche Maßnahme der deutschen Innenpolitik, die Abschaffung des Bankgeheimnisses.)

Ganz schlaue Mietschwätzer, liebe Frau K., wollen Ihnen ja weismachen, die "Offenlegung", die Sie bitte unterstützen möchten, diene "den einfachen Leuten", nämlich den Aktienbesitzern, die so kontrollieren könnten, ob sich Manager am Ertrag ihrer Aktien bereicherten. Kennen Sie einen Arbeitslosen mit Aktienbesitz? Ich nicht.

Ich rate Ihnen, sich nicht vom PR-Schaum der Globalisten beeindruckt zu lassen. Wenn der nächste Herr "Spezialist und Wirtschaftssachverständige" sich im Fernsehen zwecks Unterstützung der "Offenlegung" und der Sparschnüffelei an Sie wendet - sehen Sie sich den Mann, der da seinen akademischen Grad für verdummendes Geschwafel zu klingender Münze macht, genau an: was Arbeitslosigkeit bedeutet, das interessiert den einen Dreck!

Herr W.R. in M.:

Neuwahl! Wird nun alles besser?

Harry Thürk:

Ich spüre in Ihrer Frage eine leichte Portion Ironie, Herr R.; wenn ich mich nicht irre auch Skepsis. Falls das Ihre innere Haltung zu dem jüngsten Manöver unserer Regierer nach dem Reinfall bei der NRW-Wahl ist, ähnelt sie der meinigen.

Im Jargon der PR-Manipulierer nennt man das, was da gemacht wurde, je nach subjektiver Sprachtradition "offensiv bleiben angesichts einer Niederlage" (Militärjargon), "Frontseite optisch beherrschen" (Parteijournalisten) oder "ganz schnell neuen Ton angeben" (Psycho-Manipulierer). Diese sogenannte Überraschung war auf jeden Fall ein taktischer Schachzug. Er kann nach Erledigung der dafür verfassungsrechtlich nötigen Voraussetzungen zur Neuwahl führen, muss aber nicht. In jedem Falle, und das ist die Zielrichtung, steht der Kanzler demonstrativ im Vordergrund des Interesses und verdrängt nicht nur die Wahlniederlage in NRW; er kann sich auch als verkannter Wohltäter darstellen, wenn es eine vorgezogene Bundestagswahl geben sollte: Siegt er mit seiner Partei und dem Koalitionspartner, dann hat "das Volk" im letzten Augenblick doch noch das Richtige getan und seine Rolle als sozialer Retter anerkannt; fällt er samt seinen Mitmachern durch, dann geht er als tragischer Held in die Geschichte ein, der das Beste versuchte, nur dabei vom dummen Volk nicht begriffen wurde. Er opferte sich für sein Land auf. Das war in Deutschland schon immer eine beliebte Art der Selbstdarstellung.

Was ich durch die aggressive Fehlorientierungspropaganda der Regierer schimmern sehe, ist dieses Szenario, dessen Grundgedanke mir zu sein scheint, das föderative Element, auf dem die Bundesrepublik verfassungsgemäß gründet, zu "reformieren", weil der Einfluss der beiden herrschenden Parteien des Berliner Bundestages in den Ländern nahe Null ist. Die letzten Kommunalwahlen in Kiel und NRW haben erneut bestätigt, dass dort, wo Politik den Sorgen der Bürger am nächsten ist, die rot/grüne kaltschnäuzige Abzocke im Interesse der "Wirtschaft" nicht geht. Deshalb sollen föderative Strukturen samt Bundesrat "verändert" werden. Modernisiert, sprich: den Bedingungen der Berliner Regierenden endlich angepasst. Bisher ist man damit nicht so recht vorangekommen. Daher läuft jetzt der ultimative große Schlag an. Der Chef gibt vor, das Handtuch zu werfen vor dem Kleingeist der "Provinzpolitiker". Er bittet die Runde seiner Pöstchenhalter in Berlin um das Misstrauensvotum. Da werden die sich aber hüten, denn denen ist das Diäten- und Rentenheimd näher als der Reformrock. Also kein Misstrauen für den Chef, im Gegenteil. So dass da ein strahlender Held herauskommt, von den gewählten Abgeordneten des Volkes eindeutig in seiner Politik bestätigt, nur vom "verkarsteten, dringend reformbedürftigen föderativen Vergangenheitsplunder" in seinem wohltätigen Handeln immer wieder sabotiert: Das eine abschaffen, den anderen bejubeln! Es leben Hartz und Agenda! Es leben Sozialabbau und Rentenkürzungen, teuer werdende Gesundheit und geschlossene Schulen! So geht das, Herr R.

Ich glaube, auf Neuwahl werden Sie eine Weile warten müssen. Auf "alles besser" noch länger. Und wenn ich mich mit meiner Vermutung geirrt haben sollte, würde ich sehr staunen...

D.M. in D.:

Wie stellen sie sich die Gesellschaft vor, die zu erstreben sich lohnt? Offensichtlich sind Sie weder vom Kommunismus stalinistischer noch maoistischer Prägung angetan. Zum Sozialismus in der DDR haben Sie, soweit ich das überblicken kann, nach der Wende noch keine konkrete Stellungnahme bezogen. Den Kapitalismus kritisieren Sie - zu recht, wie ich meine - aufs schärfste. Wie aber sollte die Gesellschaft Ihrer Meinung nach aussehen?

Ich bin überzeugt, der Kapitalismus - in welcher Form auch immer - ist eine völlig inakzeptable und sich selbst zerstörende Gesellschaftsstruktur. Andererseits bin ich im Zweifel, ob der Kommunismus jemals wieder eine echte Chance hat - die Mehrheit der Menschen wird nie freiwillig auf etwas verzichten, das sie woanders bekommen könnte (und sei es so etwas Primitives wie Bananen oder Actionfilme).

Wie sehen Sie das?

Harry Thürk:

Nein, Herr M., ich habe kein Muster für eine absolut ideale Gesellschaftsordnung sozusagen in der Westentasche. Auch auf die vielen Nebenfragen habe ich keine schlüssigen Antworten, aber ich kann Ihnen erklären, weshalb mir das so geht. (Und wohl nicht nur mir, sondern einer Menge Leute, die sich nicht von einer unerfüllbaren Illusion zur anderen quälen, sondern das nüchterne Denken über die realen Grundlagen politischer Vorgänge vorziehen.)

Wir haben in dem Teil Deutschlands, in dem ich lebe, ziemlich verlogene politische Verhältnisse: Klagt einer darüber, dass er seit Jahren arbeitslos ist, was ihm zu DDR-Zeiten nicht passieren konnte, so wird er eifertig als "DDR-Nostalgiker"

verhetzt, in hartnäckigen Fällen "... verteidigt er eine Unterdrückungsgesellschaft", und zuletzt kann natürlich noch die Keule aus der Sammlungsbehörde des Stasi-Mülls ausgepackt werden.

Hingegen: Lästert er laut, es habe ja in dieser DDR nicht mal Bananen gegeben (und vergisst er dabei Embargo und Boykott der Ostmark!), dann ist das die Ankunft in der wahrhaften deutschen Demokratie. Ob das der Demokratie zu mehr Ansehen verhilft? Fraglich!

Verdrängen und Hinzulügen sind Methoden, die ich persönlich nicht für geeignete Etiketten einer Demokratie halte. Und das gilt nicht nur für deutsche Verhältnisse. Es sind globale Unsitten in ihrer deutsch-mickrigen Abart. Aber da sind wir beim Problem.

Globalität: Das internationale Großkapital und die Hochfinanz haben mit diesem süffigen Schlagwort erreicht, dass große Teile der arglosen Nickemännchen und -weibchen in aller Welt die Entbindung der Geldaristokratie von jeglicher Art nationaler Verpflichtung auch noch mit Beifall begrüßten.

Seitdem führt die letzte verbliebene Atomweltmacht ihre humanistisch garnierten, nichtsdestotrotz absolut völkerrechtswidrigen Kriege im Interesse ihrer Machterweiterung auf eine Weise, dass man zögert, an die einschlägigen historischen Beispiele zu erinnern. Und die deutsche Regierung, in der Jacke der "europäischen Bündnisfähigkeit" muss ihrer Bevölkerung eine Belastung nach der anderen aufbürden, weil Europa in der globalen Abstufung die Aufgabe zufällt, überall dort die Folgen dessen zu beseitigen, was die USA in ihren Demokratisierungs- und Erdölbeschaffungsfeldzügen hinterlassen, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak... Zu den Lügen über die Atombombenlabors in den Hindukusch-Höhlen, über die friedliche albanische Minderheit, deren Kinder von den Serben gegrillt werden, oder die Massenvernichtungswaffen Saddams kommen die neuen deutschen, über die Verteidigung der BRD am Hindukusch, über die Pflicht der Arbeitslosen, ihr Schicksal geduldig zu tragen, als vaterländische Pflicht, weil man ja die Industriellen unterstützen müsse, damit sie global richtig wirken können. Export-Weltmeister werden, und was ähnliche Meriten mehr sind, für die sich ein Arbeitsloser oder Rentner nichts kaufen kann ... und ... und ... und ...

Lieber Herr M., ich könnte noch eine Weile weiter aufzählen, wie das vermeintliche Zuckerbrot der Globalisierung den vorherigen durchaus nicht idealen Zustand ganz entscheidend zuungunsten der minder bemittelten Leute verändert hat. Und in dieser neuen Machtlage, die auf einen Knopfdruck der Weltbeherrscher hin jegliche unerwünschte Entwicklung per "Militärschlag" in Trümmer bomben und für die Europäer zum Aufräumen hinterlassen kann, versagt meine Fähigkeit, mir eine mögliche Gesellschaftsordnung auszudenken, die meine volle Zustimmung hätte, eben ohne die Gefahr eines "Militärschlags". Das wird Sie möglicherweise nicht befriedigen. Es befriedigt mich selbst auch nicht. Aber ich bin immer nur ein Beobachter politischer Entwicklungen gewesen, kein Polit-Akteur. Und das bleibe ich auch. Und schüttle den Kopf über Politiker, die mich für so dumm halten, dass ich ihnen glaube, sie erwarten von ihren Appellen zu mehr Patriotismus tatsächlich ein "Umdenken" des global befreiten Großkapitals. Ich warte auf den Tag, an dem mir nicht aus der Morgenzeitung schon ein Gemisch von Lügen über "Wirtschaftserholung durch Ärmelaufkrempeln aller" (Arbeitslosen?) und eine satte Auswahl von korrumpierten Politikern vor Augen führt, in welcher Gesellschaft ich lebe.

Solange das so ist, Herr Mayer, werde ich Ihre Frage(n) nicht beantworten können. Leider. Und jeden, der Ihnen erzählt, er habe das Patentmodell, mit dem alles geregelt werden könne, man müsse ihn nur wählen, den sollten Sie äußerst kritisch betrachten. Ich kann Ihnen nämlich voraussagen, was er, nachdem sein fünfstelliges Monatssälar als Politiker läuft, zur Entschuldigung vorbringen wird: "Nun ja, da gibt es eine Menge hochkomplizierter Einzelfragen zu diskutieren, aber ich bin überzeugt, wir sind auf dem richtigen Weg. Und wenn wir zusammenrücken, auf Tuchfühlung gehen, und ... und ... und ..."

Jawohl, Herr Feldwebel! fällt mir dazu nur noch ein. Die US-Supermacht hält für jedes Land, das ihr nicht zu Diensten ist, das Prädikat "Böse" bereit, zusammen mit der Beschuldigung "Terrorismus" und letztlich den Vernichtungsfeldzug.

Die europäische Machtkombination Deutschland/Frankreich ist emsig bemüht, dass in unserem Erdteil alles "auf Vordermann" bleibt, wobei sie sich der Unterstützung Russlands sicher sein kann. Für die Imagination einer besseren Gesellschaftsordnung ebenfalls kein Nährboden.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich auf dem Gebiet der Illusionen nicht betätige. Deutschland hat eine demokratische Gesellschaftsordnung, das entspricht dem Willen der Bevölkerungsmehrheit. Eine solche Gesellschaft lebt davon, dass die Bürger den Regierenden sagen, was sie an deren praktischer Politik akzeptabel finden und was nicht. Im Zusammenhang damit wird bei mir immer öfter ein Verdacht bestärkt, den ich auch Sie einmal zu durchdenken bitte: Solange es auf jeden kritischen Einwand eines intelligenten Bürgers an teils hirnlösen Maßnahmen nichts weiter gibt, als den nassforschen Widerpart: "Haben Sie eine bessere Lösung?", traue ich diesen "Volksvertretern" nicht. Es gibt keinerlei Verpflichtung für einen Kritiker, sogleich mit besseren Lösungen aufzuwarten. Das zu verlangen, ist ein fauler Trick. Er trifft sich mit den sehr persönlichen Interessen solcher "Pattex-Politiker" wie jener Dame im Norden, bei der allein die Andeutung, sie könne abgewählt werden, schon zu dem öffentlichen Schreckensruf führte: "Und wo bin ich dann..?" Ähnliches trifft auf den Minister zu, der im Amt Schäden anrichtete, für die er in jeder Bananenrepublik gefeuert worden wäre: Machterhalt um jeden Preis. Das liest sich so: "Wenn ich überlege, was auf uns alles zukommt, dann mache ich weiter!" Unentbehrlich?

Im Radio kann man jeden Morgen eine Meldung über den korrupten Politiker des Tages hören. Heute war es ein Landrat in unserer Nähe. Siebenstellige Summe veruntreut...

Und das, lieber Herr M., lässt mich manchmal denken, es ist gar nicht die Gesellschaftsordnung, die uns zu schaffen macht - es ist vielmehr das Personal, das ihre Schalthebel bedient. In Amerika ist es jedenfalls so, dass die Demokratie der Vereinigten Staaten sehr viel besser ist als das, was die gegenwärtigen Regierer aus ihr machen. Ich glaube, bei uns auch...

Betrachten Sie die Sache einmal im Lichte dieser Überlegungen, vielleicht ergibt sich da für Ihre Frage nach der idealen Gesellschaft ein völlig neuer Aspekt.

Herr S.U. aus N.:

Ich habe gehört, gegen Gorbatschow gäbe es in Russland ein Gerichtsverfahren. Wissen Sie Näheres?

Harry Thürk:

Was Sie hörten, bezieht sich höchstwahrscheinlich auf den Antrag zur Einleitung eines Strafverfahrens vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation 1992.

Die Anklagepunkte waren "Besonders schwere Staatsverbrechen nach §64 (Vaterlandsverrat), §69 (Sabotage), §70 (Verbreitung von Lügen zur Untergrabung der Staatsmacht) und §79 (Besonders schwere Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen)".

Die Jelzin-Administration setzte die Verhandlung gegen die insgesamt drei Angeklagten - Michail Gorbatschow, Eduard Schewardnaze, und Alexander Jakowlew - unbefristet aus.

Nachfolger Putin veranlasste nichts in der Sache und lehnte es ab, sich dazu zu äußern.

Herr W.S. in G.:

Sozusagen als eine der ersten Amtshandlungen ist der eben gewählte neue Präsident der Ukraine schon dabei, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine einzufädeln. Ich meine, der sollte jetzt andere Sorgen haben. Wie denken Sie darüber?

Harry Thürk:

Ich denke auch, er sollte andere Sorgen haben. Aber hinter diesem Wahltheater, das über alle Nachrichtenstrecken der Welt gratis verblasen wurde wie Staubzucker, stecken eben ein paar Realitäten, die oft übersehen wurden. Die GUS, mit der wenigstens der Territorialbestand der einstigen SU über den Ausverkauf gerettet werden sollte, hat sich praktisch aufgelöst in Mini-Staaten, die ihre eigenen Geschäfte mit der westlichen Hochfinanz machen. Geblieben ist das Kerngebiet Russland, dessen Präsident zähneknirschend zusehen muss, wie in seinen letzten Domänen "Bürgerrechtsbewegungen" organisiert werden, die sie aus Russlands Machtbereich endgültig lösen. Letztes Beispiel war die Ukraine.

Eine in vielerlei Hinsicht aufschlussreiche Inszenierung: Orangen-Revolution. Da hockten Tausende bei Kältegraden auf dem nackten Boden, aber sie waren bei ihrer "Sitzdemo" blendend versorgt, mit wärmenden Decken, Verpflegung, heißen Getränken - selbst für die bei einem solchen wochenlangen Massenaufmarsch anfallenden Fäkalien war eine regelmäßige Abfuhr organisiert! Und das in einem Land, in dem sonst die primitivsten Dinge nicht klappen. Das kostet Geld. Eine Menge Geld. Und in dieser Hinsicht sind die USA und die EU leistungsfähig, wie wir ja wissen (weil die Gelder schließlich aus unseren Steuern kommen, und aus unseren abgebauten Sozialleistungen).

Der Präsident Rest-Russlands ist, was Geheimdienstmanipulationen angeht, erfahren genug, um zu begreifen, welches Spiel da läuft. Wie zum Hohn erwartet man, dass er dafür auch noch Beifall spendet, als "lupenreiner Demokrat". Er tut das nicht. Klagt die OSZE (Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa) an, sie würde vorwiegend im Osten Europas Menschenrechtsfragen bearbeiten. Russland als einer der größten Beitragszahler fühle sich da veralbert und werde seine Beiträge kürzen - eine hilflose Geste. Das Spiel ist längst gelaufen...

Für den neuen Mann in Kiew gäbe es selbstverständlich vordringlichere Probleme als den Beitritt zur NATO. Aber so ist das Leben: der Herr der Orangen-Revolution macht jetzt die Bekanntschaft mit der weniger farbigen, dafür aber absolut unumgänglichen Realität solcher Prozesse: Wer die Musik bezahlt, der bestimmt, was gespielt wird!

P.S.: Dass es sich bei der Bezahlung von Orangeschals, Fähnchen, Kerzen, Decken, heißen Tee bis hin zur Fäkalienabfuhr nicht etwa um Geschenke handelt, wird erst nach und nach erkennbar werden. Im laufenden Prozess würde es den Demo-Eifer dämpfen, das wäre ungünstig. Aber sobald das Ziel erreicht ist, die neue Freiheit damit beginnt, dass das Öl in die gewünschte Richtung fließt und die Stichwortrufer sich in den solide finanzierten Ruhestand verkrümelten haben, ändert sich das natürlich... ("...wir haben ja jetzt völlig andere Verhältnisse..."). Dann wird neu versteuert und gespart, werden "Opfer" verlangt. Winkfäknchen oder Orange-Schals finden sich hier und da noch als Nostalgie-Souvenirs, doch der Ruhm der sanften Revolution verblasst recht schnell im Scheinwerferlicht der neuen Realitäten...

Und da, lieber Herr S., hat man dann auch neue Sorgen, die einen selbst überraschen. Auch die sanfte Revolution mit Hilfe der freien westlichen Welt hat eben ihre Regeln!

Herr S.W. in E.:

Die neue US-Außenministerin hat in der ersten Rede sechs Länder als gefährlich gekennzeichnet. Sie seien "Vorposten der Tyrannei". Was halten Sie von dieser Einstufung?

Harry Thürk:

Nichts. Dass sich die Bush-Leute dummfrech in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen, kennt man. Es ist Ausdruck ihrer Vorstellung, Polizist der Welt zu sein. Ich fühle mich von keinem der sechs Länder, die die Dame nannte, bedroht. Hingegen finde ich es angebracht, einmal daran zu erinnern, dass die USA mit ihren 290 Millionen Einwohnern jährlich allein für militärische Rüstung 2,9 Milliarden Dollar ausgeben. Das ist mehr als die Einwohnerzahl von Europa, Russland, China, Indien und aller afrikanischen Länder zusammen. Dazu erübrigt sich ein Kommentar. Denn wir wissen inzwischen natürlich, dass "gefährlich" nur Staaten sind, die den USA nicht dienstbar sein wollen. Wenn sie deren Spiel mitmachen hingegen, dürfen sie sogar Atomwaffen besitzen...

Fräulein Rice, die neue Außenministerin von Herrn Bush, hätte lieber eine Stunde Klavier spielen sollen, als diese Rede zu halten!

Herr S.B. in V.:

Ich habe "Der Untergang" gesehen. (Bin Jahrgang 1980.) Sie haben die Zeit miterlebt - ist die Darstellung historisch korrekt?

Harry Thürk:

Den Film habe ich leider nicht gesehen, Herr B., und ich gestehe Ihnen, mein Bedarf an Hitler ist seit längerer Zeit gedeckt. Da gibt es nichts Neues mehr, nur noch immer von Anfang an wieder durchgekauten Brei aus Halbwahrheiten und "künstlerischer Phantasie". Ich glaube nicht, dass man als junger Mensch daraus noch Erkenntnisse über die reale Geschichte gewinnen kann.

Als einer, der die Zeit miterlebt hat, in der Hitler mit seinen Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kam, halte ich es z.B. für kompletten Unsinn, dass man im Zusammenhang mit dem Film wieder einmal die abgelutschte Frage "Mensch oder Monster?" in die Debatte lanciert. Wen soll denn entlasten, dass etwa ein "Monster" ihn mit überirdischen Einflussfähigkeiten dazu brachte, den Nazis nachzulaufen?

Selbstverständlich war Hitler ein Mensch! Und zwar einer mit ganz bestimmten, benennbaren Fähigkeiten, von denen man die meisten getrost kriminell nennen darf. Außerdem zeugt es von einer bestürzenden Unfähigkeit, in historischen Kategorien denken zu können, wenn man das Phänomen des deutschen Faschismus in Bausch und Bogen über die mythosumwobene Figur Adolf Hitlers zu erklären versucht. Der nämlich hätte samt seinem buntkarierten Anhang nicht die geringste Chance gehabt, wäre er nicht genau zur günstigsten Zeit in Deutschland auf ein Gemisch von politischen, wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen gestoßen, auf einen Wust von Vorurteilen, Spannungen und Strömungen, die er sich - und darin bewies er ungewöhnlich viel Talent - zunutze machte.

Man muss sich von heutigen Lebensvorstellungen lösen und sich die damaligen Realitäten vergegenwärtigen, wenn man den Zulauf erklären will, den die Nazis damals hatten: eine völlig kraftlose Wirtschaft mit fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen, Armut, die noch Hunger bedeutete, frieren, tote Säuglinge. Tief verwurzelt in der Bevölkerung die Überzeugung, das alles verdanke man dem "Diktat von Versailles", nachdem der "November-Dolchstoß" aus der Heimat die "im Felde unbesiegte" Armee zur Kapitulation gezwungen hatte. Und dazu ein Reichstag, der sich in Fraktionsgerangel aufrieb, der nur noch mit sich selbst beschäftigt war, als gäbe es nichts Wichtigeres im Lande. In diese brisante Gemengelage stieß Hitler mit seinen Nazis, und die Leute hörten ihm aus ihrer verzweifelten Lage heraus zu, nicht weil er sie etwa be- oder verzaubert hatte.

Ich selbst war sechs Jahre alt, als das ablief. Eltern arbeitslos. Den Winter hatte ich in Sommersandalen verbracht. Einmal die Woche durfte ich mir an einer Sammelstelle 1/4 Liter Milch abholen, aus einer Spende der Bauern vom Stadtrand. Meine größte Sorge war, wie ich zu einer Schiefertafel kommen könnte, die ich in einigen Monaten als Schulanfänger brauchen würde...

Es war eine Zeit, in der selbst erprobte Demokraten nur noch auf ein Wunder hofften. Der Reichspräsident Hindenburg, ein Mann des Militärs, setzte auf Hitler. Und dieser nutzte die Chance. Er versprach Arbeit für alle, Staatsaufträge wie etwa den Autobahnbau für die Wirtschaft, Aufkündigung des "Schandvertrags" von Versailles, Rückkehr der abgetrennten Gebiete, Wiederherstellung der Wehrhoheit und Schaffung einer modernen Armee, vor allem aber die Bestrafung der "Novemberverbrecher", die für Deutschlands Niedergang verantwortlich seien, der Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden, Freimaurer, "sexuell Entarteten", Bibelforscher und "aller sonstigen Schmarotzer" an der Nation.

Das war das buntscheckige Programm der Nazis. Es wurde von vielen Leuten in Ermangelung einer Alternative geglaubt und akzeptiert. Damit hatte Hitler gewonnen, nicht mit seiner Persönlichkeit. Meine Großmutter, die damals bei einer begüterten Familie putzte, die ein Radio besaß, hörte ihn reden und sagte in der ihr eigenen, respektlosen Art: "Er quatscht wie der Kahlkopf auf dem Jahrmarkt in Krappitz, der immer die Fußabtreter verkauft!"

Überhaupt war ja die Möglichkeit Hitlers, bei großen Menschenmassen gehört zu werden, begrenzt: Fernsehen gab es nicht, Radios waren noch sehr teuer, und nicht viele Leute lasen regelmäßig Zeitungen. So blieb dem Redner Hitler nur die Chance von Veranstaltungen in großen Städten. Nicht zu vergleichen etwa mit den Gelegenheiten, die ein Demagoge heute hat!

Lieber Herr B., solche und ähnliche Erwägungen könnten bei einer historischen Aufarbeitung des deutschen Faschismus nützliche Diskussionsgegenstände sein, nicht der Quatsch mit dem "Monster". Vor allem wäre wichtig, auszuleuchten, wie der weitere Weg des Faschismus verlief, wie Schritt für Schritt von der verbalen Drohung zum Mord an den Gegnern und der Verwandlung der Mitläufer in willenslose Mittäter vorgegangen wurde, bis zu den einmaligen Kriegsverbrechen und zum industriell organisierten Massenmord. Das alles aber kann ich in dieser gegenwärtigen, wohl vornehmlich auf Quotenförderung bei den Medien zielenden pseudohistorischen Diskussion nicht einmal im Ansatz erkennen, und deshalb finde ich sie verlogen. Unanständig, weil sie junge Leute wie Sie es sind, nicht mit Wissen versorgt, sondern mit Unwissen umnebelt.

Ich kann Ihnen nur raten, mit diesem "geistigen" Unrat äußerst vorsichtig zu verfahren!

V.C. in B.:

Ich höre gerade im Radio einen Minister anlässlich der Nazi-Provokation im sächsischen Landtag sagen, man müsse sich mit diesen Leuten inhaltlich auseinandersetzen. Glaubst du, das geht?

Harry Thürk:

Lieber Victor, kein Grund zu verheimlichen, dass wir uns seit 1945/46 kennen, als wir hier die Antifa-Jugend gründeten, und Überlebende aus Buchenwald, wie etwa der heutige Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Kurt Goldstein, uns auf kameradschaftliche Weise dabei unterstützten. Damals hätten wir wohl alle laut gelacht, wenn uns einer gesagt hätte, sechs Jahrzehnte später würden in Weimar wieder ganz offen Faschisten dafür demonstrieren, dass der bestialische Geist von Buchenwald zurückkehrt. Ich bin seit dem ersten Anlass dieser Art fassungslos darüber, dass

die Ratsherren der Stadt, deren Namen die Nazis mit Schande befleckten, sich bis heute nicht in der Lage sehen, Verfechtern des industriell betriebenen Massenmordes an Juden, Slawen, Andersdenkenden aller Art, ja selbst Zigeunern, Homosexuellen oder Zeugen Jehovas, jegliche Aktivität in Weimar zu verbieten. (Wohlgermerkt: es geht nicht um das Verbot einer Partei, sondern um das Verbot von menschenfeindlichen Aktivitäten!)

So kommt es also zu der kaum glaublichen Realität, dass auf einem Platz Faschisten die Wiederkehr der Barbarei fordern dürfen, während ein paar hundert Meter weiter, auf einem anderen Platz, Demokraten öffentlich feststellen, sie seien dagegen. Und zwischen beiden steht die Polizei, um zu verhindern, dass sich die unterschiedlichen Demonstranten an die Gurgel gehen. Eine schizophrene Situation, in der eine kindliche Vorstellung von demokratischer Toleranz sichtbar wird. Ein niederländischer Freund, der mich besuchte, nachdem er sich solch ein Spektakel angesehen hatte (sein Vater starb in Buchenwald), sagte mir: "Ich dachte, ich bin in einem missratenen Film..."

Nun haben wir im sächsischen Landtag bereits eine ganze Nazi-Fraktion, die es sehr geschickt versteht, Schaum zu schlagen. Und völlig an der Sache vorbei erläutern einem demokratische Politiker, da sei das schiefgegangene NPD-Verbot schuld. Das wäre "ein schlecht vorbereiteter Schnellschuss" gewesen, und überhaupt eben nutzlos, denn selbst bei einem Verbot würde diese Partei sich Tage später unter anderem Namen neu gründen. Man müsse sich, das sei auch der Grundgedanke bei der Ablehnung des Verbotsantrags durch das Verfassungsgericht gewesen, mit diesen Leuten "inhaltlich auseinandersetzen".

Ich hätte gern mal einen der Herren, die diesen Spruch gefällt haben, gefragt, wie er es sich vorstellt, sich mit einem dieser nicht lernfähigen, nicht zuhörwilligen Gewalt- und Massenmorddogmatiker, die lediglich in der Welt ihrer Vorurteile leben, überhaupt ein Gespräch zu führen, geschweige denn eine "inhaltliche Auseinandersetzung". Ohne den hohen Richtern zu nahe treten zu wollen, möchte ich doch darauf aufmerksam machen, dass die älteren Deutschen, die den Faschismus noch an der Macht erlebten, jede betuliche Toleranz dieser wieder nach Macht strebenden Barbarei gegenüber ablehnen. Sie wissen warum. Und im Übrigen (lieber Victor, ich höre schon das Gebrüll: "Frechheit! Stopft dem Kerl das Maul!") empfehle ich jedem Deutschen, vom Gerichtspräsidenten bis zum arbeitslosen Tellerwäscher, sich mucksmäuschenstill und unauffällig darüber zu informieren, wie die "Machtergreifung" der Nazis am Ende der Weimarer Republik damals vor sich ging. Sehr lehrreich, besonders auch für Mitglieder der heutigen Regierungspartei, die ja damals schon im Reichstag vertreten war und die "Ermächtigung" Hitlers miterlebte...

Die ganze Welt würde es als ehrenhaft empfinden, wenn der deutsche Bundestag, der in manch anderem Falle mit Beschlüssen sehr schnell ist, nach den Erfahrungen mit dem Faschismus ein grundsätzliches Verbot der Verbreitung faschistischen Gedankenguts in deutschen Parlamenten beschließt. Dazu braucht es kein Parteiverbot und keine richterliche Zustimmung. Und: Volksverhetzung ist doch ohnehin strafbar. Warum also immer die faden Ausreden mit dem Parteiverbot, um das es gar nicht geht? Darüber kann man sich eine Menge Gedanken machen...

Lieber Victor, ich hoffe, du bist bald wieder einmal hier. Dann können wir unsere Vermutungen darüber anstellen, weshalb man in diesem Weimar/Buchenwald (der Etter ist Teil des Stadtgebietes) mit einer vom Rat festgelegten Strafe wegen Ordnungswidrigkeit belangt wird, wenn man Schmutz auf dem Bürgersteig vor seinem Haus nicht beseitigt, es aber im Einklang mit der Stadtordnung straflos geschehen kann, dass die geistigen Erben des braunen Massenmordes die ganze Stadt allein durch ihre Auftritte erneut durch den Dreck ziehen.

Auch darüber, dass man glaubt, dagegen würde eine Demonstration helfen, und vielleicht noch "inhaltliche Auseinandersetzungen", können Leute wie wir wohl eine Menge Überlegungen anstellen!

Herr K.H. in St.:

Der US-Präsident hat jetzt erklärt, die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak sei beendet, es sei nichts gefunden worden. Das wusste man doch längst. Was, glauben Sie, bezweckt Mr. Bush mit seinem Statement?

Harry Thürk:

Die Absicht, lieber Herr H., ist, das Irak-Unternehmen in eine neue Etappe zu lancieren. Das vom Geheimdienst zusammengelogene Horrorszenerium mit den atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen, die angeblich die ganze Welt bedrohten, hat ausgedient, der eigentliche Zweck der Schwindelei ist erreicht, die Ölquellen des Irak befinden sich im Griff der USA. Nun kommt "Deckel drauf - nächster Schritt" zur Anwendung.

Das heißt, über die zusammengelogenen Präventivkriegsgründe wird nicht mehr gesprochen, sondern nach der Methode "Jetzt kommt es darauf an..." nur noch über das was von den USA als angeblich wichtiger vorgegeben wird: Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Freiheiten, Lebensbedingungen und was derlei biegsame Begriffe mehr sind.

Ziel ist, das US-Militär möglichst zügig aus dem Irak abzuziehen, unter großem Getöse, dass man "...den einheimischen demokratischen Kräften zutraut, das Land nun über Wahlen in die Demokratie zu führen..." oder ähnliche frommen Wünsche. Das läuft auf eine bedeutende finanzielle Entlastung der USA hinaus. Und darauf, dass die Europäische Union die Verantwortung und die Kosten für das übernimmt, was im Irak von nun an getan werden muss. Funktioniert hat diese Masche ja bereits in Afghanistan, nachdem das strategische Ziel der USA dort erreicht war (oder sich als unerreichbar erwies) und die ganz ähnlichen Horrorgeschichten, etwa die von Bin Ladens Atomlabor in der Hindukusch-Höhle, ihre Pflicht getan hatten.

Man kann also absehen, dass wir Europäer wieder zur Kasse gebeten werden. Mit dem Lockruf "Jetzt kommt es darauf an..."

Ich bin überzeugt, es werden sich bald schon deutsche Gutmenschen finden, die lautstark dafür werben, dass wir, denen es doch um so vieles besser geht als den Irakern, von unserem Reichtum abgeben. Auch um die Weltgeltung Deutschlands zu fördern, natürlich!

Und es wird eine Menge argloser Schwätzer geben, die in ein hingehaltenes Mikrofön flöten, wie stolz es sie macht, den Treibstoff für die US-Flotte auf diese Weise zu subventionieren - ach nein, so werden sie es nicht sagen, es wird sich vielmehr so ähnlich anhören wie: "Deutschland gehört in die erste Reihe derer, die dem Irak helfen, das schulden wir unserer Ehre als stärkste Wirtschaftsmacht Europas!"

"Auch unseren fünf Millionen Arbeitslosen?" erdreiste ich mich zu fragen. - Aber bis einer unserer Regierer darauf eine

Antwort findet, wird Mister Bush bereits zum nächsten Schlag ausholen. Denn "Jetzt kommt es darauf an..." hat noch lange nicht ausgedient!

Hausgemacht deutsch sieht das so aus: Da bringt ein Iraker in München einen bekannten Mann um. Weil er u.a. wegen Raub und anderen Gewalttaten schon vor Gericht stand, kann er über seine gespeicherten DNA-Daten binnen 24 Stunden überführt werden. Im ganzen Land stellen Leute die Frage, warum ausgerechnet ein solcher Mann sich in Deutschland weiter als Asylant aufhalten durfte. Selbst bei Anlegung schärfster politischer Maßstäbe kann man das nicht als Ausdruck von Ausländerfeindlichkeit abqualifizieren. Trotzdem scheuen sich unsere Regierer offenbar, diese berechnete Frage auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Das geht aus der sofort eingesetzten Nebelkerzenaktion der Medien hervor. Die verkünden pausenlos in allen Blättern und über alle Sender, in Deutschland sei eine gewaltige Diskussion über Rechtsfragen bei der DNA-Analyse ausgebrochen.

Wie praktisch, nicht wahr? Das ist "Deckel drauf ... jetzt kommt es darauf an..." in seiner etwas jämmerlich anmutenden deutschen Provinz-Ausprägung.

Herr K.H. in B.:

Hallo, Harry, ich wünsche ein erträgliches '05! Eben ist das Unwort des Jahres raus. Dir gelingen doch auch immer mal griffige Wortschöpfungen - hättest du was besseres, oder bist du einverstanden?

Harry Thürk:

Mit "Humankapital" 100%! Das ist genau so widerlich wie ein Unwort sein soll!

Aber wenn ich könnte, würde ich eine neue Kategorie einführen: das originelle Wort. Und da würde ich dieses Jahr mit einem Fundstück beginnen, das ich bei der Lektüre des Buches eines Professors entdeckte, die "Verhausschweinung" (des Bürgers). Das finde ich einmalig. Weil es auf unserer Gegenwart sitzt wie so schnell nichts wieder. In dem Sinne, dass der Bürger immer mehr zum Eigentum der Regierer gemacht wird ("unsere Menschen"), ähnlich eben einem Hausschwein, das zwar nicht mehr lebt, aber in Form von Schinken und Speckseiten in der Speisekammer hängt. Immer wenn der Besitzer Appetit oder Hunger hat, schneidet er sich ein Stückchen ab und verspeist es.

Das Gleichnis ist nicht zu übersehen, denn was tun unsere Regierer denn anderes, als sich von uns "Hausschweinen" immer wenn sie es brauchen etwas abzuschmeckeln - keine Schinkenscheibe, sondern "Sozialmünze", "Gesundheitsmünze" und wie die Beiträge zur Aufbesserung der Staatsfinanzen alle genannt werden!

Da trifft "Verhausschweinung" ins Schwarze. (Verzeihung, natürlich ins Rot/Grüne!)

Ich habe mich, im Vertrauen gesagt, ziemlich geärgert, dass dieser Knaller nicht mir eingefallen ist. Trotzdem, lieber K., ich empfehle ihn für eine neue Kategorie von Worten, man könnte sie "Das originellste Wort des Jahres" nennen.

Dir und G. alles Gute im Jahr des Humankapitals!

Frau L.-B. in W.:

Die Regierung versucht, für Deutschland einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu bekommen. Worin sähen Sie den Nutzen einer solchen Mitgliedschaft?

Harry Thürk:

Die UNO, liebe Frau L.-B., hat die Hoffnungen der Menschheit nicht erfüllt. Krieg, Völkermord, Rassenverfolgungen, Putsche, Terror - alles das peinigt uns weiterhin, während die UNO lediglich mit den Folgeerscheinungen beschäftigt ist, um sie nach Möglichkeit zu lindern.

Inzwischen ist das höchste Entscheidungsgremium der Weltorganisation, der Sicherheitsrat, zu einem Kungelklub geworden, in dem waffenstarrende Supermächte ihre jeweiligen geopolitischen, wirtschaftlichen, strategischen und weltmachtbezogenen Interessen untereinander ausmachen und abgleichen. Unverhüllt setzen sie Staaten unter Druck, falls sie ihnen nicht dienstbar sein wollen. Andererseits definieren sie "Gut" oder "Böse" ganz nach ihrem Gusto. Das führt dann zu direkter Verhöhnung des Grundgedankens der UNO, indem etwa einer blutigen Militärdiktatur wie Pakistan das Hantieren mit eigenen Atomwaffen erlaubt wird, wohingegen dem Iran schon aufgrund wissenschaftlicher Atomforschung mit "präventivem Militärschlag" gedroht wurde.

Unglaublich aber Tatsache sind solche stillschweigenden Übereinkünfte des gegenseitigen Händewaschens wie: "Ignorierst du mein Irak-Öl, dann ignoriere ich deinen Tschetschenien-Krieg." Dass für das deutsche Volk ein Nutzen entsteht, wenn nun auch rot-grüne Diplomaten in dieser Pokerrunde mitspielen, glaube ich nicht, obwohl Politiker immer wieder mit treuherzigem Augenaufschlag versichern, das wäre wichtig für "unsere Menschen". Ich bin niemandes Mensch. Und ich glaube nicht, dass etwa der Arbeitslose, der mit dem Suppenteller in der Hand vor der Armenküche Schlange steht, etwas davon hat, wenn Deutschland auch noch im Sicherheitsrat "Weltgeltung" mimt.

Hingegen weiß ich, dass es zu den ältesten Maschen von innenpolitisch gescheiterten Regierungen in aller Welt gehört, politisch nicht durchblicksfähigen Bürgern "außenpolitische Erfolge" vorzumachen mit "Weltgeltung" statt Arbeit und "Wir-sind-wieder-wer" statt Bildung.

Was mich persönlich betrifft, so bin ich zu alt geworden und habe zu viele politische Lügner erlebt, um mich von solchem Zinnober noch beeindrucken zu lassen.

Herr U.F. in Oe.:

Lieber Herr Thürk, zwei unterschiedliche Fragen zu Ihrem literarischen Schaffen:

1. Gab es zwischen Wolfgang Schreyer und Ihnen Absprachen - Schreyer "beackert" die westliche Welt und Thürk den Süden?
2. Als Sie "Dien Bien Phu" schrieben, kannten Sie Erwin Borchers und Rudolf Schröder?

Harry Thürk:

Nein, Absprachen über solche Dinge gab es zwischen uns nicht. Wir kannten uns selbstverständlich, zumal wir ja im selben Verlag publizierten, und in mancher Hinsicht wurden uns ganz ähnliche Steine in den Weg gerollt. Als Wolfgang Schreyer, damals noch unbekannt wie ich auch, mit "Großgarage Südwest" den ersten handfesten Kriminalroman in der DDR veröffentlichte, kam das einer Sensation gleich. Zumal das Buch glänzend geschrieben war und einen hohen Unterhaltungswert hatte. Genauso hat Schreyer ja weitergemacht: Tiefgang unterhaltsam. Ich gebe gern zu, dass auch ich immer darum bemüht war. Und bin.

Wir beide hatten Erfolg. Unsere Bücher waren das, was man in der DDR "Bückware" nannte (weil die Verkäuferin sie oft, für gute Kunden reserviert, unter dem Ladentisch liegen hatte!) Das allerdings hat in vielen Fällen den Erfolgsneid von Kollegen befördert, die jahrelang auf einer Auflage saßen. Mich fragte einmal ein Reporter, wie das käme, und ich antwortete ihm: "Ich schreibe Bücher, die von den Leuten freiwillig gelesen werden."

Das haben mir die Langweiler unter den Kollegen, die immer mit der Legende hausieren gingen (und gehen), sie allein würden Deutschlands "echte und ernste Literatur" machen, nie vergessen. Da wurde der Allerweltsterminus "Unterhaltungsliteratur" zu Hilfe geholt. Dann wurde darin "...literatur" in "...lektüre" geändert. Später setzte sich der Rufmord mit "Vielschreiberei" fort, bis die Sache dann auch noch politisch eingefärbt daherkam (wie in der Kampagne gegen "Die Stunde der toten Augen"). Das alles hat ja Wolfgang Schreyer ganz ähnlich erleben müssen. Nichtsdestotrotz haben unsere Bücher mit ihren unzähligen begeisterten Lesern überlebt, während die Langweiler heute Politiker küssen müssen, damit sie wenigstens ihren Platz in den Regalen behalten (und im Falle von Arrangement auch den auf den Gehaltslisten der Akademien). -

Erwin Borchers kannte ich recht gut. Er und Rudi Scheibenreif, auch ein Veteran von Dien Bien (er arbeitete in Hanoi in der Zeitungsdruckerei) gehörten zu den Freunden, die ich immer zuerst besuchte, wenn ich dort ankam. Erwin Borchers war dann Mitautor des Bildbandes "Stärker als die reißenden Flüsse". Ich habe von ihm sehr viel gelernt, und vielleicht hätte ich über sein abenteuerliches Leben schreiben sollen, leider kam es nicht dazu. Mit ihm ist auch eine Generation abgetreten, von der die heutigen jungen Leute allzu wenig wissen.

Übrigens, die Töchter von Rudi Scheibenreif und deren heute auch schon heiratsfähige Töchter besuchen mich oft. Sie gehören inzwischen sozusagen zur Familie. -

Herr H. G. Ffm.:

Wir kannten uns als Nachbarn in Weimar, bevor ich hierher zog. Ich habe eben zum zweiten Mal für die Anna-Amalia-Bibliothek gespendet, und jetzt höre ich von Bekannten, es gäbe Leute am Ort, die sagen, die ganze Sache sei nicht kosher. Können Sie mich aufklären?

Harry Thürk:

Lieber Herr G., "nicht ganz kosher" ist eine sehr höfliche Charakterisierung des Sachverhalts. Ich selbst höre hier von Bürgern der Stadt, die mit dem eigenen Kopf denken, statt die "Vordermann-Denkmal" zu übernehmen, das Gleichnis von den sich gegenseitig waschenden Händen oder dass eine Krähe der anderen kein Auge auskratzt. In der Tat gibt es für Misstrauen in dieser Hinsicht Gründe, die sich selbst mit der sonst so wirksamen Beamten-Empörung nicht mehr einfach als Verleumdung zurückweisen lassen, dafür sind sie zu gewichtig.

Vielen Leuten fällt heute mit einer gewissen Verzögerung auf, dass die eigentliche Kardinalfrage, wer denn für das Wohl und Wehe der wertvollen Schätze in der Anna-Amalia-Bibliothek verantwortlich war, wer dafür bezahlt würde, und wessen vernachlässigter Aufsichtspflicht es zuzuschreiben ist, dass der Brand Millionenschäden anrichten konnte, nie zur Sprache kam. Nicht einmal ganz leise!

Die Rauchfäden stiegen noch in die Luft, als blitzartig eine blendend konzertierte "Solidaritätsaktion" in Gang gesetzt wurde, die sich wie ein Nebelschwaden vor die bestürzende Realität legte. Das Wort "blendend" kann hier durchaus in seiner Bedeutung als Sichtbehinderung aufgefasst werden. Und: weder die Brandsachverständigen noch die Kriminalpolizei oder gar die Staatsanwaltschaft haben das Vorhandensein eines Verantwortlichen auch nur erwähnt, geschweige denn ihm Fragen gestellt. Etwa die nach Brandschutzmaßnahmen, die er verpflichtet gewesen wäre, anzuordnen und zu kontrollieren. Wie reimt sich das? -

Von einem nicht funktionierenden Rauchmelder war zu hören. Nun kann man schon auf dem Beipackzettel eines solchen Geräts lesen, dass es nur dann verlässlich arbeitet, wenn die Luftströmungen am Ort seiner Installation absolut unverändert bleiben. Bekanntlich war das Obergeschoss der Bibliothek eine Baustelle geworden. Dachteile wurden geöffnet, wodurch die Luftströme anders als zuvor verliefen. Hitzezufuhr in die hölzerne Dachkonstruktion ermöglichte, dass (was jeder Elektriker kennt) Kabelisolierungen unter Dehnungsdruck reißen und Kurzschlüsse zur Folge haben konnten. Diese Gefahren muss ein Verantwortlicher einfach kennen, da gibt es keine Entschuldigung, denn der Brandschutzmann der Einrichtung kann sie ihm schildern. Eigenartig, dass über solche hochwichtigen Fragen der Verantwortung eines Leiters, dem Millionenwerte anvertraut sind, bis heute nicht ein öffentliches Wort fiel. Da darf man sich über Argwohn nicht wundern. -

Mein persönliches Misstrauen, lieber Herr G., wird noch durch einen anderen Aspekt der Sache befeuert. Ich halte Journalisten nämlich nicht für dumm, mögen sie sich auch zuweilen so stellen, um unangenehme Fragen auszuweichen, deren Beantwortung sie letztlich in Konflikt mit dem Besitzer ihrer Zeitung oder mit der "Parteidisziplin" (siehe "Vordermann"!) bringen, durchaus aber auch die Gefahr des Blauen Briefs für sie bedeuten könnte. Aber in diesem

Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass nicht ein einziger dieser Leute es wagte, in seinem Medium auch nur ganz sacht daran zu erinnern, dass auf eine Baustelle wie es die Bibliothek war, nachts ein Wachmann gehört. Das ist übliche Routine. Ein solcher Nachtwächter wäre dem knappen Etat der Einrichtung nicht zur Last gefallen, er hätte im sogenannten "1-Euro-Job" bezahlt werden können, und: mit diesem einen Euro wären nicht nur Millionen Wiederherstellungskosten sondern auch unbezahlbare kulturhistorische Verluste vermieden worden. Ist es nicht von umwerfender Einmaligkeit, dass bis heute niemand diesen Gedanken hatte? Oder war er von vornherein als tabu erklärt worden?

Urteilen Sie selbst, Herr G., und lassen Sie sich zum Schluss noch für Ihre Spende danken. Trotz der "nicht koscheren" Umstände dieser ganzen Angelegenheit dient sie einem guten Zweck...

Frau E.Z. aus G.:

Die große Bereitschaft meiner deutschen Landsleute, mit Spenden den Opfern des Seebebens zu helfen, macht mich stolz. Teilen Sie dieses Gefühl, oder halten Sie die Höhe der Spenden für übertrieben?

Harry Thürk:

1.) Mitmenschen in Not zu helfen, ist eine der größten Tugenden, die es in unserer modernen, manchmal an Werten etwas verarmten Welt gibt. Wir können uns glücklich schätzen, sie bewahrt zu haben. Nicht selten in unserer eigenen Geschichte ist uns selbst geholfen worden...

2.) Wenn allerdings deutsche Staatsvertreter im Zusammenhang mit Steuergeldern, die sie für Hilfszwecke spenden, es nicht unterlassen können, zu verkünden, die Höhe der Beträge sei "Ausdruck der Führungsrolle, die Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft spielt", so halte ich das für widerliches Großmachtgetue, und ich schäme mich für diese typische Fehlleistung eitler, dünnegeistiger Ehrgeizlinge, abgesehen davon, dass eine derart beschworene Vorrangstellung unserem Land noch nie in seiner Geschichte gut getan hat.

3.) Es würde mich interessieren, wieviel von ihrem eigenen, üppigen Einkommen unsere politischen Führungsrollen-Beschwörer persönlich gespendet haben. Von der Höhe ihres Beitrages würde ich den Grad der Ehrlichkeit des pathetischen Geredes ablesen, das sie im Zusammenhang mit der Hilfsaktion so lautstark über alle Medien verbreiten.

Herr W.K. in N.:

Wie beurteilen Sie als Asien-Kenner die gegenwärtige Entwicklung in China? Die supermoderne, gigantische Industrialisierung der Städte mit punktuell riesigem Reichtum und die nach wie vor schreiende Armut auf dem Lande - sammelt sich hier nicht gewaltiger innenpolitischer Zündstoff an?

Harry Thürk:

Ich teile Ihre Befürchtungen, Herr K. Allerdings wird eine längere Zeit vergehen, bis sie akut werden. Wir Europäer neigen dazu, bei solchen Dingen allzu sehr von unserer Tradition und unserem Wertesystem aus zu urteilen. Da sind im Hinblick auf China differierende Elemente wirksam. So ist die Vorstellung von materiellem Reichtum etwa völlig anders geartet: eine möglichst große Familie, viele Enkel und Urenkel - das ist Reichtum. Dahinter rangieren mit großem Abstand erst Auto und alle anderen "Errungenschaften", die Europäer erstreben.

Zumal Chinesen infolge der sehr unterschiedlichen Art zu leben mit den meisten unserer "Errungenschaften" nicht viel anfangen können. (Z.B. mit einem Ferrari-Cabrio in straßenloser Provinz!) Unterschiede wird es bei der jeweiligen Studentengeneration geben, da ist der Hang zur "Gleichziehung" in punkto moderner Zivilisation und westlicher Lebensart naturgemäß immer stärker.

Interessant im Sinne meiner Überlegungen ist vielleicht Hongkong. Der britische Kolonialismus hatte ja hier eine unglaublich steile Verlaufform zwischen Reich und Arm geschaffen. Und trotzdem gab es in Hongkong so gut wie nie Aufstände der ärmeren Bevölkerung. Eine Erscheinung, die man auch aus Shanghai kennt, wo die soziale Kurve ähnlich verlief. Shanghai war - wie Hongkong - nie in der Gefahr, zu "explodieren". Das nur zum Nachdenken...

Generell und auf lange Sicht wird die rasante Industrialisierung China aber schon verändern, nur glaube ich, das wird über viele Generationen und Jahrzehnte erfolgen. Und an Zündstoff wird sich deshalb nie soviel ansammeln, dass es zur großen Explosion reicht. -

E.H. aus N.:

In einer hiesigen Zeitung las ich um die Zeit des Zwiebelmarktes herum die Klage eines Mannes, der angab, von der DDR-Justiz zu leiden gehabt zu haben, und heute bekomme er eine niedrigere Rente als "Leute, die in der DDR mitmachten oder stillhielten". Die beiden Vokabeln erinnerten mich an die sogenannte Kulturrevolution in China, von der ich viel beobachtete, weil ich während der Zeit als Einrichter für Schwermaschinen aus der DDR in China arbeitete. Finden Sie zu der Charakterisierung "mitmachen und stillhalten" in unserer heutigen Situation auch Parallelen?

Harry Thürk:

Ihre Beobachtung, Herr H., die Sie in China damals machten, stimmt, das kann ich bestätigen, weil ich ja selbst auch um diese Zeit dort arbeitete. Seit der Gründung der Volksrepublik war die Bildung stark gestiegen, und vornehmlich bei der Intelligenz machte sich daher ein steigendes Selbstbewusstsein bemerkbar, gepaart mit mehr Zivilcourage. Das beunruhigte die Schicht der dogmatischen Funktionäre, und sie brachten eine Aktion ins Rollen, die den "geduckten Bürger" zum Ziel hatte, der sich nach ihrer Überzeugung leichter regieren lässt. In der Praxis sah das so aus, dass man alle Chinesen, die nicht bei Mao gekämpft hatten, beschuldigte, unter dem reaktionären Regime der Kuomintang "mitgemacht oder stille gehalten" zu haben. Deswegen hätten sie sich nicht nur öffentlich zu entschuldigen, sie müssten alles öffentlich bekennen, was sie jemals gegen die Revolution getan hätten, auch den Fehler, sie nicht unterstützt zu haben.

Fortan hingen im ganzen Land die "Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen", in denen Leute sich selbst beschuldigten, um härteren Behandlungen möglichst zu entgehen. Wessen Selbstanklage da nicht mindestens das Niveau von "Ich war ein Dreckschwein von Kapitalistenknecht und bitte alle Kollegen, mir zu verzeihen!" hatte, für den gab es den finalen Keulenschlag. Da erhob ein bestellter Denunziant halbwegs kriminelle Anschuldigungen, die der Betroffene entkräften sollte, was er natürlich nicht konnte. Und so endete die Sache bei ihm mit einer Einweisung in ein Lager zur "Arbeitserziehung". Das war in den meisten dieser Fälle die persönliche Endstation. -

Was nun, Herr H., die von Ihnen erwähnten Parallelen angeht, so sind die schon wegen der prinzipiell unterschiedlichen historischen und politischen Situation nicht gegeben. Ich glaube, was Sie entdeckten, sind Ähnlichkeiten. Die sind teils zwar bestechend, aber sie können eben nur als Ausdruck völlig anderer Gegebenheiten bewertet werden, wenn man ihnen gerecht werden will, ohne Gefahr zu laufen, dass irgendein Nahkampf-Journalist in sein Trompetchen stößt: "XY hat die BRD beschuldigt, Kulturrevolution à la China zu machen! Haut ihn, den Verleumder!"

Nein, so einfach ist die Sache nicht. Aber vielleicht regt Ihre Beobachtung von Ähnlichkeiten ja gerade deshalb zum Nachdenken an. Und Nachdenken ist nie falsch. Im Gegenteil...

Bei der Integration der ehemaligen DDR ins politische, wirtschaftliche und juristische System der Alt-BRD ging es von Beginn an um eine systematische Delegitimierung des "Unterdrückerstaats" DDR und um die Ausschaltung der bei diesem Prozess hinderlichen Schicht intelligenter Sozialisten - oder sozialistischer Intelligenz. Und hier wurde - und wird - in der Tat mit den Vokabeln "mitgemacht oder stille gehalten" gearbeitet. Mit Abwicklung, Rauswurf, Sperrung für öffentliche Ämter usw. Für den einigermaßen geschichtsbewanderten Betrachter hat das einen Zug von grotesker Verlogenheit; den gesamten historischen Kontext, in dem die DDR entstand, die Gründe ihres Entstehens überhaupt, das alles haben die Integratoren der "Neuen Länder" völlig vergessen. Haben sie wirklich? Wissen sie nicht, dass es sich da um die Besatzungszone der Sowjetunion handelte? Zur "Volksrepublik" aus taktischen Gründen nicht erklärt, aber zum "2. Deutschen Staat an der Westgrenze des Weltfriedenslagers, der Front dieses Lagers, dem der gesamte Warschauer Pakt angehört". Schon vergessen?

Dass der politische Weg dieser DDR nicht von Wasserhahn-Honecker oder Schnittlauch-auf-Omeletten-Ulbricht bestimmt wurde, sondern vom Politbüro in Moskau. Auch vergessen?

Dass der Sprecher des Moskauer Außenministeriums erst am 25.10.1989 die Erklärung abgab, die "kommunistischen Bruderstaaten" dürften ab sofort "über ihren politischen Weg selbst entscheiden"?

Dass in diesem "Bruderstaat DDR" nicht eine Luftgewehr-Kugel, geschweige denn eine Landmine, produziert worden wäre, ohne Auftrag oder Erlaubnis aus Moskau?

Vergessen? Ach nein, solche Dilettanten waren da nicht am Werke. Die tatsächliche Rolle der DDR im Kalten Krieg und die Kräfte, die da die Entscheidungen fällten, waren der Delegitimierung im Wege. Die offiziellen "Aufarbeiter" klammerten sie deshalb einfach aus, also hat es sie offiziell nie gegeben. Taschenspielertrick, aber wirksam. Denn es ging (und geht bis heute) lediglich darum, hartnäckigen Verfechtern einer sozialistischen Idee jede öffentliche Betätigungsmöglichkeit zu verbauen: "Sie haben diese hintern und vorn unzulängliche DDR geschaffen und verteidigt. Sie sind schuld, dass es keine Bananen gab, dass wir nicht nach Mallorca konnten, am Ballermann Landwein aus Plasteimern saufen. Sie haben zu allem stillgehalten und mitgemacht!" Da wäre sie wieder, die Ähnlichkeit der Vokabeln, Herr H.!

Kommen wir noch zu der Sonderkeule. Sie heißt bei uns Stasi. Es ist nichts dagegen zu sagen, dass Geschädigte einen Denunzianten, der von ihnen identifiziert wird, juristisch belangen. Nur geriete eine Justiz in üblen Geruch, wenn sie Leute auf anonyme "ernstzunehmende Hinweise" hin verfolgt, die aus einer staatlich subventionierten Sammlung von Abraum in Müllsäcken kommen. Weswegen sie das Geschnipsel nicht als Beweismittel akzeptiert. Den Ball übernehmen in Sachen Rufmord geübte Mietlinge einiger Medien. Der Verleumdete kann ja beweisen, dass er unschuldig ist. Wie er das machen soll, weiß keiner. So bleibt es, ähnlich wie bei dem Beispiel aus Fernost, bei der Schädigung des ehrlichen Namens. Es gibt in der BRD keine Arbeitslager chinesischer Prägung. Dieses Land ist trotz mancher widerlichen Manipulation eine Demokratie. Und trotz der Bemühungen einer Meute von Alt- und Neonazis wird es keine Diktatur werden. Das heißt allerdings nicht, dass es auf die ständige wache Zivilcourage seiner Bürger verzichten kann. Denn auch Demokraten vergreifen sich zuweilen, da ist das Engagement des Bürgers gefragt...

Ihren Beobachtungen, Herr H., ist äußerliche Ähnlichkeit mit entscheidenden Einschränkungen, wie Sie sehen, nicht abzuspochen. Vorrangig aber ist die Anregung zum Nachdenken, die davon ausgeht. Sie kommt direkt unserem Staatswesen zugute. Ich halte das für den entscheidenden Effekt.

Herr J. Sp. in H.:

Wir sprachen kurz nach der Wiedervereinigung miteinander - Sie Ost, ich West. Seitdem ist viel Zeit vergangen. In meinem Umfeld wird gesagt, die Leute im Osten sind nicht dankbar für unsere Hilfe. Ist das so? Wie sind die Tatsachen?

Harry Thürk:

Lieber Herr Sp., dass Dankbarkeit in der Politik keine wertbeständige Größe ist, werden Sie wissen. Deshalb schildere ich Ihnen lieber einige Tatsachen, und dann können Sie selbst entscheiden, welche Stimmung aus denen entstehen würde, wenn sie sich nicht im Osten, sondern in Ihrem Umfeld im Westen genauso abspielten, wie ich sie Ihnen hier mit leichter

Feder und verfremdeten Eigennamen schildere:

1992 bricht der Herr Gottfried Allgaeuer aus dem Süden der "Alt-BRD" zur Hilfeleistung in den Osten auf. Er erwirbt (für einen symbolischen Preis) im mitteldeutschen Gebirgsraum die LPG Hopfental, wo bisher Hopfen angebaut wurde. Das modische Büchsenbier aus dem Westen hat hier eine akute Absatzkrise verursacht. Herr Allgaeuer rechnet auf die Zukunft, zumal die Investition sehr gering ist.

Im Verlauf der nächsten zwei Jahre erwirbt Herr Allgaeuer im Osten zu ähnlichen Ausverkaufsbedingungen, die die "Treuhand" festsetzt, eine Bierbrauerei, eine Spedition und sechs Gastwirtschaften, alles ehemalige "volkseigene Betriebe", die verschleudert werden, im Prozess der Privatisierung der Staatswirtschaft.

Um alle diese Unternehmungen sachgemäß führen zu lassen, mobilisiert Herr Allgaeuer seine gesamte, umfangreiche Familie. Sohn Alfons leitet die Hopfenerzeugung, Sohn Erwin die Brauerei, Schwiegersohn Ullrich die Spedition, die Schwiegertöchter Lucrezia und Antonie jeweils eine Gastwirtschaft, die Töchter Hulda und Lisa ebenfalls, die restlichen beiden werden von den Enkeltöchtern Jutta und Helene gemanagt.

Das Land zeichnet Herrn Allgaeuer wegen seiner umfangreichen Investitionstätigkeit aus, und wegen seiner vorbildlichen Bemühungen, Frauen in leitende Funktionen zu bringen.

Solidaritätsmittel und Förderhilfen vom Bund fließen ihm zu. Das Bier, das er produziert, trägt den alten, traditionellen Ost-Namen. Es symbolisiert nach Meinung der Politiker den Aufschwung Ost: Wenn man nur frische auf ans Werk gehe, seien die blühenden Landschaften keine Illusion!

Als in der Brauerei mehrere leitende Angestellte durch Vertraute Herrn Allgaeuers aus dem Westen ersetzt werden, protestiert der Gewerkschaftsvertreter gegen diese Praxis. Aber da wird entdeckt, dass er in seiner Militärzeit bei der NVA ein Gewehr trug. Damit soll er an der Grenze sogar geschossen haben, was jetzt untersucht wird. Bis zu einem Ergebnis wird er "freigestellt". Dank des Entgegenkommens von Herrn Allgaeuer wird er aber nicht arbeitslos - er kann als Reinigungskraft bleiben.

Der Gewerkschaftsvertreter des Speditionsunternehmens, dem der Transport des Biers zu den Gastwirtschaften obliegt, erklärt sich mit seinem Kollegen aus der Brauerei solidarisch und verlangt eine Offenlegung der hier geübten Praxis. Doch da meldet die Behörde für "ernstzunehmende Hinweise" ganz unvermittelt, dass in der von ihr verwalteten "Hosenrotz-Kartei" ein Name auftaucht, der dem des Gewerkschafters ähnelt, nur dass er wegen der amerikanischen Schwierigkeiten mit der deutschen Umlautschreibung nicht einwandfrei bestätigt werden könne. Auf jeden Fall aber sei Vorsicht wegen Stasi-Kontakten geboten. Der Betreffende wird nicht gekündigt, er kann in der betriebseigenen LKW-Waschanlage vorerst weiterarbeiten.

Herr Allgaeuer wird zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung wegen seiner vorbildlichen Investitionstätigkeit in den Neuen Bundesländern mit der goldenen Schlipfnadel und dem Adler am schwarzen Band ausgezeichnet. Weitere Fördermittel fließen. Ein führendes Wirtschaftsforschungsinstitut bescheinigt dem Unternehmergeist Herrn Allgaeuers Modellcharakter und empfiehlt ihn zur Nachahmung, statt über den schleppenden Aufbau Ost zu klagen.

Herr Allgaeuer kündigt an, er werde in einiger Zeit die Produktion der Blech-Kronenkorkenverschlüsse für die Bierflaschen nach Kolumbien verlagern, im Interesse der dort beschäftigungslosen Indianer. -

Dann gab es hier eine Landtagswahl, und ein Spaßvogel unter den Rednern karikierte die Investitionsmethode des Herrn Allgaeuer zur Förderung des Aufbaus Ost: Der Mann weiß, wie man das Geld in der Familie hält! Das war spöttisch-ironisch, nicht böse. Wie die Sache seit der Treuhand gelaufen war, weiß man ja ohnehin. Aber Herr Allgaeuer fühlte sich äußerst ungerecht angegriffen. Er klagte in einer süddeutschen Talkshow über "die Undankbarkeit der Leute da drüben", denen er so sehr geholfen habe. Eine Weile blieb es dabei. Doch dann begann die Regierung ihr "Programm zur Rettung des Sozialstaates durch Sozialabbau". Der Chef nannte es einen "Paradigmenwechsel", was er da veranstaltete, so dass bei weitem nicht jeder überhaupt verstand, was das sein sollte. Angeblich leben die Deutschen (alle!) über ihre Verhältnisse, und man müsse jetzt Einschränkungen setzen, um, wie es hieß, "die Renten der Kinder, Enkel und Urenkel zu sichern".

In der Folge brach eine Flut von Kürzungen und Liquidierungen von sozialen Leistungen über die Leute herein. Ob bei den Renten, den Krankheitskosten, der Altenfürsorge, dem Arbeitslosengeld, der Zahnmedizin, der Sozialhilfe, überall würde "im Interesse der Verbesserung des Sozialstaates", wie es recht zynisch hieß, gekürzt und gestrichen. Der ganze Prozess wurde den Leuten auf eine so durchsichtig primitiv-demagogische Weise als unabwendbar eingebläut, dass Unruhe entstand. Der Begriff "Abzocke" machte die Runde. Und die sozialen Einschnitte eskalierten. Angeblich wären alle Arbeitslosen ja gar nicht mehr an Arbeit interessiert, sondern nur noch am Einsacken von Fürsorgegeld. Deswegen wurde dann schließlich eine ultimative Schranke in Form eines 14 Seiten umfassenden Fragebogens aufgebaut, in dem vor der Genehmigung von Arbeitslosengeld solche Einzelheiten wie der Besitz von Wertsachen, Bankguthaben oder Datschen zur Untersuchung kamen. Ihren Gipfel erreichte diese Mischung aus empörender Menschenverachtung und kaltschnäuziger Frechheit, als auch noch die Sparbücher von Kindern in die Kontrolle einbezogen wurden.

Die Explosion kam, als West-Bundesbeamte in den Osten abbestellt wurden, um (bei hoher Bezahlung) die Leute hier in der Ausfüllung der Fragebögen zu unterweisen: der oberste Regierer, der gerade wieder mal den Segen pries, den der Sozialabbau im Osten bedeutete, bekam ein faules Ei in seine Richtung geworfen. Woraufhin er hinter dem lauter werdenden Protest sogleich eine Verhetzung durch PDS und Neonazis sah.

Daraufhin gingen Leute im Osten wieder montags zu Demonstrationen gegen die menschenverachtende Praxis der Regierung auf die Straße. Verhetzte, wie der oberste Regierer weiter behauptet. Beweis - in Leipzig seien an so einem Montag auch Neonazis auf der Straße gesehen worden...

Lieber Herr Sp., das Volk hat in solchen Situationen seine ganz eigene Sprache. Mir erklärte ein Teilnehmer an einer Demonstration: "Ich glaube, die Politiker beten Tag und Nacht, dass möglichst immer ein Glatzkopf in Schnürschuhen herumsteht, wenn wir am Montag zur Demo aufbrechen. Sonst platzt ihnen ja selbst die letzte Lüge noch..."

Ich weiß nicht, ob es die letzte ist. Man wird neue erfinden, um eine verfahrenere Politik auf Biegen und Brechen weiter durchzupeitschen.

Eins kann ich mit Sicherheit sagen, Herr Sp., mit Undank oder PDS/Nazi-Allianz hat das alles nichts zu tun. Sie wollten die Tatsachen erfahren. Und die entwickeln sich aus dem Schalten und Walten einer bornierten Politikerkaste, der jeder Sinn für Wahrheit, Ehrlichkeit und Anstand abhanden gekommen ist. Undank - nein. Bewahrung der Menschenwürde - ja. Ich bin sicher, Sie werden das genauso verstehen.

Herr Zw. in S.:

Selbst M. Gorbatschow gibt uns Deutschen heute den Rat, nicht so viel zu jammern. Sollten wir vielleicht doch aufhören, unsere Lage zu kritisch zu sehen und uns mehr auf die Zukunft orientieren?

Harry Thürk:

Lieber Herr Zw., ich hoffe, Sie sind nicht enttäuscht, wenn Ihnen verrate, dass ich mein Leben lieber nicht nach den Gebrauchsanweisungen von Mehrzweck-Moralisten einrichte, wie dieser Herr einer ist. Ich hatte schon immer etwas gegen solche Strahlmänner und vorgeblich völlig uneigennütigen Weltverbesserer, weil sie bei näherem Hinsehen meist nicht mehr sind, als von der politischen Meinungslenkungsindustrie jeweils in Saisonfarbe angepinselte, gutbezahlte "Orientierungshilfe-Profis". Sozusagen die global genobelte Variante unserer einheimischen "Integrationsfiguren". Für entsprechende Bezahlung finden sie heute alles richtig oder falsch, und morgen das Gegenteil, je nach Auftrag. (Dieser eine Herr da, dessen weise Bemerkung Sie zitieren, lässt ja aus Versehen selbst die Katze aus dem Sack, wenn er treuherzig ausplaudert, dass "von seinen deutschen Honoraren" sogar Solidaritäts-Beitrag abgezogen wird!)

Auf jeden Fall: er ist nicht zu spät gekommen, und das Leben hat ihn nicht bestraft, sondern mit einem dicken Bankkonto in Auslandswährung belohnt. Damit im Rücken lässt es sich dann trefflich gegen "jammernde Deutsche" schwätzen und ihnen als Alternative "die russische Situation" anbieten. Meint er die seine? Oder die einer Bergmannswitwe mit Rubelrente?

Und: "jammern"? Ist das eine Vokabel, mit der man sich über die Emotionen eines anderen Volkes lustig macht? Ich nenne das nicht mehr Überheblichkeit, sondern Unverschämtheit, und ich persönlich brauche seine Generalgouverneurs-Ratschläge nicht. -

Einige Generationen Deutsche haben seit 1945 wenigstens materiell gutzumachen versucht, was Nazi-Deutschland anrichtete, und wofür wir unter anderem mit der Teilung des Landes bestraft wurden, deren Folgen uns heute noch das Leben schwer machen, ebenso wie der rasante Sozialabbau. Wenn viele Landsleute darüber keine Jubelgesänge anstimmen, so ist das allein unsere Sache, nicht die von geltungssüchtigen Allzweck-Bla-Bla-Lieferanten. Der von Ihnen zitierte Herr wird übrigens in seinem Land inzwischen als "der beste Deutsche in ganz Russland" verspottet.

Was mich an den alten jüdischen Spruch erinnert: "Singen kann ich nicht. Aber sachverständig bin ich!"

Herr W. in St.:

Aus Ihren militärhistorischen Dokumentationen ersehe ich, dass Sie sich in militärischen Dingen auskennen - ist es Ihnen möglich, mir zu erklären, wie es kommt, dass israelische Raketen stets unter hundert Autos im Straßenverkehr genau das treffen, in dem die Person sitzt, auf die sie es abgesehen haben?

Harry Thürk:

Die Präzision, mit der diese Aktionen ablaufen, ist kein militärisches Phänomen, sondern das Ergebnis hochentwickelter Elektronik.

Die Sache verläuft so, dass ein Agent oder Kollaborateur der zum Angriff ausgewählten Person einen sogenannten Zielchip entweder in ihr Auto oder in ihre Kleidung praktiziert. Dieser Chip sendet Impulse aus, auf die der elektronische Suchkopf der Rakete reagiert, die in Richtung des Fahrzeugs abgefeuert wird. Sie sucht ihren Weg zum Ziel selbst.

Die moderne Wissenschaft bringt immer wieder Instrumente und Waffen hervor, die das Töten von Menschen vereinfachen und entpersönlichen. Immer wieder gibt es auch Versuche, hier mit Verboten Grenzen zu setzen, allerdings ohne großen Erfolg. Spätestens seit der Atombombe wissen wir, dass sich wissenschaftlich-technische Fortschritte nicht mehr zurücknehmen lassen. Soviel auch darüber geredet und konferiert werden mag, nüchtern betrachtet bleiben alle solchen Versuche ohne Erfolg. Wer das gefährliche Handwerkszeug einmal besitzt, der benutzt es in seinem Interesse, ohne die "Weltöffentlichkeit" um Erlaubnis zu fragen.

Die Praxis der Raketenangriffe auf Einzelpersonen im Zusammenhang mit militärischen Auseinandersetzungen in der hier geschilderten selektiven Art ist übrigens durch das Völkerrecht verboten (Haager Landkriegsordnung, Artikel 23/b). Es ist bezeichnend für das Ausmaß von Heuchelei, das in der internationalen Politik um sich gegriffen hat, dass solche internationale Abmachungen längst nicht mehr im Sinne eigener Disziplinierung wirksam werden, und waffenstarrende Mächte sie nur noch nach dem Prinzip "Haltet den Dieb!" als taktisches Mittel zur Verschleierung eigener Verletzungen des Völkerrechts benutzen.

Herr W. aus S.:

Ich verfolge in den Medien viele Sendungen oder Artikel über historische Themen. Wie kommt es, dass ich bei Ihnen (z.B. über polnische Geschichte) Tatsachen erfahre, die andere nicht bringen? Haben Sie bessere Quellen?

Harry Thürk:

Nein. Aber ich gehöre nicht zu den Autoren, die mit historischen Tatsachen selektiv umgehen, indem sie lediglich solche zusammentragen, die ihr bereits fertiges Vorurteil stützen, und andere, "unbequeme", einfach unter den Tisch fallen lassen.

Diese Unsitte hat sich ja unter den Bedingungen der Marktwirtschaft zu einem zwar anrühigen, aber immerhin recht ertragreichen Geschäft entwickelt, wengleich da durchaus nicht alle Historiker mitspielen. Aber es lässt sich unschwer

erkennen, dass die von Parteiinteressen durchsumpften Medien heute immer öfter "Historiker" präsentieren, die ihr Honorar nicht dafür bekommen, dass sie alle Wahrheiten geschichtlicher Prozesse objektiv auflisten. Vielmehr lenken sie das Publikum schon durch die Betonung oder Auslassung bestimmter Fakten zu einer Auffassung, die der Intention ihres Arbeitgebers entspricht. Und so produzieren sie eben nicht ein umfassendes, auf Vollständigkeit fußendes Abbild der Geschichte, sondern weltanschaulich einseitig gezielte Zwecklügen.

Diese Praxis ist nicht etwa neu. Sie wurde und wird in der ganzen Welt von den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Systemen geübt. Sie soll nicht dem Zweck dienen, die Geschichtskennntnisse der Bürger zu vervollständigen. Das Publikum soll durch den Auftritt seriös wirkender "Vertreter der Geschichtswissenschaft" in eine Denkrichtung gelockt werden, die den Intentionen der gerade regierenden politischen Partei entspricht. Wer das nicht bemerkt, und wer also die Urteile "erstklassiger Wissenschaftler" übernimmt, die ja "so bedeutend sind, dass sie sogar in Zeitungen und im Fernsehen erscheinen", der fällt auf einen der ältesten Ladenhüter in der Trickkiste der Demagogen herein, die Prominentenmasche.

Was mich betrifft, so kommt bei historischen Analysen jede Tatsache auf den Tisch, selbst wenn sie diesem oder jenem Leser nicht in sein vorgefasstes Weltbild passt. Im Falle der polnischen Geschichte und der Teilungen dieses Landes zwischen seinen beiden mächtigen Nachbarn habe ich das praktiziert. Sie bemerkten es. Ich wünsche Ihnen weiterhin Spürsinn und ein unbestechliches Urteilsvermögen.

Herr S. F. aus Gera:

Halten Sie die neue Regelung der Kombination von Arbeitslosengeld und Sozialfürsorge (Hartz IV genannt) für gerecht?

Harry Thürk:

Nein. Ich halte sie für eine Maßnahme, die den sozialen Standard von sehr vielen Menschen auf ein Minimum senkt. Sie erzeugt in einem Land Armut, dessen oberster außenpolitischer Großsprecher unablässig anbietet, Deutschland würde gern in der weiten Welt "... noch mehr Verantwortung übernehmen." Oder dessen Kanzler in Bezug auf ein paar Tausend Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo tönt: "Wir sind da vornedran, mehr als vornedran sein können wir nicht!"

Zu gleicher Zeit senkt er das Lebensniveau der eigenen arbeitslosen Bürger, besonders im Osten, fünfzehn und mehr Jahre nachdem viele Leute auf die Mogelpackung einer für den Kalten Krieg sozial aufgemotzten BRD hereingefallen sind, gegen Null. Und das mit der frechen Begründung, es müsse eben jeder Opfer bringen.

Die größte Unverschämtheit ist für mich aber, dass nun jedem, der um Unterstützung einkommt, die Ausfüllung eines mehrseitigen Fragebogens abverlangt wird, in dem er selbst über die vom Großvater geerbte goldene Uhr oder den Ring der verstorbenen Mutter noch Rechenschaft zu geben hat, bevor man eine Zahlung überhaupt ins Kalkül zieht. Als ich ein Schulkind war, erklärten die Nazis alle Arbeitslosen grundsätzlich zu "faulen Arbeitsscheuen". Und Fragen nach persönlichen Dingen, wie sie heute vor einer eventuellen Stützung zu beantworten sind, kenne ich in dieser erniedrigenden Art nur noch von den "Dazebaos" (den "Großbuchstaben-Wandzeitungen") der chinesischen "Kulturrevolution".

Hätte es die DDR gewagt, ein auch nur vergleichsweise entwürdigendes Fragesystem zu präsentieren - wir hätten heute in jedem östlichen Bundesland eine weitere "Behörde", die sich mit der "Aufarbeitung" dieser Praxis beschäftigt. Nun, die DDR, vielgescholten, hat kein solches Verfahren gekannt, weil es Arbeitslose nicht gab. Soziale Abzockerei und menschenverachtende Datenerpressung sind einer deutschen Regierung vorbehalten geblieben, die nie eine Chance verpasst, andere wegen Verstoßes gegen die Menschenrechte zu belehren, eigene Schweinereien auf diesem Gebiet aber lässig ignoriert, oder mit gestelzten Phrasen auch noch zu Heldentaten erklärt. Besser gesagt: umlügt. -

Was sich heute in unserem Lande in dieser Hinsicht abspielt, lieber Herr F., ist schlichtweg eine Schande: mit dem Instrumentarium der Inquisition werden hunderttausende anständige, schuldlos arbeitslose Menschen unter die Armutsschwelle befördert. Und das, so beschwätzt man sie zynisch, hätten sie gefälligst als "Reform" zu bejubeln, als gute Tat der Regierung, dann dadurch werde "der Sozialstaat gerettet". Außerdem würden damit die Renten für unsere Urenkel gesichert.

Wem da nicht das Kotzen ankommt...

Herr Gr. aus W.:

Ich bin Vertriebener aus dem Sudetenland. Sie auch. Wie stehen Sie zu der Forderung auf Widerruf der Benesch-Dekrete zur Vertreibung an die tschechische Regierung?

Harry Thürk:

Ich bin Oberschlesier. Im Hinblick auf die Vertreibung macht das einen Unterschied, den ich Ihnen erklären will. Zunächst aber: Von der Schaumschlägerei um die Benesch-Dekrete halte ich gar nichts, weil ich grundsätzlich nicht auf solche Kampagnen von "Vordenkern" und "Meinungsmachern" hereinfalle, die hier am Werke sind.

Zur Sache wäre festzustellen, dass die heutige tschechische Regierung sich streng von diesen Vertreibungs-Dekreten distanziert hat. Damit wurden sie zu historischen Dokumenten, die man ja bekanntlich nicht mehr ungeschehen machen kann, ganz abgesehen davon, dass an der Art und Weise der Vertreibungspraxis nach 60 Jahren ohnehin nichts mehr zu ändern ist und Spekulationen auf finanzielle Entschädigungen ja wohl das unvernünftigste Begrüßungsritual für das neue EG-Mitglied Tschechien wären - es handelte sich schließlich nach dem Ausnahmefall Österreich um das erste Land, das Hitler überfiel!

Vom Vorwurf der Schaumschlägerei möchte ich ausdrücklich respektable Buchautoren ausnehmen, die über die mit den

Brutalitäten der Austreibung verbundenen persönlichen Tragödien berichten. Das ist nötig. Ich selbst habe ein Buch über diese Praktiken auf der polnischen Seite geschrieben. Mein Buch wurde von einer Zeitschrift in meiner Heimatstadt übersetzt und in Fortsetzungen abgedruckt. Ich erhielt viele Zuschriften, unter denen es keine einzige Ablehnung gab. Der Generationswechsel macht sich da bemerkbar. Die junge, auch schon in den 30ern oder 40ern stehende Generation ist offen für die historische Wahrheit, man kann sie nicht mehr unter der Routinevokabel "die Tschechen" oder "die Polen" mit dem nationalistischen Mob der Vertreibungszeit identifizieren und mit dessen Ausschreitungen. -

Wovon man sich hüten muss, das sind geplante Schaumschläger-Kampagnen wie gegenwärtig die gegen die Benesch-Dekrete. Warum, so muss man fragen, konzentriert die sozusagen durch das Adjektiv "pressefreiheitlich" heilig gesprochene und angeblich unabhängige Medienmeute ihren ganzen Zorn so sehr auf Benesch und die Tschechen, während sie die ungleich umfangreichere Vertreibung aus Deutschlands Ostprovinzen, eine echte ethnische Säuberung, bei der allein die Toten in die Millionen gingen, doch buchstäblich übersieht? Kann man als Journalist so unaufmerksam sein? Kann man ignorieren, was das Völkerrecht so deutlich über Gebietsveränderungen festlegt? Über Privateigentum in besetzten Gebieten? Über die Inhaftierung (auch in Ghettos) von Privatpersonen? Das alles ist nämlich dem Siegerstaat im Osten schon bekannt gewesen und wurde doch nonchalant negiert. Bis heute. Und niemand aus unserer in Sachen Benesch völkerrechtlich so beschlagenen Medienmeute denkt auch nur daran, ein einziges Wort in dieser Sache zu äußern. Nicht einmal zu flüstern, ganz leise. Warum?

Ablenkung und Verdrängung eines bestimmten Teils der historischen Wahrheit, lieber Herr Gr., das ist es, was hier läuft. Von der Politik in Auftrag gegeben, von den Spezialisten in Werbeagenturen instrumentiert wie Reklame für Milchschokolade oder Slipenlagen auch, und von den folgsamen Medien als Sau durchs Dorf getrieben. Der Nebel, der sich aus den Benesch-Dekreten quetschen lässt, als Vorhang vor Peinliches, Unbequemeres?

Man muss in dieser Gesellschaft, die so viel Wert auf "Aufarbeitung" in Sachen Menschenrechte und Völkerrecht legt, damit rechnen, in eine Reihe mit altbraunen Rechtsextremisten gestellt zu werden, wenn man bei zweckfreier vorurteilsloser Betrachtung der Geschichte feststellt, dass die Führer der westlichen Demokratien in der Anti-Hitler-Koalition ihrem Alliierten Stalin ganz offiziell zugestanden haben, jene Gebiete zu behalten, die er nach dem gemeinsamen Krieg zusammen mit Nazi-Deutschland bei der 4. Teilung Polens kassierte. Widerspruch kam damals von der rechtmäßigen Regierung Polens, die sich im Londoner Exil befand. Er blieb ungehört.

So kam es zu der Absurdität, dass aus der damals zwischen Stalin und Hitler ausgehandelten "Interessenlinie" die heutige (!) Staatsgrenze Polens im Osten wurde.

Für das schäbige Geschäft mit Nazi-Deutschland hat sich Moskau bis heute nicht einmal entschuldigt, geschweige denn die Dokumente, die zu ihr führten, als ungültig erklärt, ganz zu schweigen etwa von einer Wiederherstellung des alten Zustands. Muss das wirklich heute vor jeglicher Diskussion geschützt werden? Vernebelt vom Qualm um die Benesch-Dekrete?

Ist es vielleicht jemandem peinlich, wenn man daran erinnert, wie Stalin im Kreml beim Toast auf den gewonnenen Feldzug gegen Polen (das nach den Bestimmungen des berüchtigten Vertragswerkes mit Nazi-Deutschland übrigens erst jemals wieder ein selbstständiger Staat werden konnte, wenn die beiden Vertragspartner das erlaubten!) leutselig seine Freude darüber ausdrückte, dass "die Freundschaft zwischen Russen und Deutschen nun auch mit gemeinsam vergossenem Blut besiegelt worden sei"? Da konnte nach Lage der Dinge doch wohl nur polnisches Blut gemeint sein... Oder?

Das war 1938/39, Herr Gr. Warum nun soll nach dem Willen der Politik heute darüber möglichst niemand sprechen, sondern über die Benesch-Dekrete? Man kann es partielle Geschichtsverdrängung nennen, ein Verfahren, das so alt ist wie die Menschheit. In unserer Gegenwart lässt man einen Querdenker auf diesem Gebiet ganz schnell spüren, was man von seinem Streben nach Redlichkeit hält, weil er ganz unversehens nämlich zum Störenfried einer Idylle wird, wenn sich deutscher Kanzler und russischer Präsident küssen. In Moskau, Petersburg oder in Hannover, wo der Präsident mit Frau, Balalaikaorchester und Kosakenchor zum Geburtstag seines deutschen Freundes anreiste. Was die Mehrzahl unserer unbeeinflussbaren, ungelentkten Medien einfach verpasst zu haben schien? Oder als nicht so wichtig? Keine Schlagzeile wert? Das Wort von dem, der seine Hose mit der Kneifzange anzieht, und dem man das vielleicht erzählen kann, drängt sich mir dabei auf...

Nein, Herr Gr., mir sind das ein paar konstruierte Zufälligkeiten zuviel, verglichen mit der "Empörung" über die längst zu historischen Papierblättchen gewordenen tschechischen Dekrete. Und ich verstehe das Misstrauen einiger polnischer Freunde, die sehr gut wissen, wer Polen in seiner Geschichte vier Mal unter sich aufgeteilt hat. (Ihr Präsident ist übrigens ja nicht in der Gefahr, vom Moskauer Präsidenten geküsst zu werden. Ebensowenig wie vom deutschen Kanzler!)

Für sie ist die neue "Achse" Paris-Berlin-Moskau nichts, worüber man sich besonders freut. In deutschen Medien ist diese Distanz ja bereits pflichtschuldigst als notorisches Querulamentum abqualifiziert worden. Altmodisch wie der Weizenanbau und das Melken mit den Händen...

Wenn man es in schöner Gemeinsamkeit überhaupt zur Kenntnis nimmt, Herr Gr., denn gelogen und manipuliert wird in diesem Metier keinesfalls nur mit dem was man sagt oder schreibt - nein, ebenso wird mit dem gelogen, was man ignoriert. So läuft das. Ohne Rotstift und Zensor. Aber mit der Gefahr des "Blauen Briefes" im Rücken, und der drohenden Kündigung.

Nein, Herr Gr., der Trubel um die Benesch-Papiere ist mir zu verlogen, um mich zu beeindrucken. Tatsächliches Engagement für Vertriebene, die für ganz Deutschland zu leiden hatten, und die den höchsten Preis für Hitlers Mordkrieg zahlten, sieht anders aus!

Herr D.A. in Qu.:

Herr Thürk, Sie leben in Weimar. Dort soll im Oktober, wie ich höre, über die Rückgabe der in die SU verbrachten deutschen Kunst (Beutekunst) verhandelt werden. Rechnen Sie mit einem positiven Ergebnis?

Harry Thürk:

Nein. Schon die Benutzung des Begriffs "Beutekunst" lässt vermuten, dass diese Beauftragten, die sich da treffen, einfach

nicht kompetent sind. "Beute" ist ein Begriff aus der Zeit der Reiterhorden Dschingis Khans, als Kriege eben noch Raubzüge waren. Seit 1899 gibt es die völkerrechtlich verbindlichen Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung. In denen ist nirgendwo die Rede von "Beute". Statt dessen werden in Artikel 23 "Plünderungen" als völkerrechtswidrige Akte erkannt.

(Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: ich kenne das Ausmaß der Verbrechen deutscher Okkupanten in anderen Ländern sehr genau. Allerdings glaube ich, sie geben keiner Siegermacht die Erlaubnis, das Völkerrecht zu ignorieren. Und darin kommen auch Entschuldigungsvokabeln wie "Vergeltung" oder "Wiedergutmachung" im Zusammenhang mit Plünderungen nicht vor.)

Moskau ist in dieser Angelegenheit in einer unangenehmen Lage. Zumal dort, um Rückgabeforderungen bequemer abblocken zu können, die deutsche "Beutekunst" durch ein spezielles Gesetz zu russischem Eigentum erklärt wurde. Bis heute hat es der neue Staatschef, der nach Meinung mancher Leute das Land geradewegs in die Demokratie führt, noch nicht fertig gebracht, dieses völkerrechtswidrige Spezialgesetz abzuschaffen. Da von Seiten der deutschen Administration auch keine Bemühung sichtbar wird, das zu verlangen, ist jede Hoffnung auf eine Lösung des Problems "Beutekunst" verfrüht.

Inzwischen profitieren alte und neue Nazis in Deutschland von der amtlichen Bekanntgabe, dass sich in Russland 4,5 Millionen verschleppter deutscher Kunstobjekte befinden, während die Zahl der aus Russland nach Deutschland verschleppten ca. 1.500 beträgt. Von rechten Stammtischen steigt die Schlagzeile auf: "Da sieht man es wieder: dreitausendmal soviel wie wir bei ihnen haben sie bei uns geklaut!"

Ich fürchte, auch das wird zu nichts führen, was als Lösung des peinlichen Problems angesehen werden könnte. Man wird im Oktober hier in Weimar viel reden, wird den Leuten erzählen, Staaten wären Freunde, Promis (15.000 Euro pro Auftritt) werden sich öffentlich küssen, man wird beschwören, auf dem rechten Weg zu sein, und ich würde mich nicht wundern, wenn ein Kosakenchor eingeflogen wird, um auf dem Goetheplatz das Rennsteiglied zu singen. Deutsch.

Wenn Sie das als positives Ergebnis betrachten wollen, Herr A., bitte! Mehr wird es nicht geben.

W. St. aus H.:

Sie sind Vertriebener wie ich. Deshalb wüsste ich von Ihnen gern, ob das was der Bundeskanzler bei den Gedenkfeiern zum Warschauer Aufstand zum Verhältnis der Deutschen zu Polen und umgekehrt sagte, Ihre Zustimmung findet.

Harry Thürk:

Lieber Herr St., Deutsche und Polen sind nach Meinung kompetenter Historiker die am meisten belogenen Leute in Europa. Auch über den Warschauer Aufstand sind - wie über den Umgang der westlichen Anti-Hitler-Alliierten mit dem von Stalin und Hitler 1939 gemeinsam überfallenen und unter sich aufgeteilten Land Polen überhaupt - so viele gezielte Lügen und rhetorische Nebelschwaden verbreitet worden, dass Widerlegung und Durchblick den Rahmen, in dem ich mich hier bewegen kann, sprengen würden. Wenn Sie an diesem Teil der europäischen Geschichte ernsthaft und über den Tag hinaus interessiert sind, empfehle ich Ihnen deshalb als Lektüre das unlängst erschienene Buch des englischen Autors Norman Davies "Aufstand der Verlorenen" >Der Kampf um Warschau 1944<, das soeben in deutscher (und polnischer) Sprache erschien. Besser als ich es in gedrängter Form könnte, legt der Polen-Spezialist alle die Tatsachen auf den Tisch, aus denen sich das äußerst komplexe Bild schier unglaublich erscheinender politischer Schurkerei zusammensetzt: Von Stalins Pakt mit Hitler, den Polens KP-Führung nicht mitmachte, weswegen sie nach Moskau bestellt und erschossen wurde, über die ein Jahr später nach dem gemeinsamen Krieg erfolgte Aufteilung des Landes, der Deportation von einer halben Million Einwohner nach Sibirien, der Ermordung von 20.000 Offizieren (u.a. in Katyn) und Beamten, der Partisanenbekämpfung gemeinsam mit der Gestapo, bis Hitler dann die SU überfiel und Stalin zum Alliierten Churchills und Roosevelts wurde, die vorher zwar Zeter und Mordio geschrien hatten, wenn irgendwo auch nur eine kommunistische Maus piepte, die Stalin aber jetzt nicht nur kritiklos die Hälfte Polens überließen, die aus dem Geschäft mit Hitler stammte, sondern noch deutsches Gebiet bis zur Oder schenkten, damit er unter Benützung in Moskau ausgebildeter, verlässlicher Leute (Lubliner Komitee) "Volkspolen" gründen konnte...

Dies alles und vieles mehr muss man wissen, wenn man sich überhaupt mit dem Warschauer Aufstand beschäftigen will, in dem die legale polnische Regierung, im Londoner Exil lebend, die von den Alliierten weder über ihre Manipulationen mit Stalin konsultiert, ja nicht einmal informiert wurde, auf eine verzweifelte Art in Warschau beweisen wollte, dass es sie noch gab. Die deutschen Truppen schossen die Todesmutigen zusammen. Warschau wurde eingeebnet. Die Sowjetarmee parkte am jenseitigen Weichselufer, konnte angeblich wegen Nachschubproblemen nicht helfen. Und die egoistischen West-Alliierten, denen Stalin gern zugesagt hätte, dass er weiterhin unter hohen Verlusten (die Churchill und Roosevelt vermeiden wollten) die Hauptlast des Krieges tragen wolle, wachten erst auf, als die Sowjetarmee an der Elbe erschien. Da zogen sie erschrocken die Notbremse, die hieß ... "Kalter Krieg" ...

Lieber Herr St., entschuldigen Sie bitte diese unvollständige Faktensammlung - ich führte sie ja nur auf, um meine Leseempfehlung an Sie zu unterstützen. Was die Verlautbarungen des Kanzlers in Warschau betrifft, so ist er auf die Demagogie von politischen Spekulanten hereingefallen, die es in Polen gibt, wie man weiß, und die ihr eigenes Süppchen auf dem Feuer "deutsches Tätervolk" zu kochen pflegen. Das zieht immer noch. Ein geschichtsbewusster Deutscher hätte sie aufmerksam machen sollen, dass die Antifaschisten dieses "Tätervolks", Breitscheidt, Thälmann, Pfarrer Schneider und viele andere bereits sechs Jahre früher in die KZ's der Nazis gesperrt wurden, als ihre polnischen Gesinnungsgenossen. Ich selbst habe sehr gute Freunde in beiden Zeitphasen verloren, nicht zuletzt deshalb beuge ich mein Haupt vor den Opfern, nicht aber vor Demagogen, die drauf und dran sind, das Verhältnis unserer beiden Völker erneut zu vergiften.

Gegen Restitutionen, Rücksiedlungstheorien und ähnlichen Unfug, der in den Warschauer Äußerungen des Kanzlers eine Rolle spielte, bin ich grundsätzlich. Polen hat bei den Entscheidungen über die Gebietsverschiebungen keinen Anteil gehabt; weder in Teheran, noch in Jalta, Potsdam oder sonstwo gab es auch nur polnische Beobachter. Wie käme das heutige Polen dazu, für Entscheidungen, die von den damaligen Alliierten in deren Interesse untereinander ausgemacht wurden, zu bezahlen? Auch wenn man schon polnischen Schulkindern jahrzehntlang aus Vertuschungsgründen den

Flachsinn einbläute, Deutschlands Ostprovinzen wären ja ohnehin stets polnisch gewesen und nur "rückgeführt" worden. Und wenn deutsche "Gutmenschen" das heute noch nachlabern, nur um der Chance willen überhaupt wieder mal öffentlich in Erscheinung treten zu können - ein Kanzler sollte mehr Sachkenntnis haben, ehe er mit Auftritten vor Gerichten gegen eigene Landsleute droht.

Was seine erbärmlichen Auslassungen angeht ("... falsche Leute stellten zur falschen Zeit die falschen Fragen..." etc.), so sehe ich natürlich ein, dass dieser Politiker nicht in der Lage ist, nachzuempfinden, worum Vertriebene von damals trauern, und weshalb sie eine Gedenkstätte für das Betrauerte haben wollen. Diesen Wunsch mit Extremismus auch nur in Verbindung zu bringen, ist eine Beleidigung aller jener, deren Angehörige zu jener Zeit an den Wegrändern der Vertreibung liegen blieben, schon tot oder langsam sterbend, an Hunger, Krankheit, zerschlagenen Knochen, ohne dass es weit und breit jemanden gegeben hätte, der sich ihrer erbarmte. Dies ist alles andere als eine Anklage gegen Polen, nein, denn jenen Millionen Polen, die aus ihren eigenen Ostprovinzen vertrieben wurden, ging es genauso. Deshalb wäre die Idee eines gemeinsamen Gedenkzentrums für die Opfer der größten Vertreibung des vergangenen Jahrhunderts auch nicht absolut unbrauchbar, nur dass sie meiner Meinung nach erst in der nächsten oder übernächsten Generation realisierbar sein würde...

Dass der Kanzler für dieses emotionsschwere menschliche Anliegen keine angemessenen Worte findet, sondern nur hohltönendes Blabla, mag daran liegen, dass er als zartes Baby im schönen Niedersachsen eben keine Besatzungssoldaten um sich hatte, denen noch die Tiraden Ehrenburgs ("Für uns gibt es nichts lustigeres als deutsche Leichen!") in den Ohren dröhnten und die nicht einmal im Traum darauf gekommen wären, die Kinderklapper oder den Hampelmann eines deutschen Kindes als "Beute" nach Hause zu schicken - die vielmehr für Schokolade sorgten, für Bananen...

Klug wäre es gewesen, wenn er geschwiegen hätte, statt, wie man in einer Berggegend von Laos, die ich lieb gewann, zu sagen pflegt: "... den Trauervogel zu verjagen." -

Ein bisschen zu ausführlich vielleicht, meine Antwort, Herr St. Trotzdem am Schluss noch eine Beobachtung, die ich für nachdenkenswert halte: Der amerikanische Militärpfarrer Mahedy sagte: "Wie Pontius Pilatus wuschen sich die Bürger der USA diesen (Vietnam-)Krieg von den Händen und beruhigten ihr Gewissen, indem sie die Veteranen wie Aussätzige behandelten..."

Ich hätte mir als Vertriebener gewünscht, wenigstens ein einziges Mal von einem Landsmann aus dem glücklicheren Westen zu hören: "Verloren haben wir diesen verdammten Krieg beide, aber bezahlt habt ihr ihn!" Ich habe das nie zu hören bekommen. Umso deutlicher erinnere ich mich immer noch an das, was im Sommer 1945 ein aus seiner Heimat Ostpolen Verjagter zu mir sagte: "Verloren haben den Krieg, ebenso wie sie ihn anfangen, die deutschen Faschisten. Aber bezahlt haben ihn Vertriebene wie du und ich." Und nun haben seine Enkel und ich eine gemeinsame Heimatstadt. Ich halte diese Art von Gemeinsamkeit für nachdenkenswerter als das erbärmliche Geschwätz von "... den falschen Leuten, zur falschen Zeit, und ..."

Herr St. in S.:

Im Kreise meiner Freunde und Bekannten habe ich niemanden finden können, der die Kürzungen bei Renten und andere soziale Abstriche als richtig und gerecht bezeichnet. Nun werden mir in unserer Lokalzeitung fünf Personen (mit Bild) vorgestellt, von denen halten drei die Abstriche für absolut gut und gerecht, einer äußert eine Art "Jein", und nur eine Frau zweifelt daran, dass die Kürzungen richtig sind, sehr leise nur. Wer irrt da? Ich oder die fünf Vorgeführten?

Harry Thürk:

Sie irren nicht, Herr St. Denn man muss zuallererst immer dem trauen, was man selbst herausfindet. Vertrauen, das man anderen leichtsinnig schenkt, wird heute allzu oft missbraucht. -

Ich kenne die Zeitung, von der Sie schreiben, und ich habe die fünf "Stimmen aus dem Volke" auch gesehen. Diese Vorführung ist ein Teil jener von PR-Spezialisten psychologisch zielsicher praktizierten Technik, mit deren Hilfe das Selbstvertrauen des Bürgers in die eigene Urteilsfähigkeit abgebaut und er dann zum Objekt der Meinungsmanipulation gemacht wird, indem er sich der ihm geschickt präsentierten "Mehrheitsmeinung" anschließt. In dem von Ihnen geschilderten Falle findet er am Ende den ihn selbst schädigenden Sozialabbau auch noch gut und richtig! -

Die Praxis ist übrigens nicht so sehr neu. Nicht einmal bei der Zeitung, die Sie anführen, und die es ja in der DDR bereits (natürlich unter anderem Namen) gab. Ich erinnere mich, dass es eine ganz ähnliche Parade von politisch-korrekten "Volksstimmen-Darstellern" gab, als einer meiner Freunde, der bei der HO arbeitete, wegen angeblich achtlosem Umgang mit Volkseigentum zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Danach befanden fünf ähnliche "Sprecher des Volkes" in einer Bilderleiste der Zeitung, das sei eine zu milde Strafe, es fehle die "Signalwirkung"; gebraucht würde hier ein "Piloturteil" usw. (übrigens Vokabeln, die ich mit Verwunderung heute schon wieder lese!) Mein Freund bekam daraufhin eine neue Verhandlung: sieben Jahre lautete das "Piloturteil". Er verbrachte sie in Gräfontona. Die fünf Volksgestalten hatten ihre Forderung natürlich nicht von sich aus erhoben. Weil die regierende Partei es von ihnen verlangte, hatten sie sich der "Parteidisziplin" (wie das heute auch schon wieder genannt wird) gefügt und "ihre Stimme erhoben".

Ich höre in diesem Augenblick den Einwand, man könne doch Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Tue ich das? Ich darf doch wohl einen Apfel essen, und danach eine Birne, und anschließend darf ich feststellen, dass mir die Birne besser geschmeckt hat - was ist daran unzulässig?

Es ist übrigens auch nicht unzulässig, daran zu erinnern, dass die heute federführende Regierungspartei traditionell erhebliche Gelder in Zeitungen investiert. Im Osten der BRD gehören ihr z.B. von der "Südhüringer Zeitung" 30%, vom Suhler "Freien Wort" ebenfalls 30%. Bei der "Sächsischen Zeitung" sind es schon 40%. Es wäre doch wohl äußerst naiv, zu glauben, dass die Redakteure da nicht ein bisschen Rücksicht auf die Interessen ihrer Anteilseigner nähmen. Oder?

Was solche Manipulationen wie die von Ihnen geschilderte auf lange Sicht bewirken, hat Frau Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann im Klartext festgehalten, als sie sagte: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit." Sie weiß, wovon sie spricht, denn sie ist die Urahne der Meinungsforschung in Deutschland überhaupt...

Und Herbert Riehl-Heyse, seinerzeit Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", der wegen der Unbestechlichkeit seines Urteils nie Eingang in die Garde der unermüdlich vorgezeigten "Prominenten" fand, ihn wohl auch nicht suchte, schrieb in einer Studie, die man Mühe hat, zu finden, so gut wird sie verwahrt (!): Siebzig Prozent aller Informationen, die in Zeitungen stehen oder von Rundfunk und Fernsehen verbreitet werden, sind "gezielte Informationen". Sehr wahr. Auf Sie gezielt, lieber Herr St., wenn es um Ihre eigene Meinung und Erfahrung geht, dann lassen Sie sich besser nicht von den Manipulationen der Medien irritieren. Bei diesen Anlageobjekten des Parteienkapitals ist Redlichkeit keineswegs automatisch vorauszusetzen, wie das Naiven immer wieder vorgegaukelt werden soll. Das eigene Urteil ist das ehrlichste.

P.S. Ich glaube übrigens, dass angesichts der kaum noch einzugrenzenden Möglichkeiten zur Irreführung, die das moderne Medienwesen heute hat, sich die Überlegung aufdrängt, wann endlich die kriminelle Meinungsmanipulation ihren Platz im Zivilstrafrecht bekommt. Und im Lichte der Medienlügen, die ganze Nationen (etwa für einen "Krieg gegen Massenvernichtungsmittel") zu brüllendem Einverständnis beim Bruch des Völkerrechts treiben konnten, entsteht auch international die Notwendigkeit, zu handeln. Der kriminellen Nutzbarkeit moderner Massenmedien Grenzen zu setzen.

E.W. in S.:

Warum nehmen Sie nicht an Talkshows teil? Und warum haben Sie nicht versucht, als Politiker zu arbeiten? Oder haben Sie?

Harry Thürk:

Wegen meiner Erkrankung könnte ich an Talkshows nicht teilnehmen. Ich bezweifle allerdings, ob ich mir das zu einer Zeit, als ich es noch gekonnt hätte, zugemutet haben würde. Zum Glück lud man mich damals nicht ein. Heute hat sich meine anfängliche Meinung über diese Veranstaltung verfestigt, so dass ich Ihnen freimütig gestehe: ich halte diese Art von politisch-korrektem Stammtischgeschwätz für eine der vielen von Kennern der menschlichen Psyche ausgetüftelten und den regierenden Politikern zu gutem Preis verkauften Methoden, die ehrlichen Absichten von Bürgern, sich am politischen Leben zu beteiligen, in eine Folklore-Veranstaltung münden zu lassen.

Wer zu einer solchen Schwatzrunde eingeladen wird und nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl geschieht, durch "Verantwortliche", deren politische Bindung unbekannt bleibt, ist ein mit schnippischer Argumentation gehütetes Geheimnis. Und so kann einer, der doch einmal die Chuzpe hat, eine unbequeme Analyse der Realität zu präsentieren, eben sicher sein, dass ihn eine Runde umgibt, die ihn sofort mit einer so rabulistischen Demagogie "widerlegt", dass er zuletzt auch in der Empfindung des arglosen Publikums als jemand dasteht, "an dessen Beispiel man sehen kann, wie bei uns eben ja auch völlig abwegige Ansichten zu Wort kommen..."

Dass Toleranz gegenüber solchen verlogenen Veranstaltungen letztlich die Substanz der Demokratie zerstört, wollen "die Verantwortlichen" nicht hören; ihnen geht es lediglich um die propagandistische Zuarbeit für die jeweilige Regierung. -

Ein anderes Beispiel, über das es sich lohnt, nachzudenken, wenn man sich über die Folklorisierung politischer Tätigkeiten unterhält, ist die Manipulierung des Rechtes auf Demonstrationenfreiheit. Nicht dass etwa Verbote ausgesprochen werden, nein, nein, das geht mit Hilfe der Psychotrickser viel eleganter! So sind beispielsweise Studentendemonstrationen gegen den Sozialabbau im Bildungswesen sehr ärgerlich. Was tun? Man lässt auf geeignete Weise unter den aufgebrachten Studenten den Gedanken verbreiten, Demo normal sei doch witzlos, da gucke keiner mehr hin. Damit die Leute gucken, müsse man splinternackt demonstrieren! Was dann ja auch geschah. Lustige Veranstaltung. Über den schönsten Hintern diskutiert man in dem Landtag, von dem ich spreche, noch heute. Was auf den Plakaten stand, erinnert man nicht mehr. Vermutlich wird man, wenn diese Dummheit sich wiederholt, Eintritt erheben...

Aber wehe wenn Gewerkschaften und Verbände von Rentnern, deren Hintern nicht mehr so ausgesprochen attraktiv sind, gegen Sozialabbau und untragbare Kosten im Gesundheitswesen und an vielen anderen Orten diszipliniert und ernsthaft demonstrieren, in Berlin allein eine Viertelmillion! Das ist gefährlich. Regierungspolitiker, die sich "rot" und "sozial" nennen, haben da keine Antworten, von Sonnabend bis Montag. Es gibt keine Stellungnahme der Regierung auf 250 000 Fragen in Berlin und ein Mehrfaches dieser Menge allein in zwei westdeutschen Großstädten. Peinliches Schweigen. Aber nur bis Montag. Da tilgt eine urplötzlich losgebrochene Kampagne im Nu alle Erinnerung an die leidigen Demos: ein Hochverdiener aus einer Institution, die der Regierung untersteht, wird von der gesamten Medienmeute in unfassbarer Einheit der Meinung, ohne auch nur die geringste Einschränkung so zusammengeboxt, dass es eine Freude ist, wie so ein Übeltäter mal kriegt, was er verdient. Die Moral trieft nur so aus allen Zeilen, aus jeder TV-Nachricht. Grund der Aufregung? Sage und schreibe ca. 7.000,- Euro, die der Herr unberechtigt als Spesen abrechnete!

Darüber war der Sonnabend mit seinen unbequemen Demonstrationen Bekleideter gegen die wachsende Verarmung sogleich vergessen. Es gab ja die neue Sau, die durchs Dorf getrieben wurde. Und über die äußerte sich der frisch gekürte Chef der Regierungspartei etwas später nicht, was da der Hintergrund war, werden wir wohl erst nach der Verabschiedung der Europa-Verfassung erfahren, schwant mir aus Erfahrung. Nein, da sprach der SPD-Chef nicht drüber. Aber er erklärte, die Gewerkschaften (wohl mit Blick zurück im Zorn auf den Sonnabend) würden nur immer "dem Volke nach dem Mund reden", und dadurch vernachlässigten sie ihre "Führungsrolle".

"Führungsrolle" - wo hatte ich das zum letzten Mal gehört? Muss in meiner Schulzeit gewesen sein. War auch kein Sozialdemokrat, der das damals sagte. Die saßen um diese Zeit in braunen KZ's...

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: es hat mich immer interessiert, Politik zu beobachten und ihre Hintergründe herauszufinden, aber selbst Politik zu betreiben, reizte mich nie. Für das Desinteresse gibt es im Wesentlichen subjektive Gründe, es ist also nicht als Anregung für andere zu verstehen. Allerdings haben dazu eine Anzahl Sachverhalte sicherlich beigetragen, die ich Ihnen gern benenne.

Wir haben in Deutschland eine Parteiendemokratie. Zwei große Verbände, die sich "Volkspartei" nennen, mit jeweils einem kleinen Grüppchen als Mehrheitsbeschaffer. Ein eingefahrenes System, das es erforderlich macht, darin einen Platz zu suchen, wenn man politisch aktiv tätig werden will. Da fängt für mich die Problematik an. "Schwarz / Gelb" käme ohnehin nicht in Frage. Blicke "Rot / Grün". Unter "Rot" läuft hier die Sozialdemokratie. Und da geht für mich das Problem weiter. Um Missverständnissen vorzubeugen: Deutschland ist ganz fraglos ein demokratischer Staat. Doch das sind die

USA ebenso unbestritten. Wenn man allerdings ihre Politik betrachtet, kommen da erhebliche Probleme auf. Gerade in der großen, traditionellen Demokratie Amerika zeigt sich nämlich, auf welche fatale Weise ein so eingefahrenes System durch Persönlichkeitseinfluss, Gruppeninteressen und von außen bewerkstelligte Faktoren Gesicht und Substanz bis zum Irrwitz verändern kann.

Ich sehe für Deutschland bei illusionsloser Betrachtung der Politik eine ähnliche, wenn auch in der Weltdimension nicht vergleichbare Gefahr. Sie ist bereits fortgeschritten. Ich erinnere mich an den Ausspruch des neu gewählten Vorsitzenden der federführenden Regierungspartei: "Wir müssen den Kapitalismus zivilisieren!"

Nun ist "Wir müssen..." ja eine der gängigsten politischen Bla-Bla-Formeln. Trotzdem würde mich schon interessieren, wie der Mann sich "zivilisierten Kapitalismus" vorstellt. Aber ich habe den Verdacht, das weiß er selbst nicht. Wie alle anderen Denkfaulen oder Denkfähigen in dieser Regierung wird er sich für einen dreistelligen Millionenbetrag eine Agentur suchen, die ihn berät. In einschlägigen Kreisen nennt man diese politisierenden Reklamelügner, die jede Menge schmutzige Tricks auf Lager haben, "den bewaffneten Arm des Kapitals". So dass sich also der Chef der "linken" Regierungspartei von einem Manipulationsorgan des Kapitals sagen lassen wird, wie dieses zu zivilisieren ist.

Eine schizophrene Vorstellung? Aber nein! Das geschieht ja bereits laufend! Von den "deutschen Interessen im Hindukusch" über die "Sicherung der Renten für unsere Enkel" (in 50 Jahren!) durch Kürzung der heutigen, bis zu der Notwendigkeit, länger zu arbeiten (wenn man Arbeit hat!), damit neue Arbeitsplätze entstehen - alle diese Weisheiten der "Berater" werden im Programm einer linken Regierung als "Reformen" realisiert, und dann wundern sich die Macher, dass diese Politik bei der Bevölkerung nicht mehr ankommt. Dass man sie als Sozialabbau, Abzockerei und schlicht als Humbug empfindet. Bestenfalls noch als Unfähigkeit. Selbst in der eigenen Partei finden sich Leute, die sich verpflichtet fühlen, an das Parteiprogramm zu erinnern und an den Wählerauftrag. Mit dem Erfolg, dass die "Modernisierer" sie als Anhänger völlig veralteter Vorstellungen von linker Politik abwatschen. Es geht nur noch um die einmal mit völlig anderen Versprechungen errungene Macht und deren Erhalt. Dazu wird nun unter sachkundiger Beratung durch den "bewaffneten Arm des Kapitals" eine bunte Girlande aus Lügen, Betrug, faulen Ausreden, Korruption und Täuschungen aufgehängt, als erprobtes Mittel gegen nüchternen Durchblick.

So läuft dieses Spiel. Selbst unter günstigsten persönlichen Umständen wäre mir nicht eingefallen, mich daran zu beteiligen. Da lasse ich mir lieber Distanz ankreiden. Meine Fähigkeiten liegen im Erkennen und Benennen von Fakten und Hintergründen. Damit kann ich der Demokratie in unserem Land nützlicher sein, als wenn ich mich für monatliche 10-12000 Euro bereit erklärte, "Parteidisziplin" an mir zu exerzieren und mich "auf Vordermann" bringen zu lassen!

Frau D. aus N.:

Bei einer Freundin sah ich ein Buch von Ihnen. Sie bezeichnete Sie als "Querdenker". Akzeptieren Sie dieses Urteil?

Harry Thürk:

Wenn damit das gemeint ist, was ich als Denk-Sport betreibe, dann ja. Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Neuerdings veranstalten Politiker und politische Spinner wieder mal großen Radau um Schadstoffemission in die Atmosphäre. Begrenzungen sind in der Debatte, Strafzahlungen, Bonussysteme - der Teufel soll aus dem fein geschlagenen Schaum noch klug werden! Ich denke nach: Wenn schon über Schadstoffemission in die Atmosphäre geredet wird, warum dann nicht über wirklich gravierende Beispiele, warum über vergleichsweise lächerliche Mengen? Will heißen: ein einziges Flächenbombardement setzt Schadstoffmengen in die Luft ab, die wohl mit einem Taschenrechner schon nicht mehr zu erfassen sind. Wenn die (amerikanischen) Statistiker richtig gezählt haben, dann findet (noch ist er ja nicht aus!) im Irak gegenwärtig der 69. Krieg der USA seit 1945 statt, mit etlichen Flächenbombardements täglich. Angesichts dieser Sachlage finde ich es verlogen, über FCKW in Asthmasprays zu diskutieren oder über Rauch aus Schornsteinen, es ist wie wenn man die Prise Salz fürs Frühstücksei mit dem Inhalt der Weltmeere vergleicht: Krach auf dem Balkon, um das Feuer in der Wohnstube zu vertuschen. Heuchelei letztlich, denn jeder kennt die Mengen, die da im Spiel sind. Der Querdenker lässt sich nicht gedankenlos in eine beliebige solche Debatte einbinden - er denkt selbst und stellt auch seine eigenen Fragen. In diesem Falle: Wer will hier warum und von wem die Aufmerksamkeit ablenken, um die Erörterung des tatsächlichen Problems, das durch 69 Kriege entstand, auf ein belangloses, nur künstlich aufgeplustertes Nebengebiet abzulenken?

Natürlich wird jetzt sofort das übliche Dutzend Gutmenschen zetern: Man kann doch nicht den Dreck von Bomben, die für den geheiligten Zweck der Menschenrechte geworfen werden, mit schnödem Schornsteinrauch oder Autoabgas vergleichen..! Ein Querdenker kann das. Genau damit macht er ja die Heuchler hilflos, weil ihre "Argumente" zu faulen Ausreden werden. -

Noch ein Beispiel gefällig? Bitte! 1989/90, als man für Geld plötzlich alles haben konnte, vom abgewickelten VEB über den emigrierten Staatsratsvorsitzenden bis zur kompletten DDR, erwarb der amerikanische Geheimdienst CIA die Namensliste des DDR-Auslandsspionagedienstes, gab ihr den duftigen Namen "Rosenholz-Datei", beschäftigte sich zehn Jahre damit und übergab dann den Verbündeten von der BRD-Papierschnitzelbehörde großzügig eine abgetippte Version mit einem unbedeutenden Schönheitsfehler: US-Schreibmaschinentypographie kennt keine Umlaute. Also machten sich gewisse Arbeiten daran nötig, um die ehemaligen DDR-Auslandsagenten (mit ä, ü, ö usw.) identifizieren zu können. Soweit die offizielle Erklärung dazu. Und: ein wahrlich gefundenes Fressen für jeden fortgeschrittenen Querdenker. Peinlich, was ich da sofort an Fragen hatte.

Muss man CD's, wenn man Kopien braucht, wirklich abtippen? Kennt da nicht der aufgeweckte Grundschüler schon technisch einfachere Methoden? (Etwa bei Musik-CD's!) Und wenn schon abtippen: Will man einer arglosen Menschheit wirklich einreden, ausgerechnet die CIA verfüge in ganz Langley nicht über eine Schreibmaschine deutscher Typografie (mit Umlauten)? Eine Behörde, in der binnen einiger Sekunden bekanntlich die Schriftbilder sämtlicher Schreibmaschinenmarken aus aller Welt identifiziert werden können! Wo sich selbst Schriftzeichendrucker der chinesischen Sprache befinden...

Ungereimtheiten, wie sie das Herz eines jeden echten Querdenkers höher schlagen lassen. Weil sich sofort die Frage auftut, warum hier gelogen wird, und dazu noch so dumm.

Die Antworten sind nicht schwer, aber ernüchternd. Für einen Geheimdienst sind Namensdateien brisantes Kapital, daher ist verständlich, dass an die deutschen Verbündeten nur eine um die "brauchbaren" Adressen reduzierte Version gehen konnte. Das erklärt die Notwendigkeit des Abtippens. (Mit dem zwar wohlfeilen, aber doch leicht idiotischen Ablenkungsfaktor "Umlaute"). So ging der für die CIA nicht brauchbare - oder von ihr geschickt um Leute, an deren Verfolgung durch deutsche Behörden sie interessiert sind, ergänzte - Rest der ursprünglichen Datei über den großen Teich: Freundschaftsgeschenk - "So, nun bewältigt mal schön!"

Man könnte es dabei belassen, dass man nun fröhlich grinst: "Nachtigall, ich hab dir trapsen gehört, ätsch!" Aber da ist diese unglaubliche Primitivität der verwendeten Lügen. Ist man selber so primitiv, dass einem nichts Besseres einfällt? Oder stuft man den IQ seiner Partner so etwa um die 60 herum ein, eine Position, neben der in den Statistiken "debil" steht?

Ich persönlich tippe auf letzteres. Wenn ich mir ins Gedächtnis rufe, wie nach den "Aufklärungsergebnissen" der CIA Bin Laden in einer Höhle am Hindukusch (bei Kerzenlicht wohl) an der Atombombe bastelt, wie Saddam "Massenvernichtungsmittel" in der Wüste versteckt oder Bio-Waffen in Lastwagen aus Korbflaschen in Ampullen abfüllt - man könnte die Aufzählung solcher "Perlen" lange weiterführen - dann komme ich zu dem Ergebnis, die CIA setzt die gezielt betriebene Idiotisierung der Weltbevölkerung als bereits vollendet voraus. Inwieweit sie hier irrt, das sollte sich jeder Zeitgenosse selbst fragen...

Ein weites Feld für Querdenker hat sich in unserer Welt aufgetan. Je mehr der arglose Bürger zum Gebrauchsgegenstand von Regierungen gemacht wird, ohne es zu merken, desto interessanter wird der Denk-Sport des Querdenkers. Im Grunde macht er weiter nichts, als die Deutungshoheit der Regierenden und ihrer hochbezahlten Psycho-Trickser aus den Beratungsagenturen zu unterlaufen. Er stellt die Hoheit über das eigene Gehirn wieder her. Setzt Selbstbewusstsein an die Stelle von kritiklosem Nach-Denken vorgegebener Dummheiten. Geht nicht geistig "auf Vordermann", sondern vertraut nur dem, was er selbst vorher genau untersucht hat. Jeder, liebe Frau D., der mich in diesem Sinne als Querdenker charakterisiert, hat meine volle Zustimmung.

Herr W. St. aus M.:

Ich bin entsetzt über die Folter-Enthüllungen im Irak. Sie haben mehrere Kriege erlebt - gab es da Ähnliches zu beobachten?

Harry Thürk:

Kriege, Herr St., sind immer voller Grausamkeiten. Das psychologische Gift von "Feindbildern" wird jungen Menschen eingetrichtert, bevor man sie aufeinander hetzt. Während die Ziele und die Hintermänner im Dunkel bleiben, gehen die Seelen der Kämpfenden vor die Hunde. -

Die fortschreitende Technisierung der Kriegshandlungen hat inzwischen die Sicherheit der nicht kämpfenden Zivilbevölkerung zur Farce gemacht. Und das Gefühl der Kämpfenden für das Unheil, das sie anrichten, geht ebenfalls verloren: der Pilot, der seine Bomben ausgeklinkt hat, denkt auf dem Heimflug nicht etwa an das Elend da unten, er ist mit seinen Gedanken längst beim Golfspiel, das auf ihn wartet, während auf dem Boden die Splitter seiner Bomben noch Kinder töten...

Eine ausgeklügelte Propaganda, von Reklameagenturen im Regierungsauftrag mit ebensolcher Routine aufbereitet, wie Werbung für Limonaden oder Waschmittel, drischt in die Hirne naiver, politisch unerfahrener Jugendlicher das "Wissen" um "Gute und Böse", das Alibi, man gehöre selbstverständlich zu den "Guten", und: zur Hölle mit den "Bösen"! So kommt es zu skrupellosem Töten. Schuldgefühl fehlt, im Gegenteil, man ist ja überzeugt, sich Verdienste zu erwerben für die Menschheit, weil man dieses minderwertige, verabscheuungswerte Gesocks der Gegenseite auslöscht...

Eine der widerwärtigsten Erscheinungen dieser Entwicklung, die wir alle beobachten können, wenn wir nur wollen, ist der Verlust des Gefühls für die Menschenwürde des jeweiligen Gegners. Er ist Dreck. Nicht einen Schluck Wasser wert. Meist lebt er einfach bis primitiv. Was ist das, verglichen mit uns, die wir den Mond anfliegen! Überheblichkeit, missionarischer Eifer, Verachtung, das sind Elemente dessen, was wir unter anderem heute im Irak mitansehen können, einem Gefühl der Überlegenheit, das letztlich zu jedem Mittel berechtigt, wenn es um die Bekämpfung von "Bösen" geht, die weniger wert sind als Tiere.

Die US-Soldaten von 1945, die mithalfen, Deutschland von den Nazis zu befreien, sind uns in guter Erinnerung. Ihre Art, auf legere Art demokratische Soldatendisziplin zu praktizieren, die Übergriffe, wie man sie von anderen Kriegsschauplätzen kannte, einfach ausschloss, war eine Offenbarung für uns, die wir Disziplin nur als preußischen Drill kannten. Seitdem ist viel Zeit vergangen. Die Vereinigten Staaten führten etwa fünf Dutzend kleinere Kriege, und es gab den Vietnam-Krieg, an Grausamkeiten reich wie kein anderer vorher, trotzdem aber blamabel verloren.

Als der Kalte Krieg mit dem Ausverkauf des sozialistischen Blocks durch Gorbatschow endete, ergriff das Management der USA die Chance, als einzige übriggebliebene Supermacht die Welt zu beherrschen. In dem Maße, in dem dieser imperiale Anspruch realisiert wurde, veränderte sich auch die Doktrin der Streitkräfte. Sie wurden von der Verteidigungsaufgabe, die ohnehin schon ziemlich verkümmert war, endgültig zur reinen Interventionsmacht.

Ihr Bewusstsein wurde aufgeladen mit dem Gift der Überheblichkeit, der Überlegenheit über alle anderen Völker, was Waffen und Kriegskunst betrifft, sowie der Missachtung "unterentwickelter Völker" und deren kultureller oder religiöser Traditionen. Völkerrechtliche Abmachungen werden abgelehnt, alles was den USA nutzt, ist erlaubt. Die jungen Leute, die heute als GI's in die Welt geschickt werden, sind daran gewöhnt worden, auf Stichworte zu reagieren, deren Bedeutung sie meist nicht kennen. Sie reagieren, ähnlich wie Pawlowsche Hunde, auf Reize. Es genügt, laut genug "Terrorist" zu brüllen, oder "Menschenrechte", und schon toben sie los, um unter Anwendung der barbarischsten technischen Mittel angebliche oder tatsächliche Gegner zu vernichten. Fragt man solche Helden etwa nach der Menschenrechtskonvention oder deren Entstehungsgeschichte, werden sie leicht zornig. Sie fühlen sich provoziert, denn sie haben natürlich keine Ahnung.

Aber sie verrichten ihren "Job" mit einer kaum zu überbietenden Skrupellosigkeit. Wir erleben heute, dass sie nicht nur verbrecherische Befehle, wie solche zur Erpressung von Informationen mit Gewalt, widerspruchslos ausführen, sie

demonstrieren uns auch, dass es ihnen Spaß macht, ihre wehrlosen Gegner zu demütigen, ihre Menschenwürde zu zerstören, sie psychisch wie körperlich zu quälen, ihnen lustvoll auf jede erdenkliche Art zu zeigen, dass sie wertloser als Dreck sind.

Das ist es, was mich an diesen Quälereien, die aus dem Irak berichtet werden, am meisten bewegt: An der Jugend der USA, die dort agiert, ist von ihrem Staat ein Verbrechen verübt worden, über das heute noch kaum einer spricht - man hat ihre Seele zerstört. Was sie im Irak, in Guantanamo, in Afghanistan und anderswo tun, auf Befehl oder zum eigenen sadistischen Amusement, beides ist der Beweis dafür.

Zwei wohlfeile Entschuldigungen werden gezielt verbreitet, um die weltweite Empörung wenigstens um eine Kleinigkeit zu dämpfen. Terror, so heißt es, ist so furchtbar, so feige, so schrecklich ungerecht und unmenschlich, dass man bei den Bekämpfern Verständnis für gewisse Überspitzungen, für Überreaktionen haben muss. Und außerdem ist ja nur ein kleiner Teil der Armee an den Verfehlungen beteiligt. Ich finde beides nicht gerade überzeugend. Und mir fiel spontan die Bemerkung ein, die Mahatma Ghandi über Vorgänge im Jahr 1945 gemacht hat: "In Hiroshima und in Dresden haben die Alliierten Hitler mit Hitler bekämpft." -

Was im Irak geschah, ist Ausdruck des Höhepunktes, den die Verirrung junger Amerikaner unter dem Einfluss einer raffinierten Hetzpropaganda erreicht hat. Gerade meine Generation hat aus der deutschen Geschichte einschlägige Erfahrungen. Deshalb hoffe ich persönlich, dass sich in den USA Kräfte finden, die diese Entwicklung beenden, die mit dem Mittel des Krieges verantwortungsvoller umgehen, sich an das Völkerrecht halten, und die geistige Deformierung der jungen Menschen radikal einstellen.

Herr W. Ch. in Greiz:

Heute, am Tag des Buches, nehme ich mir die Freiheit, Sie zu fragen, wie Sie es sich erklären, dass in den Buchhandlungen immer mehr Schund verkauft wird, während talentierte junge Autoren ihre Bücher auf eigene Kosten drucken lassen müssen, weil der Markt sie gar nicht übernimmt...

Harry Thürk:

Es gibt auf Ihre Frage mehrere Teilantworten. Ob sie alle Ihre Zustimmung finden, weiß ich nicht. Auch ich stimme nicht allen Antworten zu, die ich auf die gleiche Frage höre, wie sie von Ihnen kommt. Patentrezepte manchmal. So hörte ich beispielsweise gerade im Radio, wie die Gattin eines Politikers empfahl, um Kinder an regelmäßiges Lesen von Büchern zu gewöhnen, ihnen schon sehr früh, gewissermaßen als Einschlaflektüre, auf dem Bettrand Geschichten vorzulesen.

Ich halte das - was die Gewöhnung an späteres Lesen betrifft - für wenig aussichtsreich. Wobei die Art des abendlich Vorgelesenen keine Rolle spielt - in meiner persönlichen Erfahrung schlafen Kinder ein, egal was man ihnen rezitiert, Max und Moritz, Goethe oder eine Predigt des Bundespräsidenten.

So einfach ist das mit dem Lesenlernen nicht, denn Lesen will ja eben zuallererst "gelernt" sein. Die Buchstaben des ABC, Rechtschreibung, Grammatik, Worte und ihre Bedeutung, Synonyme, Wendungen, und ... und ... und. "Eine Lese ist keine Höre", statuierte einmal ein Praktiker. Also heißt es, vor dem Lesen erst einmal zu lernen. Womit wir plötzlich bei dem großen Haken der Sache sind: Zum Lernen gehört ein Ziel. Lesen zu können erleichtert das Erreichen dieses Ziels. Aber wo ist es? Welcher Schüler im besten Lesealter kann heute ein Ziel für das vor ihm liegende Leben haben? Womit er rechnet: keine Lehre, keine Arbeitsstelle, wenig Hilfe von der Gesellschaft, lebenslange Probleme - wofür soll er Lesen lernen? Um sich die Zeit zu vertreiben? Da wählt er Dinge, die ihn nicht anstrengen. Meine Generation raffte das Wissen förmlich aus Büchern zusammen, weil es half, im Leben vorwärts zu kommen. Diese Gewissheit hat die gegenwärtig im besten Lesealter befindliche Generation nicht mehr. Ein gravierender Unterschied. Und der ist von der Bettkante her eben nicht zu beseitigen!

Zu dem Begriff "Schund", den Sie in Ihrer Frage verwenden, ist zu sagen, dass es Produzenten wie Konsumenten von Schund bei uns immer schon gab. Nicht nur, wie häufig behauptet, kommen die Schundproduzenten aus den unterprivilegierten Schichten, nein, die Betuchten zeichneten sich stets in großer Zahl als Liebhaber von Schund und Kitsch aus, obwohl sie es nie versäumten, sich als Symphoniekonzertbesucher oder beim Opernball fotografieren zu lassen, oder in ihren Wohnungen wohlgefüllte Bücherwände vorzuweisen. Klassik, selbstverständlich!

Und da möchte ich auf Literatur kommen, Sie auf eine Entwicklung aufmerksam machen, die sich da in der letzten Zeit vollzogen hat: Alles, was sich zwischen zwei Buchdeckeln befindet, ist plötzlich "Literatur"! Man wischt sich verblüfft die Augen - ob die zu Papier gebrachte Misere eines Hallodris, der beim Geschlechtsverkehr sein Glied versehentlich mit einem Knick versah, ob die Leiden des jungen Werther oder der Kampf ums Überleben, den eine von den Nazis verfolgte Jüdin in Theresienstadt führte - unversehens ist das alles in dem großen Topf gelandet, den die deutsche Unterhaltungsindustrie stolz als "Literatur" bezeichnet. Dazu kommen dann noch allerlei Produkte von Spinnern, die Naive neugierig machen können. Oder die Ungereimtheiten von ungefährlichen "Dichtern". Selbstverständlich die Äußerungen von staatsnahen "Prominenten", die genug Feingefühl haben, sich nur dann zu Wort zu melden, wenn sie etwas Lobendes zu sagen haben. Oder akademisch Geadelte, die man stets dann zum repräsentativen Vorzeigen braucht, nachdem man willige Rezensenten zum 14. Mal hat versichern lassen: "Er (Sie) gehört zu jenen Dichtern, die man nicht begreifen muss, um sie zu verstehen. Das macht ihn (sie) zu einem von den ganz Großen." Was immer das heißen soll.

Oder man lässt sie mit schwerer philosophischer Zunge in die Kamera heisern: "Ich schreibe, um herauszufinden, warum ich schreibe." Suchen Sie mal einen unserer Landsleute, der den Mut hat, öffentlich zu erklären, dass er diese Ikonen für Scharlatane hält!

Autoren mit einem Anliegen, das nicht in die Quotenpolitik der Unterhaltungsindustrie passt hingegen, haben keine Chance, zu Wort zu kommen. Niemand preist sie in dieser reklameorientierten Marktwelt an, sie existieren einfach nicht, selbst wenn sie es vermittels finanzieller Selbstbeteiligung schaffen sollten, gedruckt zu werden.

Oder investigative Autoren, von denen es bei uns ja ohnehin nur wenige gibt. Da ist Schockbehandlung wieder zum Gegenmittel geworden. Fragen Sie Udo Ulfkotte, einen der letzten seiner Gattung: Haussuchung wegen Verrats von Polizeigeheimnissen. (Ganz nebenbei: in wievielen pressefreiheitlichen Organen konnte man darüber auch nur eine Dreizeilenmeldung finden?)

Also - so ist das mit "Literatur" geworden: vermittels regelmäßiger Präsentation im Fernsehen und in anderen Medien, wobei die betreffende Person dann jeweils ein paar Banalitäten oder auch Peinlichkeiten abspult, wird selbst der zurückgebliebenste Dummkopf, der stinkendste Zuhälter oder die an lächerlichem Exhibitionismus leidende Hure zum "prominenten Person" gemacht, auf deren zwischen Buchdeckel geklatschtes Gelaber genügend Leute neugierig sind, um Kaufquote zu garantieren. So funktioniert Markt. Wem das nicht passt, der scheint lieber in Unfreiheit leben zu wollen... Noch eine kleine Teilantwort auf das Stichwort "... talentierte junge Autoren ...". Sie sind der goldene Fundus einer Literatur, die diese Bezeichnung verdient. Erfreulich ist ihre Zahl, nachdem manche Leute schon das Aussterben dieser Spezies beschworen hatten.

Wenn die Gesellschaft klug ist, wird sie diesen talentierten jungen Schreibern den Weg erleichtern, so gut das möglich ist. Am wichtigsten wird sein, dass sie sich unabhängig von Markt, Quote und Moden entwickeln können, dass sie "eigenes Gesicht" bekommen, systematisch an Leser herangeführt werden und gewissenhafte Verleger sich ihrer so früh wie möglich annehmen. Es wird derzeit schon eine Menge in diesem Sinne getan, aber das reicht noch nicht aus. Es braucht fraglos auch Geld: ein Stipendium kann einen jungen Autor durchaus entscheidend bei der Fertigstellung einer Arbeit unterstützen, die den Durchbruch für ihn bringt. Ich bin da nicht hoffnungslos, weil ich sehe, dass vieles schon getan wird, aber zur Zufriedenheit ist das alles noch nicht gelöst. Trotzdem glaube ich, dass Zuversicht hier angebracht ist, obwohl - von staatlicher Seite sind die Bemühungen noch absolut unzureichend. Wenn sie nicht entscheidend gesteigert werden, besteht durchaus die Gefahr, dass hoffnungsvoller literarischer Nachwuchs nach und nach buchstäblich "verdorrt".

Herr T. O. aus L.:

Ich bin begeisterter Sammler Ihrer Bücher und habe auch schon alle, bis auf eines. Dieses eine fehlt mir noch und ich habe es leider auch noch nie gesehen. Sein Titel: "Martin Weikert - Das Leben eines Kämpfers". Ich bin seit Jahren verzweifelt auf der Suche nach dieser Rarität und auch andere Sammler konnten mir keine Auskunft geben. Bitte geben Sie mir einen Rat, wo ich dieses Buch bekommen kann, oder zumindest genauere Angaben, da ich außer dem Titel gar nichts über das Buch weiß.

Harry Thürk:

Ein Buch "Martin Weikert - Das Leben eines Kämpfers" stammt nicht aus meiner Feder. Ich habe das auch nie gesehen. Wenn es tatsächlich existieren sollte, dann hat jemand meinen Namen unbefugt benutzt.

Weikert kannte ich, man hatte mich auf einem Empfang in Erfurt mit ihm bekannt gemacht. Aus einigen Bemerkungen spürte ich, dass sein Lebenslauf sehr interessant war, und ich nahm mir vor, später einmal über seine Zeit als slowakischer Partisan zu schreiben. Ich hatte damals aber sehr viele dringliche Arbeiten zu erledigen, so dass viel Zeit verging. Ein Kollege, der damals ebenfalls Weikert kennenlernte, Dietmar Beetz aus Erfurt, interviewte ihn und schrieb dann das Buch "Weißer Tod am Chabanec", einen Roman. Das war 1979. Ich habe ihm Ihre Frage vorgelegt. Auch er kennt einen solchen Titel nicht.

Herr K. aus K.:

Warum wurde der berühmte kommunistische Kundschafter Dr. Richard Sorge hingerichtet? Die Antwort scheint klar: für Spionagetätigkeiten. Aber für wen? In Japan wurden lediglich Japaner für Spionage mit dem Tode bestraft, später auch Bürger von Feindnationen. Als Deutscher war Sorge jedoch Bürger eines Verbündeten und auch als russischer Spion war er immerhin Bürger eines damals neutralen Landes. Warum wurde er also gehängt? In Anbetracht der politischen Lage war den Japanern 1944 doch daran gelegen, um jeden Preis den möglichen russischen Angriff (der 1945 erfolgte) zu vermeiden. Warum provozierten sie dann die UdSSR, indem sie Sorge hinrichteten, statt ihn auszutauschen?

Harry Thürk:

Die während des Kalten Krieges zur Routine gewordene Masche, dass der Held der einen Seite zum Trunkenbold und Frauenjäger der anderen abgestempelt wurde, ist im Falle Sorge voll zur Anwendung gekommen. Inzwischen ist diese Methode geschrumpft und läuft noch zwischen den Propagandisten der einen Weltanschauung gegen Vertreter der anderen ab. Dass man Sorge trotz der Bestimmung "nur Todesstrafe für japanische Spione" hingerichtet hat, habe ich bisher dem Umstand zugeschrieben, dass Sorge nicht nach Zivilrecht verurteilt wurde, sondern nach Kriegsrecht.

Dass 1945 die UdSSR Japan den Krieg erklärte, das sehen Sie völlig richtig, es geschah unter anderem aufgrund der Abmachung, die von Roosevelt, Churchill und Stalin über die Gebietsveränderungen zugunsten der UdSSR in Osteuropa getroffen wurde, aufgrund der die zwischen Stalin und Hitler 1939 ausgemachte "Interessengrenze", mit der Polen geteilt worden war, für die UdSSR erhalten blieb und anerkannt wurde. Außerdem hatte Stalin natürlich Interesse am japanischen Industriepotential der Mandschurei. -

Was Sorge betrifft, so habe ich eine ähnliche Frage im Hinterkopf, wie sie mich (und eine Menge anderer Landsleute) im Falle Ernst Thälmanns bewegt: auch er hätte durchaus von Stalin bei Hitler "freigekauft" werden können, die Umstände waren ähnlich günstig. Stalin legte wohl keinen Wert darauf, dass ein Mann mit den internen Kenntnissen wie Sorge überlebte. Das war "unerwünschtes und unkontrollierbares Wissen". Unbequem. Solche Gefahren pflegte Stalin kurzerhand zu eliminieren, auf seine Art. -

Zur Erinnerung (nachzulesen in der exzellenten Dokumentation über den Rechtsanwalt Halle in dem Buch von J. Schwarz bei GNN): Anwalt Halle, der Thälmann vertrat, überbrachte Stalin die (mehrfache) Bitte, diesen im Rahmen seiner "Politik der guten Nachbarschaft" 1938/39 aus dem KZ Buchenwald nach Moskau emigrieren zu lassen.

Stalin reagierte darauf, indem er Anwalt Halle nach Moskau einlud. Der wurde dort verhaftet und erschossen. Thälmann war in Moskau unerwünscht...

So tragisch es auch ist - auf so banale Weise vollzog sich in bestimmten Phasen der Geschichte Weltpolitik...

Herr P. in O.:

Ich lese gerade Ihren Roman "Die Stunde der toten Augen", über deutsche Soldaten im 2. Weltkrieg. Wie finden Sie die neue Rolle der deutschen Soldaten als internationale Krisenstreitkräfte?

Harry Thürk:

Sie treibt mir nicht gerade Freudentränen in die Augen. Meine Bedenken gegen das Herumschicken von deutschen Waffenträgern in der ganzen Welt, wie es jetzt von der Institution praktiziert wird, die sich immer noch "Verteidigungs"-Ministerium nennt, sind bekannt. Außerdem bin ich zugegeben etwas langsam in einer Disziplin, die "weltanschauliche Modernität" genannt wird. So hat es eine ganze Weile gedauert, bis ich begriff, wie "richtig" es ist, dass die regierende deutsche Linke nicht mehr Politik für Unterprivilegierte macht, sondern sich für die globale Freiheit des wohlwärtigen internationalen Großkapitals einsetzt. Und für die der deutschen Steuerflüchter.

Auch die geistige Modernisierung der frühlingfarbenen Hilfspartei, deren inzwischen mitregierender Begründer einst am Boden liegenden Polizisten mit Fußritten in die Rippen ernstzunehmende Hinweise über seine Vorstellungen von Politik gab, ist mir inzwischen etwas begreiflicher. "Umdenken" geht bei manchen Leuten schneller als bei mir, Herr P., deshalb hat sich noch keine reine Freude über die "neue Rolle" unserer jungen Landsleute eingestellt. Obwohl ich durchaus interessiert beobachte, wie sich die Wertvorstellungen da wandeln, nicht nur in Deutschland. So ist ja das gute alte britische "Right or wrong, my country" ("Recht oder Unrecht, mein Vaterland") längst dem viel praktischeren "Right or wrong, my job" gewichen. In der Tat muss man eben Verständnis dafür aufbringen, wenn ein Arbeitsloser erklärt: "Ihre Bedenken sind mir schnuppe, ich brauche einen Job, und wenn es den bei den Soldaten gibt, können sie mich auch zum Nordpol schicken, Hauptsache sie bezahlen, der Rest ist nicht mein Bier!"

Ich hoffe, es ist nicht nur ein Gerücht, dass demnächst ein Buch herauskommt, als Leitfaden für diese Problematik, mit dem Titel "Töten im Einklang mit den Menschenrechten". Das wäre doch sehr verdienstvoll, nicht wahr? Wenn Sie noch ein wenig Muße haben, erzähle ich Ihnen eine Sache, die sich lustig anhört. Ob sie es ist, können Sie selbst entscheiden.

Ein Schulkamerad, der konkurrenzlose Spaßvogel unserer Klasse, schickte mir neulich den Text eines Liedes, den wir (es war um 1939 herum!) zu lernen hatten:

"Graue Kolonnen

ziehen in der Sonne

müde durch Heide und Sand.

Neben der Straße blühen im Grase

Blumen am Wegesrand.

Blumen am Wege, wie blüht ihr so schön, aber wir dürfen nicht stillestehn, denn wir marschieren in Feindesland."

Und dazu schreibt mir dieser Spaßvogel: "... Das mit dem Feindesland geht nicht mehr. Tu mal was, du Dichter, reime das neu. Rauskommen müsste etwas wie '... wir marschieren in terrorismusgefährdetem Sicherheitsgebiet am deutschen Hindukusch...' oder so ähnlich. Hauptsache, es reimt sich. Los, mach, wozu bist du Dichter! Kannst vielleicht eine Menge dabei verdienen und mir einen neuen Rollstuhl spendieren..."

Natürlich will dieses Lästermaul mich nur veralbern. Aber er beweist mir, dass auch andere Leute ähnliche Erinnerungen haben wie ich und ähnliche Vergleiche ziehen. Dass es ihnen schwerfällt, sich auf manches einen Reim zu machen...

Verzeihen Sie, lieber Herr P., den Tonfall, in dem ich Ihnen bis jetzt geantwortet habe. Aber es fällt mir tatsächlich immer schwerer angesichts der Phrasen, die aus den Drechselwerkstätten unserer medialen Einrichtungen für Volksaufklärung und Vordermann kommen, noch ernst zu bleiben: neue Rolle, neues Denken, neue Weltordnung, neue Zeit, neue Maßstäbe, neue Verpflichtungen, neue Zukunftsperspektiven... Ich kann dieses auf gedächtnislose Trottel gezielte Bla-Bla nicht mehr hören, ohne dass automatisch meine Lachmuskeln in Bewegung geraten. Wobei ich seine Gefährlichkeit für arglose Gemüter unter unseren Landsleuten keineswegs übersehe. -

Ein ernstes Wort zum Schluss: Ich wünsche Ihnen nach der Lektüre von "Die Stunde der toten Augen" ein scharfes Gehör, wann immer Ihnen einer mit Phrasen kommt, bei denen "neue" am Anfang steht. Sie werden die Erfahrung machen, dass es sich da meist um lediglich aufgemotzte alte Hüte handelt. Sehr alte..!

V. K. aus K.:

Was sagen Sie zu den Spekulationen, laut denen bedeutende NS-Henker wie Hitlers Sekretär Martin Bormann, der Gestapo-Chef Heinrich Müller und der Reichskommissar der Ukraine Erich Koch im Solde der Sowjets standen und Stalins Agenten waren? Darüber schrieben unter anderem General Reinhard Gehlen, der österreichische Autor Hugo Manfred Beer und sogar die Zeitschrift FOCUS im Herbst 1995. Andererseits schrieb der Amerikaner Gregory Douglas ein ganzes Buch darüber, dass Gestapo-Müller nach dem Krieg in Amerika lebte und mit der CIA zusammenarbeitete. Was ist das alles Ihrer Meinung nach: bloße Sensationssuche oder steckt ein Körnchen Wahrheit darin?

Harry Thürk:

Darüber, dass Bormann, Müller und Koch Agenten Stalins waren, liegen mir keine Erkenntnisse vor. Auch wenn General Gehlen sich in dieser Hinsicht äußerte - Beweise legte er nicht vor.

Dass Gestapo-Müller in den USA unterkam, ist nicht so sehr verwunderlich. Diese Chance hatten auch andere derartige "Größen". Gerechtigkeit in Form von Strafverfolgung geschieht auf dieser Ebene doch sehr selektiv.

Ich erinnere mich, dass wir in dem Vietnam-Bildband "Stärker als die reißenden Flüsse" z.B. das Foto des Stadtkommandanten (der Polizei) von Saigon druckten, wie er gerade einen Vietcong durch Revolver-Kopfschuss tötet.

Ein Bild, das um die Welt ging. Der Mörder hat nach 1975 Asyl in den USA bekommen und mir ist nicht bekannt, dass es auch nur eine einzige Anzeige gegen ihn gegeben hätte...

Herr Ba. in Su.:

Ich las Ihre Bemerkungen zu der Betrugsgeschichte, die über die im Irak gewesene US-Soldatin verbreitet wurde. Jetzt höre ich, dass es Zweifel gibt, ob nicht etwa über den gefangenen Saddam Hussein eine ähnliche Betrugerei läuft. Kann sich denn so etwas wiederholen?

Harry Thürk:

Es kann. Bei dem was zur Herbeiführung des Irak-Krieges zusammengelogen wurde, sollte uns das nicht einmal mehr sonderlich überraschen.

Es war übrigens der britische "Sunday Express", der erklärte, er habe aus Geheimdienstkreisen erfahren, die Gefangennahme Saddams sei ganz anders verlaufen, als die amerikanische offizielle Schilderung glauben machen möchte. Vielmehr sei da eine sehr persönliche Rachegeschichte mit einem Kurden-Clan im Spiel gewesen, und man habe Saddam ausgiebig präpariert, bevor man mit ihm in die Medien ging. -

Mir persönlich war die von der US-Regierung verbreitete Version von Anfang an suspekt gewesen. Freunden gegenüber sagte ich damals: "Das passt zu schön, um wahr zu sein!" Auch ich hatte ja Miss Lynch und die um sie gewobene Horrorstory noch im Kopf. Es war mir zu einfach: Zu einer Zeit, da offenkundig wurde, dass Präsident Bush und seine Öl-Komplizen die Begründung für den Krieg - von den Massenvernichtungswaffen über die Giftstoffe, die Atombombenfabrikation bis zur Gefährdung Englands durch Raketen binnen 45 Minuten - buchstäblich zusammengelogen hatten, und Bush nun in die lahme Beteuerung flüchten musste, die Welt sei ja durch die Abschaffung Saddams besser geworden, es sei nicht schade um ihn, musste der auf die Lügen hereingefallenen Welt ein Saddam präsentiert werden, bei dessen äußerem Anblick das neue "Argument" schon eine gewisse Wirkung versprach. Es kam fraglos aus der Küche der Polit-Reklame, denn es stank schon von weitem danach: Da haben wir diesen dreckigen, verwahrlosten, von allen ehemaligen Freunden verlassenen Kerl, der sich unrasiert und ungekämmt in einem Erdloch "vor unserer Gerechtigkeit verkriechen" musste: Selbst der Koffer mit der halben Million Dollars konnte ihn nicht mehr davor bewahren, dass "der starke Arm unserer Strafe" ihn erreichte...

So hörte sich das ja an. Eingeklemmt sei er in diesem Loch gewesen. (Wie man sich in einem Erdloch einklemmt, das gehört vielleicht zu den Übersetzungsfehlern, die u.a. auch schon die "Rosenholz-Papers" so erheitern machten!) Und dann war ja auch gleich ein Fotograf da gewesen, der den Akt des Herausziehens aus dem Loch festhielt, offenbar ohne die Befürchtung, dass es in dieser Gegend der Selbstmordattentate eine Bombe geben könnte, die in die Kamera explodiert - ich muss gestehen, ich lächelte damals über die Bastler, denen diese Idiotengeschichte gelungen war. Aber je öfter ich nun das Porträt dieses bärtigen, wirrhaarigen Ex-Feindes der USA und Bedrohers der gesamten westlichen Welt in den folgsamen Medien sah, die meist nicht erwähnten, dass die irakischen Ölquellen inzwischen zum Machtbereich der US-Army gehörten, wurde ich an Porträts erinnert, die braune deutsche Meinungsvergifter in meiner Jugendzeit über Juden und "slawische Untermenschen" zusammenstümperten. Mit leider tödlichem Erfolg. Da wimmelte es in den Blättern von krummnasigen, langhaarigen Köpfen, die den "ewigen Feind Jude" darstellten, und von Slawen mit Löffelohren und gefletschten Zähnen! Dass mir als einem vielleicht etwas zu alt gewordenen Zeitzeugen diese Erinnerung kam - wen das wundert, den sollte man am besten mit einer US-Lizenz zum Töten irgendwohin schicken, wo er Leute erschießen darf, zu etwas anderem scheint er mir nicht brauchbar. -

Lieber Herr Ba., nicht alle wissenschaftlichen Errungenschaften der Menschheit, nicht alle technischen Geniestreiche sind dem Fortschritt der Gattung Mensch dienlich gewesen, jedenfalls nicht ausschließlich. Man denke nur an Nobels Dynamit, an das Atom, das Gen. Und die ehrbare Disziplin der Psychologie macht da keine Ausnahme. Sie wird heute in einem Maße gegen das Wohl anständiger Bürger instrumentiert, das äußerst besorgt macht. Mit ihr als Hintergrund etablieren sich immer mehr Dienstleistungsbranchen, die von Anfang an kriminell sind oder es ganz schnell werden. Darauf möchte ich im Zusammenhang mit der Frage Ihre Aufmerksamkeit lenken. Urteilen Sie selbst.

Ich persönlich will nur noch anmerken: Über psychologische Kriegsführung wird viel gesprochen und geschrieben. Es wird höchste Zeit, sich mit der psychologischen Kriegs-Herbeiführung zu beschäftigen!

Herr T. O.:

Nach 1945 wurden Süd-Sachalin und die Kurilen durch die SU besetzt. Geschah dies im Einklang mit dem Völkerrecht bzw. wie gelagert waren dort die Übereinkünfte mit den West-Alliierten? Welche Rolle spielt diese Problematik heute für das Verhältnis zwischen Japan und Russland?

Ferner würde ich gern mehr über die Besetzung der südwestlichen Aleuten-Inseln (Attu, Kiska und Agattu) 1942 erfahren. Welche Ziele verfolgten die Japaner damit - ging es möglicherweise um mehr als um das Prestige, ein winziges Stück USA besetzt zu halten? Welche Rolle spielte die Insel Guam im 2. Weltkrieg als Internierungsort? Letztere Fragen beziehen sich auf das Buch "Nördlich der Sonne" von Fred Hatfield, der allerdings einräumt, dass seine Recherchen in den USA recht erfolglos waren.

Harry Thürk:

Bei der Besetzung Süd-Sachalins und der Kurilen durch die SU spielte - ähnlich wie bei Besetzungen und Gebietsabtrennungen im Gefolge des 2. Weltkriegs in Europa - das Völkerrecht keine Rolle. Die Alliierten entschieden da aus eigenem Ermessen.

Die Sachalin- und Kurilen-Problematik hat bis heute auf das Verhältnis Japans zu Russland negative Auswirkungen, zumal

auch ein angeblich auf dem Weg zur Demokratie befindliches Russland sich in dieser Frage taubstellt. Es betrachtet diese Gebiete (ähnlich wie in Europa in ihren Besitz gelangte Kunstobjekte) als "Kriegsbeute", was immer man im 21. Jahrhundert von diesem archaischen Begriff halten mag. -

Mit ihren Aktivitäten um Attu, Kiska und Agattu herum im 2. Weltkrieg verfolgten die Japaner nach meiner Meinung das Ziel, die USA zur Verlegung von Verstärkungen dorthin zu veranlassen, was ihre Kräfte an anderen Stellen schwächen sollte. Ich halte diese Aktion, über die es kaum verlässliche Dokumente gibt, alles in allem für eine wenig durchdachte Nebenhandlung.

Das von Ihnen zitierte Buch über Guam von Fred Hatfield kenne ich nicht. Im Rahmen meiner eigenen Recherchen habe ich mich mit Guam als Internierungsort nicht beschäftigt, daher verfüge ich in dieser Sache nicht über erwähnenswerte Kenntnisse.

Herr Gw. in W.:

Auf Besuch in meiner Heimatstadt Weimar kaufte ich Ihr Buch über den Zwiebelmarkt und erfuhr, dass Sie in der Stadt leben. Nach langem Aufenthalt in fremden Ländern bin ich erschüttert über den Niedergang Weimars: Bettler auf Zeitungen in der Schillerstraße, Obdachlose, Suppenküche, Überfälle...

Schriftsteller sind doch scharfe Beobachter, deshalb frage ich Sie. Wie konnte es dazu kommen?

Harry Thürk:

Schriftsteller, lieber Herr Gw., sind in jeder Gesellschaft nicht nur scharfe sondern auch unangenehme Beobachter. Was bei Ihnen noch Bestürzung ist, das ist bei mir bereits Ratlosigkeit: die Stadt ist in einer schlimmen Lage, und Aussicht auf Besserung ist nicht zu erkennen, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. (Sehen wir mal von den professionellen Gutschwätzern ab, die zur Aufmunterung der Leute immer wieder mal von "Signalen des Aufschwungs" oder Ähnlichem schwafeln, während die Frau mit den krummen Fingern, am Frauentor auf dem Pflaster hockend, weiter auf ihrem Akkordeon "Junge, komm bald wieder..." zu spielen versucht, einer zweistelligen Prozentzahl von Arbeitslosen weiter Jobs fehlen, und Kinder in der Schule einen Deutsch-Unterricht genießen, der diese Bezeichnung nicht mehr verdient).

Es sind dies alles Erscheinungen, die meine Generation aus den Jahrzehnten der DDR-Zeit, in der wir gewiss auf manches verzichten mussten, nicht kennt. Weil es diese Erinnerung gibt, wird von den heutigen Regierern in schier verzweifelter Eifer selbst noch der lächerliche West-Wasserhahn Honeckers als Attribut des "Unrechtsstaates" vorgeführt, um Leute zu bremsen, die sagen könnten, es ging ihnen damals nicht so dreckig wie heute. Tut es jemand trotzdem, wird er sogleich von einem der dienstbaren "Aufarbeiter" - so erzählte es mir erst unlängst ein Bekannter - darüber belehrt, dass er gefälligst die freie Demokratie von heute nicht mit dem "Verbrecherischen Regime von Gestern" vergleichen solle.

Mein Bekannter stellte dazu mir gegenüber fest, ideologische Betonköpfe habe es früher auch schon gegeben, mit ihnen über Realität zu sprechen, sei heute so unmöglich wie damals...

Damit wollte ich Ihnen eine Vorstellung von der Stimmung geben. Sie entspricht der Lage.

Wie es dazu kommen konnte, fragen Sie, Herr Gw. - Nun, das Geld in den Staatskassen ist knapp geworden, obwohl man es immer weiter mit vollen Händen um sich wirft. Die Regierer sind des Denkens unlustig, sie lassen Berater für dreistellige Millionenbeträge das tun, wofür eigentlich sie bezahlt werden. Das summiert sich. Dazu kommt eine schon kaum noch vorstellbare Korruption. Unnütze Experimente, mit denen sich Wichtigtuer ins Licht spielen wollen, verschlingen horrenden Summen. Und: deutsche Soldaten vom Hindukusch über das Horn von Afrika bis auf den Balkan - die Demonstration einer angeblichen Weltbedeutung, einer "Spitzenposition", eines "Wir sind wieder an den historischen Entscheidungen in der Welt führend beteiligt", immer schon Zwangsvorstellungen deutscher politischer Kleingeister, das alles kostet viel, viel Geld. Die Großverdiener haben ihr Kapital längst Dank der Globalisierung im fernen Ausland in Sicherheit gebracht. Deshalb lässt die Regierung nun von ihren Propagandisten die Parole verbreiten, jeder Bürger müsse finanziell dazu beitragen, dass der Staat wieder flüssig wird. Sparen wird das genannt. Abbau sozialer Errungenschaften ist es in Wirklichkeit. Es trifft die Alten, Kranken, Arbeitslosen, alle jene, die ohnehin wenig haben. Ganz gewiefte Tauscher haben dafür auch noch den Begriff "Reform" in Dienst gestellt...

Lieber Herr Gw., wir alle haben wohl vor langer Zeit schon erkannt, dass die Demokratie die erstrebenswerteste aller Staatsformen ist. Allerdings - die Demokratie ist die eine Seite der Medaille, ihre Betreiber, das Personal, das sie lenkt, das ist die andere! Nichts könnte diese Erkenntnis besser vermitteln als das, was Sie bei Ihrem Besuch in Weimar zu sehen bekamen: Armut wird in Kauf genommen.

Für die Zukunft fürchte ich, dass die Situation der Leute, die ohnehin knapp dran sind, noch prekärer wird. Wir werden erleben, dass heute schon existierende Gräben zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, Alten und Jungen, Kranken und Gesunden, diätenversorgten Politikern und ohnehin sparsamen, aber nun noch zusätzlich belasteten Rentnern tiefer werden. Ich gestehe Ihnen, dass ich mich dem allem gegenüber wehrlos fühle. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass es in einer Demokratie dazu kommen kann. Leider hat mich die Realität eingeholt. Uns alle. Auch Weimar. Und ich kann in "Sparen" und "Reformen" keinen Ausweg erkennen.

Es tut mir leid, lieber Herr Gw., dass ich Ihnen nichts Ermutigenderes zu sagen in der Lage bin.

Herr Fü. aus W.:

Ich möchte Ihnen den Titel mitteilen, den ich für meine Doktorarbeit gewählt habe und Ihre Meinung dazu erfragen. Der Titel lautet: "Die Globalisierung von präventiven Flächenbombardements als Voraussetzung für weltweiten Zugewinn an Menschenrechten und demokratischer Gesinnung unter dem spezifischen Aspekt der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch natürliche Reduzierung der Anwärterzahl." Meinen Sie, ich werde damit Erfolg haben?

Harry Thürk:

Beim "Eulenspiegel" ganz sicherlich!

Lieber Herr FÜ., ich verstehe Ihren bitteren Sarkasmus schon richtig. Er erinnert mich an die Jubiläumsveranstaltung des Münchener Kabarets "Lach- und Schießgesellschaft", die ich vor einiger Zeit im TV sah. Eine unvergessliche Nummer daraus war, wie die Akteure sich dort darüber klar wurden, dass sie beruhigt in Rente gehen können, schließlich sei alles was sie an Unglaublichkeiten angekündigt hätten, auch eingetreten. So hat in Deutschland die Realität die Satire eingeholt. In unserer Wirklichkeit geht es zu, wie vor einiger Zeit im Kabarett. -

In diesem Sinne, Herr FÜ., hoffe ich für Sie, dass die "sicherheitsorientierte Reformgesellschaft" nicht etwa Ihren Titel als "Agenda" nutzt! Zuzutrauen wäre es ihr...

Horst B. (K.):

Lieber Harry, wir sahen uns gelegentlich in Vietnam, während des Krieges. Ich höre jetzt von der Abschiebung des vietnamesischen Jungen Don aus Thüringen. Was hältst du davon? Hätte das nicht anders geregelt werden können?

Harry Thürk:

Es hätte überhaupt nicht geschehen dürfen. Man hat diesem Zwölfjährigen, der in Deutschland geboren wurde, eines seiner wichtigsten Menschenrechte geraubt, das Recht auf Heimat. Es hat mich empört, besonders die Kaltschnäuzigkeit, mit der hier vorgegangen wurde, indem man "das Gesetz" vorschob. Selbst der christliche Ministerpräsident versteckte sich dahinter. Als wüsste er nicht, was in Deutschland schon alles mit "dem Gesetz" bemäntelt wurde, "... dem eben Genüge getan werden muss ..."

Und das alles in einer Zeit, in der unsere schulmeisterlich ambitionierten Landsleute aus dem Westen nicht müde werden, uns immer wieder vorzuschwätzen, wie ungeheuerlich falsch es doch von uns "Ossis" war, die Gesetze der DDR zu befolgen! Ich glaube, die Lügenpraxis und die schamlose Heuchelei, aus denen heute Weltpolitik besteht, haben die letzten guten Sitten auf der unteren Ebene endgültig verdorben. Auch hier wird, wie "ganz oben", nur noch ohne den geringsten Skrupel gelogen, und die großen moralischen Werte, wie das Menschenrecht auf Heimat, sind nur noch Material für wohlfeiles Bla-Bla. Wie sonst sollte man einordnen, was da seit langer Zeit immer weiter geschieht?

Amerikanische (!) Statistiken weisen den Irak-Krieg als 69. (kein Druckfehler!) "bewaffnete Intervention" (d.h. Krieg) der USA seit dem 2. Weltkrieg aus. 16 Millionen Tote waren das Ergebnis. Und nicht einmal die UNO denkt daran, etwa die USA wegen der ganz offensichtlichen Kriegsverbrechen anzuklagen. Im Gegenteil, sie deckt sie, indem sie mit sanfter Stimme fleht, jetzt doch nicht über "Vergangenes" zu diskutieren, "jetzt kommt es darauf an, den Menschen dort zu helfen." Wirklich? Wer, so wird man fragen dürfen, entscheidet eigentlich darüber, was "jetzt" wichtig zu tun ist? Leute, die sich stillschweigend damit abfinden, dass die USA den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einfach ignorieren, während dort in jahrelanger, haarspalterischer Arbeit mit riesigem Aufwand Kriegsverbrechen vom Balkan verhandelt werden, bei denen insgesamt etwa eine Opferzahl in Frage steht, die ein einziges US-Flächenbombardement in zehn Minuten verursacht?

Lieber Horst, ich mache mir immer wieder Gedanken über die Welt, in der wir leben, und über die Frechheit der Schwadroniere, die händeringend selbst die lächerlichsten Verfehlungen einstiger Gegenspieler einmal ums andere zu grauisen Untaten aufbauschen, um die eigenen Ungerechtigkeiten, die hinterhältigen Lügen und "gesetzlich notwendigen" Verletzungen von Menschenrechten zu bemänteln. Wie im Falle des vietnamesischen Jungen Don etwa. Da muss selbst die tiefbraune Sippenhaftung noch zur Rechtfertigung herhalten: Der Vater des Jungen habe gegen das Gesetz verstoßen, auch deshalb die Ausweisung! (Er hat das Staatsverbrechen begangen, unverzollte Zigaretten zu verkaufen.) Eine wahrhaft christliche Begründung. -

Wir beide wissen, dass allein der US-Krieg gegen Vietnam drei Millionen Tote verursachte. Sowie eine weitere Million lebenslang invalider Leute. Nicht zu reden von den durch US-Giftchemikalien verursachten Opfern. Föten ohne Gliedmaßen etwa, die man dort sehen kann, wo US-Flugzeuge das Gift versprühten, mit dem "die Kommunisten" ausgerottet werden sollten, wie man ganz offiziell erklärte.

Ebenso offiziell wie man heute erklärt, der Irak-Krieg sei allein dadurch schon gerechtfertigt, dass Saddam "die Absicht hatte, Massenvernichtungswaffen zu erwerben".

Was für eine Welt: Hier ein paar Millionen Tonnen echte Agent-Orange-Giftlösung, vom Gewissen der Öffentlichkeit sozusagen mit artig gezogenem Hut zur Kenntnis genommen, als unabänderlich, und dort ein Junge, dessen Vater das menscheitsgefährdende Gewaltverbrechen beging, Zigaretten zu zuckeln, und auf den daher das christliche Gesetz des Rauswurfs unerbittlich angewendet werden muss - ist das mit einem normalen Hirn überhaupt noch zu erfassen?

Lieber Horst, ich erinnere mich, wie uns vor 25 Jahren, als in Phnom Penh ein Tribunal gegen den Millionenschlächter Pol Pot und seine Bande lief, der Mann in der Hinrichtungsstätte im Lyzeé Tuol Sleng die tausende von dort aufgesammelten Brillen der Ermordeten zeigte. Wie er uns bedrückt mitteilte, die Vertreter des Mörderregimes Pol Pot repräsentierten in der UNO aber weiterhin Kambodscha, und zwar im Einklang mit deren Regeln und der Zustimmung der Supermächte. Du fragtest damals entgeistert: "Schämen sich die Verantwortlichen dort nicht?"

Sie schämten sich damals nicht, und auch heute fehlt ihnen jegliche Scham. Ebenso wie die Anwender des ehernen Gesetzes gegen den durch bewaffnete Polizisten zum Abschub eskortierten Zwölfjährigen ganz offenbar keine Scham kennen.

Mir persönlich bleibt da nur die Frage: Hat sich in das Gesetz Ungerechtigkeit eingeschlichen? Oder ist Ungerechtigkeit zum Gesetz geworden?

Wir beide gehören noch der Generation an, die an den "Dank des Vaterlandes" glaubte, der dann zur Lachnummer in den Kabarets wurde. Gegen den Rauswurf des vietnamesischen Jungen haben sich viele Stimmen erhoben, auch beide großen Kirchen sind darunter. Wie ich den Opportunismus von Politikern kenne, wird man "die Sache entschärfen". Aber ich gestehe dir, ich sehe die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft trotzdem den gleichen Weg nehmen, wie ihn der "Dank des Vaterlandes" ging. Leider...

Herr S. in W.:

Ich bin Schüler. Ein Freund, der aus Vietnam stammt, und der dieses Jahr dort Verwandte besuchte, erzählte mir von einer Ausstellung, die dort läuft, und in der erklärt wird, was das Gift, das US-Flieger dort abwarfen, für Spätfolgen bewirkt. Wissen Sie mehr darüber? Stimmt das mit dem Gift überhaupt? Oder ist das Propaganda? Sie schreiben viel über Vietnam und den Krieg dort, deshalb frage ich Sie...

Harry Thürk:

Das mit dem Gift stimmt. Die US - Air Force hat während des Krieges, den die Vereinigten Staaten von den späten 50er Jahren bis 1975 erfolglos führten, um sich das "Sprungbrett" zu erhalten, das der Saigoner Halbstaat bot, zwischen 1962 und ihrer Niederlage eine Operation mit dem Decknamen "Ranch Hand" durchgeführt. Dabei wurden auf dichte Waldgebiete, in denen sich angeblich ihre Gegner (Vietcong) versteckten, insgesamt 44 Millionen Tonnen eines chemischen Entlaubungsmittels versprüht, um diese Gegner besser sehen und bekämpfen zu können. Die Anwendung eines solchen Giftes war, wie der ganze Krieg überhaupt, ein Verbrechen gegen das Völkerrecht. Das Gift hatte (und hat heute noch) die Tarnbezeichnung "Agent Orange". Es enthält einen hohen Anteil Dioxin. Bei Menschen, die damit in Kontakt kommen oder es einatmen, ohne das zu merken, erzeugt es Nervenschäden, Krebs, es zerstört die Atmungsorgane. An Spätfolgen treten bei Nachkommenschaft von Überlebenden in hohem Maße Missbildungen extremster Art auf (z.B. Füße, direkt am Bauch angewachsen).

In Vietnam sind Hunderttausende davon betroffen. Aber auch amerikanische Soldaten gehören nach ihrer Heimkehr zu den Leidtragenden. Sie werden "versteckt". Über die ganze Sache wird der Mantel des Schweigens gebreitet, bzw. es wird so laut über angebliche Giftkriegsführung anderer Staaten gezetert, dass die eigene Schuld in dem Lärm untergeht - eine gängige Methode heutzutage.

Die UNO ist wiederholt aufgefordert worden, das Giftkriegsverbrechen der USA offiziell zu verurteilen. Bis heute hat sie das nicht getan. Auch Entschädigungen (in Europa nach dem 2. Weltkrieg Reparationen genannt) wurden nie gezahlt. Soweit die Tatsachen.

Von Rudolf Augstein, dem Begründer des "Spiegel", einem der letzten deutschen Ausnahmejournalisten, gibt es aus einem Gespräch mit Martin Walser im Jahr 1998 die mutige Feststellung: "Der Vietnam-Krieg war ein Verbrecher-Krieg." Er distanzierte sich damit demonstrativ von der feigen Vertuschungspraxis der meisten seiner Medienkollegen, der Jahrgänge wie der Ihre, Herr S., verdanken, dass sie heute per Zufall nur überhaupt davon erfahren.

Ich bin sicher, hätte die DDR-Polizei 1989 auch nur Tränengas angewendet, dann wäre das nicht nur der große Schlager für die Medien gewesen - wir verfügten heute garantiert über eine "Behörde zur Erforschung der Giftgaskriegsführung des ostdeutschen Unrechtssystems".

Kommunistische Widersacher, wie die Vietnamesen es waren, darf man offenbar mit Gift umbringen, ohne dass es die deutschen Medienmacher beunruhigt, die uns so detailliert über den "kommunistischen Zwangsstaat Vietnam" informieren, über die nicht richtig ausgebildeten Bürgerrechte dort, über alles an westlicher Zivilisation, was die Menschen entbehren müssen. Es würde mich nicht überraschen, wenn demnächst ein deutscher Wanderprediger aus der Regierung in Hanoi anmahnt, was da gefälligst zu tun ist.

Lieber Herr S., ich habe als Achtzehnjähriger nach dem 2. Weltkrieg die Chance wahrgenommen, Auschwitz zu sehen. Es war ein drückend heißer Sommertag, und es roch an dieser Mordstätte noch so wie Tod riecht - die nur notdürftig gereinigten Roste der Öfen, die Berge der armseligen Kleidungsfetzen, das Holz der Baracken, selbst die Erde...

Mein Leben hat sich unter diesem Eindruck geändert. In Vietnam, in einem Lazarett, in dem ich selbst behandelt wurde, war ich Zeuge, wie Menschen am Dioxin des amerikanischen "Agent Orange" ersticken. Ihre letzten Laute kann ich ebensowenig aus meinem Gedächtnis streichen, wie das was von Auschwitz darin geblieben ist. -

Deshalb, Herr S., seien Sie auf der Hut, vor den Schweigern ebenso wie vor den Schwätzern. Es sind erbärmliche Wichte, korrumpiert in einem Maße, das einem Ekel einflößt.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie im Übrigen von den Lebenserfahrungen der Vietnamesen verschont bleiben. Auch von denen, die meine Generation junger Deutscher machen musste.

Herr Es. in H.:

Ich habe unlängst meine erste Kurzgeschichte veröffentlicht. Sie sind Schriftsteller von Beruf, seit vielen Jahren, und ich höre jetzt, dass Autoren, ähnlich wie Politiker, einen sogenannten Image-Berater haben. Trifft das auch auf Sie zu? Wenn ja, wie läuft das in der Praxis?

Harry Thürk:

Unter Schriftstellern - und da meine ich ernsthafte Literaten, egal in welcher literarischen Gattung sie arbeiten - kenne ich niemanden, der einen solchen Image-Berater hat. Wenn Sie allerdings eine Kategorie von Leuten meinen, die im wesentlichen sich selbst vermarkten, dann trifft das sicher zu. Es sind dies eben keine "Schriftsteller" nach meinem Sprachempfinden, sondern Personen, die vermittels regelmäßiger Präsentation in Boulevardpresse und Fernsehen auf einen Bekanntheitsgrad gebracht worden sind, der sie für die Marktwirtschaft, besonders für deren (steuerbegünstigte) Reklame zum interessanten Objekt macht. Meist sind sie durch gezielten Exhibitionismus zu diesem Rang gelangt. Auf diese Weise kann ja, wie wir wissen, buchstäblich jeder zurückgebliebene Dummkopf, jeder stinkende Zuhälter und selbst noch die letzte Hure zur "prominenten Person" gemacht werden. Für die Werbebranche verkörpert sie dann den sogenannten "Wiedererkennungsfaktor", der gut bezahlt wird. Diese Art von "VIP's" beschäftigt selbstverständlich Berater, die jeden Auftritt (einschließlich der zu tragenden oder abzulegenden Garderobe), auch die einzufordernde Gage minutiös planen. Ein Buch voller "Lebenserfahrungen" oder "Abenteuer" ihres Klienten stellt dann nicht selten die Krönung der Karriere dar. Es bringt viel Geld ein, da es in Deutschland nicht an anspruchlosen Neugierigen fehlt, die solche

Schwarten kaufen. Dass die nicht von den "Helden" selbst geschrieben wurden, sondern von arbeitslosen Lohnschreibern, stört sie nicht. Der Umsatz solcher Machwerke ist - bei gleichzeitigem Rückgang der Umsätze von tatsächlicher Literatur - so hoch, dass sie inzwischen ganz regulär als Kunstprodukte gehandelt werden. Es ist dies eine Entwicklung, die mit dem Kunstverständnis der Marktwirtschaft zusammenhängt: was Geld einbringt, ist wertvoll. -

Beratung durch professionell arbeitende Agenturen ist in der Weltpolitik üblich, etwa im Umgang mit schwierigen Staatsmännern, aber auch zum Zwecke der Vorbereitung von Kriegen oder der Blockbildung. Das konnte man beim Jugoslawienkrieg sehen, auch beim Irak-Krieg oder ähnlichen Gelegenheiten. Die Agenturen, die für Milliardensummen hier tätig sind, gehören zu den florierendsten Unternehmungen der Weltwirtschaft.

Das hat eine Hauptursache darin, dass immer weniger Politiker mit Sachverstand aufwarten können, und dass Politik nicht mehr nach Parteiprogrammen oder Wahlversprechen gemacht wird, sondern abhängig von der Publikumswirksamkeit der Führungsgestalten. Besonders in der Innenpolitik kann man das erkennen. Solange er noch ein einigermaßen gutes Image hat, kann der federführende Politiker seiner Lobby jeden Wunsch erfüllen, denn die Leute glauben ihm und lassen sich willig von ihm manövrieren und ausbeuten. Da wird die Wichtigkeit der ausgeklügelten Lenkung politischer Darstellerfiguren sichtbar, und so nimmt es nicht Wunder, dass ihnen bis in kleinste Einzelheiten genau vorgegeben wird, was sie zu tun haben und wie. Von der Begrüßung eines ausländischen Staatsgastes per Handschlag angefangen, über beidhändige Begrüßung bis zur Umarmung, von der Farbe des Anzugs und der Krawatte bis zu scheinbar ganz spontanen Äußerungen, und, und, und ...

Natürlich gibt es dabei Pannen. So rauchte unser Kanzler eine ganze Zeit öffentlich Zigarren, weil das die Vorstellung von einem gemütlichen, väterlichen Typen unterstützt. Bis jemand dahinter kam, dass diese Zigarren ausgerechnet in Fidel Castros "Reich des Bösen" produziert wurden. Da war ganz plötzlich Schluss mit Rauchen! -

Unseren vorigen Verteidigungsminister traf es härter. Beim Jugoslawien-Krieg lag er noch voll "auf Linie", als er zur Befehrerung der Gutmenschen-Kampfbereitschaft die Horrorlegende aus der Psycho-Kiste der US-Kriegseinstimmer herausposaunte, wonach "die Serben" mit den abgetrennten Köpfen kleiner Kinder Fußball spielten und mit Vorliebe schwangeren Frauen die Föten aus dem Leib schnitten, um sie dann zu grillen. (Na, das schreit doch förmlich nach Bombardierung!)

Das Pech für den braven Herrn kam durch einen Denkfehler zustande. Das Geplänche im Pool mit einer Dame, das eigentlich seine ganz normale menschliche Veranlagung zeigen und ihn so sympathisch machen sollte, kippte (wegen noch nicht geschiedener Ehe) ins Gegenteil um. So ist eben professionelle, sehr teure Beratung durch PR-Agenturen oder Consultingfirmen auch nicht unbedingt erfolgsgarantierend!

Nichtsdestotrotz blüht sie als Milliardengeschäft, und sie wäre - mit ihren internen Details, ihrem kriminellen Potential, all den Betrügereien, den Durchstechereien, Abwerbungen kreuz und quer, den Möglichkeiten der Täuschung und Korruption - ein ideales Betätigungsfeld für einen mutigen Dokumentaristen aus dem Schriftstellerstand, der sich zum Ziel setzt, sie von allen Seiten zu durchleuchten und für den nichtsahnenden Mitbürger als das zu entschleiern, was sie ist. Zumal heute ja schon von der Bundesanstalt für Arbeit bis zum Mecklenburger Landtag Aufsichtsgremien Anstoß an den Millionenhonoraren nehmen, die für "Beratung" von den Steuergeldern bezahlt werden. Und es fehlt auch nicht an Kuriositäten in dieser Branche von smarten Wichtigtuern...

Deshalb, Herr Es., am Schluss noch eine solche Unglaublichkeit aus dem internationalen Spielfeld. Sie dürfen sie gern als Ermunterung für ein literarisch-dokumentarisches Vorhaben betrachten, wenn Sie wollen. Oder nur den Kopf schütteln:

In den USA gibt es, von einem ehemaligen Stabschef der Army geleitet, ein Consulting-Unternehmen ganz besonderer Art. MPRI (Military Professional Resources Incorporation) beschäftigt weltweit einige tausend gewesene US-Militärs, meist Offiziersrentner, die gegen gute Honorare Armeen oder Putschtruppen in jedem beliebigen Land bei Ausbildung, Ausrüstungs- und Waffenbeschaffung sowie bei der Kriegsführung beraten. Kein Zweifel, das Pentagon wird von seinen "Ehemaligen" stets über alles umfassend informiert und kann sich je nach Wahl einschalten, wo das für die USA Vorteile bringt.

Bei den honorigen Senioren kommt es vor, dass ehemalige Golfpartner plötzlich gegnerische Armeen "beraten". Sie tun das gewissenhaft. Bis zum Ablachen. (Letztlich entscheidet das Pentagon, wer siegt, und der muss dann natürlich eine Party schmeißen. Auf der wird, wenn nicht anders vorgesehen, der Aufbauhelfer-Berater ausgewählt, für die Seite, die verloren hat!)

Ich kann mir eine größere Farce von "Consulting" nicht vorstellen. Wenn es Ihnen auch so geht, Herr Es., überlegen Sie doch mal, ob das vielleicht ein Thema für Sie wäre.

Herr H. Sch. in E.:

Neuen Ankündigungen zufolge soll ich demnächst Leute anzeigen, von denen ich erfahre, dass sie sich z. B. ein paar Euro verdienen, indem sie bei einem verreisten Nachbarn die Blumen gießen. Was halten Sie von dieser Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung?

Harry Thürk:

Lieber Herr H., ich bitte um Entschuldigung, dass ich es nicht höflicher sage: Denunziantentum, wie man es hier verlangt, kotzt mich buchstäblich an. -

Wenn Sie wissen wollen, wie ich bereits als Schuljunge zu dieser Grundeinstellung kam, die sich bis zur Gegenwart nie geändert hat, dann lesen Sie in meinem letzten autobiografischen Buch "Auch überm Jangtse ist Himmel" die erste Story "Wie man sich wiedersieht". Sie wird Ihnen meinen Ekel vor Denunzianten verständlich machen. Damals, als Schuljunge, wurde ich denunziert, weil ich in meiner alten Heimat bestimmte staatliche Regeln der "völkischen Distanzierung", von denen angeblich das Wohlergehen des Landes abhing, nicht einhielt und als dumm bezeichnete.

Um jene Zeit wurde man sofort mit schwerstem Geschütz beschossen, falls man so etwas wagte: "Aha, bei Euch Zuhause wird wohl auch polnisch gequatscht, wie? Und beim Juden gekauft? Jüdische Großmutter vielleicht? Na, wir werden das schon herauskriegen..." -

Meine Abneigung gegen diese barbarische Methode, Anständigkeit und Sitte zu verteufeln, indem man sie als "undeutsch"

aus der Gesellschaft verbannte, hatte absolut unpolitisch begonnen. Im späteren Jünglingsalter, nach dem 2. Weltkrieg, suchte ich mir auf der linken Seite des politischen Spektrums meinen Platz. Auch damals und in der Folgezeit, gefördert durch eine Besatzung, der es an Mitteln anderer Art mangelte, Haltungen zu begreifen, und die überall nur Spione, Saboteure und verkappte Gegner sah, blühte Denunziantentum. Ich bin heute stolz darauf, meine Einstellung dazu nicht geändert zu haben. Von mir wurde niemand angezeigt, weil er auf ein Stalinbild einen Kaiser-Wilhelm-Schnurrbart malte, weil er am 1. Mai nicht flaggte, oder weil er mir anvertraut hatte, er würde nach dem Westen gehen (und das waren nicht wenige!). -

Deshalb bin ich auch heute, da man im neuen Gesamtdeutschland von einer Demokratie sprechen kann, nicht bereit, sie zu ändern. Obwohl diese Demokratie von dem Tage an, da wir sie über die DDR gestülpt bekamen, das Denunziantentum sozusagen geadelt hat. Z. B. mit staatlich verwalteten "Akten" untermauert, von denen niemand weiß, wer sie geschrieben hat, und warum. Denunzianten auf dieser (schrägen) Ebene widern mich ebenso an, wie die meiner Kinderzeit, und man bleibe mir mit dem Vorwurf des Nichtvergleichenkönnens bitte vom Hals: Dreck bleibt Dreck!

Wer mir heute zumutet, einen "abgewickelten" Professor der Anthropologie zu denunzieren, weil er sich ein paar Euro verdient, indem er dem behinderten Nachbarn den Rasen mäht, der widert mich an, und daran ändert sich nichts, wenn er noch als Begründung "die Schaffung von Arbeitsplätzen" zusammenphantasiert. Das ist eine so erbärmlich dumme Lüge, wie ein mit Gehirn ausgestatteter Mensch sie nur als Beleidigung auffassen kann. Dass sie von jemandem kommt, der sich als "Linken" bezeichnet, tut mir, dessen Gedanken links laufen, weh.

Nichtsdestotrotz, Herr H., einen Denunzianten wird auch dieser Staat nicht mehr aus mir machen. Und ich habe volles Verständnis für Leute, die in diesem Zusammenhang den alten jüdischen Spruch zitieren: "Den Denunzianten sollte man an seiner Zunge aufhängen!"

Und - a propos jüdische Sprüche: sie haben in ihrer Schatztruhe einen zu der in Deutschland so beliebten Ausrede "Nichtvergleichenkönnens von Birnen und Äpfeln". Er lautet: "Was ist der Unterschied, ob mich der Narr schlägt oder der Weise? Weh tut es doch!"

Frau S. B.:

Wie hat das alles mit den Roten Khmer und Prinz Sihanouk angefangen? Ich lag nächtelang wach und habe über die Ursachen und die daraus folgenden Probleme gegrübelt: Warum hat sich das Volk so etwas gefallen lassen, warum hat man das eigene Volk so gequält, wie hat man es geschafft, von einem Land, das zur Blüte des Wohlstandes erblüht wäre, so einen Scheiterhaufen zu hinterlassen? Haben Sie Kambodscha selbst schon einmal bereist? Und wie kamen Sie dazu, darüber zu schreiben? Kennen Sie vielleicht Querverweise über die Geschichte und politische Entwicklung Kambodschas?

Harry Thürk:

Ich freue mich, dass meine Dokumentation über Kambodscha "Der Reis und das Blut" Sie so sehr bewegt hat. Ich habe sie ja aus dem Grund geschrieben, an Zeitgeschichte interessierte Leser zum Nachdenken und zu Vergleichen anzuregen. Ja, ich habe Kambodscha (wie es übrigens auf dem Einschlag des Buches vermerkt ist) vor und nach der Pol-Pot-Barbarei besucht, nahm auch an dem im Buch ja erwähnten Prozess teil, den die UN ignorierte. Wie es zu Pol Pots Barbarei kam, das können Sie in dem Buch (Seite 5-15) bitte nochmals in Ruhe nachlesen. Eingehender könnte ich die Geschichte auch hier nicht schildern.

Wenn Sie in Bibliotheken kaum etwas über jene Ereignisse finden, sollten Sie daran denken, dass es letztlich ineinander verhakete, einander zuweilen entgegenkommende oder gegenläufige Interessen der drei größten Weltmächte (USA, SU, China) waren, die Pol Pots Coup indirekt bedingten.

So respektierten die USA sehr wohl die nie offiziell ausgesprochene, aber intern völlig klare Drohung Chinas, sofort in den Vietnamkrieg einzugreifen, falls die USA Nordvietnam zu Lande angriffen. Ähnlich wie im Koreakrieg würde China an seiner "weichen Südgrenze" keinen US-Stützpunkt dulden. Deshalb begnügten sich die USA damit, Nordvietnam aus der Luft zu bombardieren, ebenso wie Gebiete in Kambodscha, in die sich angeblich Vietcong nach Überfällen zurückzogen. Das brachte Kambodschas Staatschef Sihanouk in eine prekäre Lage.

Die wiederum bot der SU, die ja ohnehin interessiert war, sich in dieser Gegend der Welt zu etablieren, die Chance, Sihanouk die Unterstützung des Ostblocks anzubieten, die der auch annahm, zumal er China nicht so recht traute.

Da kam es der chinesischen Führung sehr gelegen, dass eine Gruppe von ultralinken Studenten in Paris den Kampf gegen den "Kapitalisten Sihanouk" zu planen begann. Die jungen Spinner freuten sich über die Hilfe Chinas. Sie bestand nämlich in der Ausbildung von militärischen Kadern und in der Zusage von Waffenlieferungen, sobald sie benötigt würden. Auf diese Weise waren Pol Pot und Genossen von Beginn an Teil der chinesischen Planung. Sie würden den ungeliebten Sihanouk entmachten, den ebenfalls ungeliebten Sowjets ihre Kambodscha-Pläne versalzen, und man hätte an der Westflanke des US-Stützpunktes Süd-Vietnam ein nicht zu unterschätzendes Einflussgebiet, das eine Menge strategischer Möglichkeiten bot.

Solche Zusammenhänge werden im Interesse des Images über sehr feingesponnene Leitungen gern unter den Teppich gekehrt, aus dem öffentlichen Blickfeld hinausmanipuliert. Eine Praxis, die Sie ja heute bei den wesentlich jüngeren Komplexen Jugoslawien, Afghanistan oder Irak wieder beobachten können. Als Neuheit ist hier lediglich hinzugekommen, dass das Wahrnehmungsvermögen des Publikums über einen "Info-Smog" aus Nichtigkeiten abgestumpft wird. (Sie schreiben von "... detaillierten Berichten ..." - ich nenne das "Meisterwerke der geistigen Irreführung". Oder wie soll man die "detaillierten Berichte" über den Atombombenbau in Hindukusch-Höhlen sonst nennen? Über die Massenvernichtungswaffen im Irak?)

Warum, fragen Sie, hat sich das Khmer-Volk so etwas gefallen lassen? Nun, es waren ungebildete, unsichere, unbewaffnete Leute. Pol Pots Kader waren gebildet, bewaffnet, und ihrer Sache sicher. Sie diskutierten nicht. Wer nicht sofort tat, was sie anordneten, den erschossen sie an Ort und Stelle, sofort, vor den Augen der anderen. Unter solchen Umständen verliert das Wort vom "gefallen lassen" jegliche Bedeutung.

Und: Haben Sie einmal nachgedacht, was sich eine gebildete Bevölkerung im hochzivilisierten Zentraleuropa heutzutage alles "gefallen lässt"? Halten Sie "Demonstrationen" die mit bemalten nackten Bäuchen oder Fähnchen im Hintern eher als

Volksbelustigung zu werten sind, für angemessenes "sich wehren" gegen Lüge, Sozialabbau und Verarmung? Gegen willkürlich geführte "Präventivkriege", deren Begründung erlogen ist? -

Als Pol Pot Kambodschas Bevölkerung tötete, blieben seine "Diplomaten" übrigens ordentliche Vertreter Kambodschas in der UN. Noch Jahre nachdem die Vietnamesen das Land von ihnen befreit hatten, vertraten aufgrund der UN-Entscheidung diese Pol-Pot-Leute Kambodscha ganz offiziell. Es gab keinen Großmächte-Protest dagegen. (So wie es gegen den Irak-Krieg der USA auch keinen offiziellen Protest der UN gab, nur halbseidene "Ablehnungen", "Verurteilungen" und ähnliches. Ist es nicht jämmerlich, wie da heute, nach mehr als zwei Jahrzehnten, wieder unter den Teppich gekehrt wird? Unter der Devise: "Nicht alte Fehler erörtern, den Blick auf die Zukunftsaufgaben richten!")

Ich rate dazu, wenn Politiker "alte Fehler" als nicht mehr diskussionswürdig bezeichnen und vom "Blick nach vorn" reden, der das sei, "... worauf es jetzt ankommt ...", äußerst misstrauisch zu sein, was ihre wahren Absichten angeht.

Liebe Frau B., ich kann Ihnen leider keine Hinweise über weitere Quellen geben, die Sie suchen. Am besten, Sie wenden sich an Fernost-Institute bei Universitäten und deren Bibliotheken. Dort hat man Übersichten dieser Art.

Mein Buch sollte Sie informieren und zum Weiterdenken anregen. Das ist mir offenbar gelungen und freut mich. Ich wünsche Ihnen Entdeckerglück!

Frau Zw. in Sa.:

Ich war seinerzeit sehr bewegt, als die Geschichte von der Gefangenschaft der amerikanischen Soldatin Lynch durch die Presse ging. Jetzt kam eine Freundin von einer Amerika-Reise zurück und erzählte, das sei alles ganz anders gewesen, es gäbe ein Buch darüber. Wissen Sie Genaueres?

Harry Thürk:

Ja, es gibt ein Buch über Miss Lynch, geschrieben von einem amerikanischen Journalisten. Ob es übersetzt wird, kann ich nicht sagen. Ich hörte auf Kurzwelle die Rezension eines amerikanischen Kollegen. Ziemlich spöttisch machte er sich lustig darüber, dass der Autor sich der undankbaren Aufgabe widmet, eine voll daneben gegangene Heldengeschichte nun wenigstens noch in eine dieser trostreichen Versicherungen umzuflunkern, die in den USA geboten werden: "Join the army and see the world!" ("Tritt in die Armee ein, und du kommst in der Welt herum!").

Was sich um die Irak-Kriegs-Soldatin Lynch herum abspielte, habe ich in deutschen Medien verfolgt und mir still vergnügt meine Gedanken darüber gemacht, wie schon über so manche Propagandalegende zuvor. Das hängt damit zusammen, dass ich vor langer Zeit in einem asiatischen Buchantiquariat die US-Felddienstvorschrift FM-33-5 vom August 1949 erwischte. Darin wird klipp und klar postuliert: "Der psychologische Krieg schließt Maßnahmen ein, mit deren Hilfe Ideen und Informationen verbreitet werden, die das Denken, die Gefühle und das Handeln des Gegners beeinflussen. Diese Maßnahmen haben zum Ziel, seine Moral zu untergraben." Und natürlich wird die eigene (Kampf-) Moral auf gleiche Weise psychologisch beeinflusst. Sprich: angehoben. -

So verarbeiteten die Medien die Heldin: einsame Mission in der Wüste, Kampf bis zum letzten Schuss, überwältigt und gefangen, schlimmes Los, wurde sie vergewaltigt?

Spätestens da begann die Geschichte so zu stinken, dass ich nur noch auf das kleinkarierte Ende gespannt war. Es kam näher, als ein nicht kontrollierter TV-Sender in Nahost Aufnahmen einer weiteren Frau aus der Gruppe um Miss Lynch veröffentlichte, einer farbigen Armee-Köchin, die lakonisch zu Protokoll gab, sie wären alle Angehörige einer Tross-Einheit gewesen, kein Kampfpersonal. Ihr Fahrzeug habe einen Unfall gehabt. Nein, kein Beschuss. Auch kein Widerstand, just Gefangennahme. Ob sie gefoltert worden sei? Nein. Vergewaltigt? Nein. Der Frau war anzusehen, dass sie nicht lügen musste.

Blieb Miss Lynch. Die ließ auf sich warten. Zunächst gab der Arzt des Krankenhauses, in das sie nach der Gefangennahme gebracht worden war, bekannt, sie sei auf dem Weg der Besserung. Ein irakischer Mediziner, der in perfektem Englisch erklärte, sie habe keine Schussverletzungen, sondern nur ein paar Knochenbrüche von dem Autounfall. Sie sei gut versorgt. Die Krankenhauskost habe sie verweigert, aus Angst, vergiftet zu werden. Er lächelte mitleidig, als er anfügte, man habe in Folie eingeschweißte amerikanische Lebensmittel für sie besorgt, die würde sie essen. Und man habe versucht, sie in einem Krankenwagen zu den amerikanischen Stellungen zu bringen, aber die Amerikaner hätten wohl Angst vor einer Bombe in dem Auto gehabt und geschossen, deshalb musste man wieder zurückfahren.

Das klang schon so gar nicht mehr nach Heldenlegende. Aber das Ende wurde noch blamabler. Einmal noch gab es den Versuch, die "Härte des Schicksals" der jungen Frau zu zeigen, da ließ man für einen TV-Spot ein paar GI's in einem düsteren Gang mit Türen herumschießen und erklärte, das sei die dramatische Befreiung von Miss Lynch. Danach war sie auf einer Krankentrage zu sehen. Ab nach Landstuhl ins Lazarett!

Boulevardblätter erschienen mit fünfspaltigen Überschriftenknallern: WURDE SIE VERGEWALTIGT? Die abgelutschte Masche, das VERGEWALTIGT bleibt im Gedächtnis hängen, das Fragezeichen nicht. Ich war gespannt auf die nächste Stufe. Wie ich die Massenpresse kenne, der es keine Bedenken verursacht, den nackten Schwangerschaftsbauch irgendeiner Szene-Tussi über die ganze Titelseite zu zeigen, war damit zu rechnen, dass als nächstes die zerfetzte, blutige Unterwäsche von Miss Lynch eine Titelseite zieren würde.

Es kam anders. Miss Lynch selbst machte der Sache ein halbherziges Ende. Kein Dementi, aber immerhin, sie spielte nicht weiter mit: Sie habe nicht schießen können, wegen Ladehemmung, ja, sie sei nicht von Schüssen verletzt gewesen, der Unfall... Knochenbrüche, ja. Krankenhaus, ja. Arztbehandlung, ja. Die Sache mit den US-Lebensmitteln in Folie stimmt, ja. Vergewaltigt worden? Da hatte sie sich zu einer Antwort bewegen lassen, die die Blamage wenigstens um eine Kleinigkeit abschwächen sollte: "Ich war ohnmächtig. Ich weiß nicht, was geschehen ist, es war alles schwarz..." (Denk, was du willst, lieber Zuschauer!)

So erbärmlich lief das, Frau Zw. Unter uns gesagt, ich war 17 Jahre alt, als ich an der Ostfront des Zweiten Weltkrieges zum ersten Mal, in der letzten Phase der Kämpfe vergewaltigte Frauen sah. Die von ihnen, die noch lebten, sprachen nicht gern darüber, aber selbstverständlich erinnerten sie sich. Und sie hatten Schmerzen. Ich hatte bis dahin den Sexualakt immer für etwas gehalten, was sich aus Liebe ergibt, aus Sympathie -. ich musste lernen, dass es da noch ganz andere Triebkräfte gibt. -

Auch für die jämmerliche Verhaltensweise von Miss Lynch sind Triebkräfte verantwortlich, die wir leicht unterschätzen: es ist z.B. nicht leicht, in einer vaterländisch gesinnten kleinen Gemeinde in den USA zu leben, nachdem man das "siegreiche" Kriegs-Establishment des Landes der Lüge überführt hat. Dann schon lieber "... es war alles schwarz ...". Dafür sollten auch Sie, Frau Zw., Verständnis haben, selbst wenn Sie es nicht billigen. Auch eine sehr freie Welt hat innere Grenzen, die man besser nicht überschreitet. Und viel mehr ist zum Fall Lynch nicht zu sagen...

Herr J. in N./S.:

Die notwendigen Reformen in Deutschland kommen langsam in Schwung. Sind Sie mit Umfang und Tempo zufrieden? Oder hätten Sie Zusatzvorschläge?

Harry Thürk:

Ich bin sicher, man wird auch ohne Vorschläge von mir auskommen, in dieser Inflation von halben und Dreiviertel-Gedanken, die mit ihrem gezielten Verwirrungseffekt trefflich geeignet sind, historische Fakten zu vernebeln, die zu den Rückschritten in der Wirtschafts- und Soziallage Deutschlands führten. Was unsere "Reformer" da aufführen, kommt mir hysterisch vor. Und verlogen. Warum hat man nicht den Mut, den Leuten die Wahrheit zu sagen? Trotz Pisa. Oder möchte man uns auch noch weismachen, unsere Polit-Darsteller hätten von der Geschichte zwischen 1945 und 1990 nie etwas gehört?

Die Anti-Hitler-Koalition der Westalliierten mit Stalin, die ihnen erhebliche Menschenverluste beim Endkampf in Deutschland und vor allem in Fernost erspart hatte, endete mit der Verfestigung zweier weltanschaulicher Blöcke. Die Grenze verlief mitten durch Deutschland. Der Kalte Krieg begann. Jede der beiden Mächte führte ihn nicht nur für eigene Ziele, sondern auch mit eigenen Mitteln und Methoden.

Unter amerikanischen Historikern ist die Ansicht verbreitet, man habe die Sowjetunion "totgerüstet". Sehr wahr, finde ich. Allerdings würde ich anfügen, die Sowjetunion wurde auch "totgesozial", wenn man mir dieses skurrile Wortgebilde einmal der Verständigung halber abnehmen will: damit, lieber Herr J., kommen wir nämlich zu den sozialen Unterschieden in den jeweiligen "Frontländern" an der Grenze des Kalten Krieges, und das führt von den Beweggründen für deren Wiedervereinigung geradewegs zum Ende der Großmächte-Konfrontation, danach über den Zerfall des Sowjetreiches, den Zusammenschluss der beiden deutschen "Frontländer" ins Zentrum der heutigen Reform-Revue mit den kaum noch überschaubaren Nummern. -

Als ich in den 60er Jahren zum ersten Mal zu einem Buchbasar in Westdeutschland eingeladen war und dort mit einem Leser ins Gespräch kam, der mir plausibel vorrechnete, dass er als Arbeitsloser mit dem, was er an sozialen Leistungen genoss, besser leben konnte als ein Aktivist in der DDR, wurde ich aufmerksam auf die höchst wirkungsvolle Art, in der sich das westliche Bündnis dagegen schützte, dass Leute am "Kommunismus in der Zone" auch nur den Schimmer von Interesse entwickelten. Das westliche Bündnis schätzte seine deutschen Pappenheimer absolut nüchtern (und richtig) ein. Und so floss, angefangen mit dem Kaffee, der Schokolade, den Bananen und anderen Köstlichkeiten des Marschallplanes, vieles in das "Frontland", was dessen Lebensstandard auf spektakuläre Weise hob, sein Sozialwesen einmalig in Europa machte und so nicht nur für die Brüder und Schwestern im Osten den Charakter eines irdischen Paradieses mit dem Namen BRD verband.

Währenddessen vollzog sich in der DDR, wie in den übrigen Ländern des von der UdSSR gesteuerten Blocks, ein völlig anderer Prozess. Er hatte mit dem Abtransport des persönlichen Eigentums aus den von den Vertriebenen verlassenen Wohnungen begonnen, sich über die "Verlagerung" von Kunstsammlungen, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen fortgesetzt, bis ganze Fabriken abtransportiert wurden, Eisenbahngleise - alles als Reparationsleistungen deklariert.

Schließlich wurden sogenannte "SAG" (Sowjetische Aktien-Gesellschaften) gegründet, im Erzgebirge wurden die Uranvorkommen abgebaut, es wurden "Vorkaufsrechte" zementiert, "Entnahmen aus laufender Produktion", und was den Spezialisten sonst noch so einfiel. Alles "für die Stärkung des Weltfriedens", wie es hieß. Bis zur Gründung der RGW-Bank, die dann auch noch das Inkasso selbst erwirtschafteter Devisen übernahm. Das ging solange gut, bis selbst die geduldige Bevölkerung der DDR sich auf das Paradies im Westteil des alten Deutschlands besann und laut wurde: "Wenn die D-Mark nicht zu uns kommt, gehen wir hin!"

Der Insolvenz-Abwickler des Kreml gab sich geschlagen und ließ sich mit einer mehrstelligen Milliardensumme von den Siegern des Westens, deren Rechnung aufgegangen war, auf Zustimmung programmieren. Das schenkte uns letztlich die Wiedervereinigung.

Allerdings war von da an der enorme Aufwand an regimevergoldenden Vergünstigungen für die BRD-Bürger überflüssig geworden. Der Abbau setzte ein. Und den hatten nun, nach kurzer Jubelzeit, die neuen Paradiesbewohner aus der DDR mitzutragen. Womit sie nicht gerechnet hatten. Und worüber sie bis heute nicht glücklich sein wollen.

Dass ausgerechnet eine "linke" Regierung im neuen Gesamtdeutschland die Verantwortung für den Sozialabbau tragen muss, ist deren Pech. Das Durcheinander ihrer Maßnahmen, die sie "Reformen" nennt, um den Schock abzuschwächen, und das Sammelsurium ihrer Pseudo-Argumente (von Generationengerechtigkeit über Kindermangel, zu viele Rentner, zu kurze Lebensarbeitszeit bei zu wenigen Arbeitsplätzen, Sorge um das Einkommen der heute noch gar nicht geborenen Generation, etc. etc.) zeugt von hilfloser Eierei, kann die Verantwortlichen aber offenbar nicht dazu bewegen, dem Volk die eigentliche Wahrheit zu sagen. Schade. -

Also wird es mit den "Reformen" weitergehen. Die Masse der Kleinverdiener und Rentner wird für die Staatsausgaben blechen, während die Großverdiener sich (ganz legal!) in steuergünstigere Länder zurückziehen. Wer dagegen protestieren will, kann das tun. Ebenso wie "Reformen" nicht helfen. Deshalb, lieber Herr J., habe ich keine zusätzlichen anzubieten.

Herr L. aus P.:

Seit mehreren Jahren bin ich im Besitz Ihres Buches "Die Stunde der toten Augen". Ich lese es immer und immer wieder.

Die Ereignisse, welche Sie dort schildern, haben mich stark beschäftigt. Haben Sie damals diese Geschehnisse in der Gegend um Gumbinnen/Goldap selbst so erlebt? Ich meine, dieses Buch ist so intensiv geschrieben, dass es auf mich diesen Eindruck hinterlässt. Zwar steht im Nachwort, dass die genannten Orte erfunden sind, aber mich würde interessieren, ob es dieses Dorf "Haselgarten" wirklich gab und wie es richtig hieß.

Harry Thürk:

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an meiner Arbeit. Ja, ich war im Herbst 1944 als Soldat in der Nähe von Gumbinnen eingesetzt und kenne das was sich da abspielte aus eigener Erfahrung. Der Name "Haselgarten" ist fiktiv. Das was ich im Zusammenhang mit diesem Ort erzählte, geht auf eine Begebenheit in der Gegend von Nemmersdorf zurück, an die ich mich heute noch erinnere. Ich habe sie später in meinem Roman etwas verändert verwendet, wie andere auch.

Übrigens: wie der Ort hieß, in dem ich diese Begebenheit erlebte, weiß ich nicht. Es ist wohl so, dass Soldaten, die mit einem SPW in eine Gefechtszone gekarrt werden, in den seltensten Fällen den Namen des Ortes kennen, in dem sie sich mit dem Gegner herumschießen. Sie haben andere Sorgen. Jedenfalls ging mir das meist so. Man sucht da nicht das Ortsschild. Und die Karte mit dem Ortsnamen darauf hat der Kompaniechef. -

Ein Wort noch zu der von mir vermuteten Substanz Ihrer Frage. Sie suchen in meinem Roman nach tatsächlichen Fakten. Ich kenne das aus Zuschriften von anderen Lesern auch. Deshalb dieser Hinweis von mir: ein Roman ist immer eine Komposition von fiktiven, erzählerischen Elementen mit tatsächlichen Begebenheiten, die der Autor sozusagen in seinem Kopf gespeichert hat und die er in seine Erzählung hineinkomponiert, wodurch ein erzählerisches Ganzes entsteht. Dieser Vorgang ist ein künstlerischer Prozess, dessen Ergebnis (der Roman) sich später nicht mehr so einfach in "fiktive" und "tatsächlich erlebte" Begebenheiten zerlegen lässt, weil beides längst verschmolzen und zu einer künstlerischen Einheit geworden ist.

Wer also allein an harten Fakten interessiert ist, sollte Dokumentationen bevorzugen. Wer hingegen den künstlerischen Reiz eines mitreißend erzählten und gekonnt komponierten Werkes schätzt, das durchaus zeitgeschichtliche Aussagekraft haben kann, der muss Romanen dieser Gattung seine Aufmerksamkeit schenken.

Herr H. in L.:

Sie haben sicher den Ablauf der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Wiedervereinigung in Magdeburg verfolgt. Wie fanden Sie die?

Harry Thürk:

Zum Schreien komisch. Weil sie ungewollt offenbarten, mit welchem Schwachsinn Klugschwätzer das Zusammenwachsen der beiden konträren Entwicklungswege in den Teilen Deutschlands zu befördern versuchen. Schon der Teil mit den ernsthaft sein sollenden Reden der zwei höchsten Bundestagsdarsteller war ja von gottvoller Intelligenz geprägt. Der Bärtige der beiden Sprecher eröffnete den Leuten, dass der weitere Weg zur Einheit nun immer noch weit wäre, aber nicht mehr so steil. Er vermied es, zu sagen ob steil aufwärts oder steil abwärts.

Der Glattrasierte griff voll in die Kiste. Hatte er doch herausgefunden, dass es in den neuen Ländern eine bedrückende Arbeitslosenquote gibt. Wer nicht absolut plemplem ist, weiß das schon lange. Aber die Politik hierzulande lebt eben von Wiederholungen. Deshalb holte der Herr auch gleich noch eine echte Überraschung zusätzlich aus der Ablage: die Rentner können stolz darauf sein, die Finanzmisere der Regierung endlich zu beenden, denn sie gehen nächstes Jahr bei der Inflations- und Teuerungsanpassung leer aus. Na, wenn das nicht stehende Ovationen wert ist!

Als Bürger Weimars hatte ich damit gerechnet, ein Lob dafür zu hören, dass man in der Weltkulturhauptstadt, in der die erste deutsche Republik gegründet wurde, und in der es überdies die Schande von Buchenwald zu erinnern gibt, jetzt endlich das völlig überflüssige Stadtmuseum geschlossen hat. Wegen Geldmangel. Die hier eingesparten Mittel können doch viel besser für Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verwendet werden. Aber das hat der Redenschreiber wohl vergessen...

Nun ja, wen die offizielle Seite der Sache nicht so ganz beglückte, der kam dafür dann aber im Showteil voll auf seine Kosten. Da wurde mit traumtänzerischer Sicherheit der Geschmack der so lange kulturell unterversorgten Osis mit sehr gut abgelagerten Spitzenleistungen seelenbewegender Kunst bedient. Schon die niedliche Kindergarten-Inszenierung mit dem "Zug durch Mauer" übertraf alle Erwartungen. Und ob nuschelnder Hutständer oder die durchfallgeplagte Dame, an deren schmerzverzerrtem Gesicht man ablesen kann, wie weit sie es bis zum nächsten Klosett hat - unanfechtbare Sonderklasse! Nachfolgende Nummern reihten sich da nahtlos ein. Noch nie haben Brüder und Schwestern von irgendjemandem so etwas geboten bekommen.

Daran änderten auch ein paar Pannen nichts. So entfiel die sehnsüchtig erwartete Darbietung, in der eine Ost-Schwangere modisch ihren nackten Bauch zeigen sollte, um publikumswirksam die Bestrebungen zur Geburtensteigerung zu unterstützen. In letzter Minute hatte es ernstzunehmende Hinweise darauf gegeben, dass der Kindesvater schon kurz nach der Schulentlassung an drei verschiedenen Tagen mehrmals auffällig langsam an der damaligen Stasi-Dienststelle seines Wohnortes vorbeiging. Der Verdacht, dass er sich anbot, konnte nicht ausgeräumt werden. Da war Verzicht schon angezeigt.

Einem technischen Problem fiel eine weitere Darbietung zum Opfer, in der ein Spezialist im Zusammenkleben von Papierfetzchen auf einer Super-Breitwand vorführen sollte, wie man herausgefunden hatte, wer es gewesen war, der an die Stasi verriet, dass Didi Hallervorden in Wandlitz die goldenen Wasserhähne entdeckt und das an Heinrich Lübke verraten hatte.

Ärgerlich auch, dass die weltberühmte Integrationsfigur / Ost absagen musste. Sie wollte zur Förderung des weiteren Ankommens der zögerlichen Leute aus den Neuländern in der zeitgemäßen Wirklichkeit die Stationen ihres Lebens offenlegen, unter dem Titel: "Mein erfolgreicher Weg von Hitlers Jugend über FDJ, ZK der SED und (unbedeutende) Stasi-Informantentätigkeit in die Armee derer, die Deutschland endlich von seinen überflüssigen Soziallasten befreien". Die Handzettel waren schon zur Verteilung bereitgelegt.

Aber da entdeckte man zum Glück noch, dass ein Saboteur darin einen gemeinen Fehler verursacht hatte: statt "erfolgreicher" hatte er "erbärmlicher" gedruckt. Der ohnehin durch Abmagerung geschwächte Körper der Integrationsfigur reagierte darauf sofort mit enormen Schlafstörungen, die den Vortrag unmöglich machten. - Nun ja, Herr H., es gibt eben nicht immer nur Erfolge. Trotzdem war das Jubiläum ein bewegendes Erlebnis, wie ich Ihnen gern bestätige. Ich hoffe, Sie freuen sich mit mir auf nächstes Jahr. Da soll es in Mühlhausen gefeiert werden. Wie aus eingeweihten Kreisen verlautet, soll Karl Dall gewonnen werden, zum Absingen des Volksliedes vom doofen Ossi: Otto Waalkes soll auf Hochdeutsch die Festrede halten. Allein deswegen schon werden sicher ein paar Politiker aus Nachbarländern anreisen. Lassen wir uns überraschen, Herr H.!

Und, bitte, nehmen Sie meinen Spott über das Ereignis nicht etwa ernst!

Herr Br. in K.:

Ich habe mit großer Genugtuung verfolgt, wie der aggressiven Politik der USA in Sachen Irak endlich einmal ein Stop entgegengesetzt wurde, als es im Sicherheitsrat der Uno um Soldaten ging. Wie beurteilen Sie dieses Signal?

Harry Thürk:

Weniger enthusiastisch, Herr Br. Aus verschiedenen Gründen. Zunächst glaube ich, die USA haben nicht nur dieses eine Gesicht, das die gegenwärtige Regierung prägt, die ja, wie Sie sicher wissen, nicht durch eine eindeutige Wahl bestimmt wurde, sondern durch einen Gerichtsbeschluss. Das lässt Fragen im Hinblick auf die Akzeptanz zu, und damit auf die Möglichkeit, dass "andere Gesichter Amerikas" eines Tages wieder verantwortungsvoller im Namen dieses Riesenlandes handeln. Über die Akzeptanz der gegenwärtigen deutschen Regierung muss ich Ihnen ja keine Statistiken anbieten, die können Sie den etwas unabhängigeren Medien entnehmen. Ob es angesichts dieser Sachlage politisch besonders klug ist, sich mit Frankreich und (ausgerechnet!) mit Russland zu einer "extraeuropäischen Allianz" gegen die USA zusammenzuschließen, das würde ich mit großen Fragezeichen versehen. Unter anderem auch weil mir deutsche Repräsentanten zu viel und zu laut von der "deutschen Führungsrolle" bei europäischen Entscheidungen schwätzen.

Meine Phantasie reicht auch aus, um zu ermessen, was "Europa-Anwärterstaaten" davon halten, zumal ja das verfassungsmäßige Problem der Gleichberechtigung in Sachen europäischer Entscheidungsfindung noch keineswegs gelöst ist und nicht wenige der Anwärter heikle Erfahrungen mit der "Führungsrolle" von Groß- und Mittelstaaten aus der Vergangenheit haben.

So ist mir beispielsweise nicht entgangen, dass in England (auch in den USA) das was Paris, Berlin und Moskau da zelebrieren mit süffigem Spott als "Achse" bezeichnet wird. Keinem Engländer oder politisch interessierten Amerikaner braucht man diesen Begriff zu erläutern. Er würde auch nur lächeln, wenn man ihn auf eine Unzulässigkeit im Vergleich aufmerksam macht: für ihn waren die "Axis-Powers" in Europa und Asien jene, gegen die er im 2. Weltkrieg antrat. Dieser Stempel ist so leicht nicht zu löschen. Die "Achse Berlin-Rom-Tokio" ist gelebte und erlittene Geschichte und deshalb zäher als taktische Spielchen der politischen Gegenwart.

Diese "Achse" nämlich war es, die letztlich den Völkerbund zerstörte, eine Einrichtung der internationalen Vernunft nach den bitteren Erfahrungen des 1. Weltkrieges, die durchaus als Vorgängerin der UNO betrachtet werden kann. "Achsenmächte" wie Japan (1931, mit seinem Eroberungsfeldzug gegen China und der Annektion der Mandschurei), Italien (1935 mit seinem Krieg gegen Abessinien) und Deutschland (mit der Besetzung der Tschechei 1938) waren die Totengräber des Völkerbundes. Ihnen schloss sich dann die Sowjetunion 1939 schnell an, um nicht die Chance zu verpassen, sich einen Teil Finnlands zu sichern.

Wer heute - zu recht oder nicht - mit dieser "Achse" verglichen wird, ist daran selbst schuld, weil er das Gedächtnis der Völker unterschätzt hat. Peinlich. Aber unvermeidlich.

Den Weg ins Kabarett hat die "neue Achse" bereits gefunden. Als leidenschaftlicher Kurzwellen-Surfer erwischte ich neulich einen englischen Spaßmacher, der sie ins Verhältnis zu der historischen Achse von damals setzte: bei der historischen habe der östliche Endpunkt weitab in Asien gelegen, in Tokio, während sich die Stelle, an der Deutschlands Sicherheit verteidigt wurde, an der Wolga befand, also gerade noch in Europa. Das sei nun bei der neuen Achse geradezu umgekehrt: Endpol der Achse, Moskau, liege zwar nicht in der EU, aber in Europa. Während Deutschlands Sicherheit sehr viel weiter östlich verteidigt werde, in Afghanistan.

Er habe, so ulkte er weiter, weil er den Verdacht habe, Zeuge welthistorischer Entwicklungen zu sein, eine deutsche Parlamentsabgeordnete, die sich mit Militärfragen befasse, danach befragt, wie es denn die deutschen Soldaten am Hindukusch mit der Haager Landkriegsordnung hielten.

Sie habe ihm daraufhin glaubwürdig versichert, im Gegensatz zu den USA würde Deutschland den Haager Internationalen Gerichtshof voll akzeptieren. Daher werde die von dort ergangene Bekleidungsordnung für Nato-Soldaten im Felddienst von den deutschen Streitkräften auch "eins zu eins" befolgt. (Letzteres wiederholte er auf Deutsch.)

So, lieber Herr Br., fordert politische Instinkttlosigkeit unweigerlich Spott heraus. Und wohl auch Schaden.

Ich kann die Weltbevormundung der gegenwärtigen US-Regierung nicht akzeptabel finden. Aber die "neue Achse" dagegen findet auch nicht meinen Beifall. Wenn Sie das für ein persönliches Dilemma meinerseits halten, stimme ich Ihnen unumwunden zu.

S. Za. aus F./M.:

Sie verfolgen sicher die Veröffentlichungen um Günter Wallraff über seine angeblichen Stasi-Kontakte. Wer sagt Ihrer Meinung nach die Wahrheit?

Harry Thürk:

Wer tatsächlich glaubt, in irgendeinem Fetzen der Hinterlassenschaft eines Geheimdienstes so etwas wie Wahrheit zu finden, ist ein Naivling. (Wer nur vorgibt, das zu glauben, um sein Süppchen zu kochen, ist ein Betrüger.) Ein Geheimdienst produziert grundsätzlich irreführende Zwecklügen. Deshalb glaube ich Geheimdiensten nicht ein Wort. Zumal diese "Aufzeichnungen" anonym sind. Daher sind sie ja z.B. vor Gericht unbrauchbar. Es sind Behauptungen, keine Beweise. Der Tatbestand des Rufmordes liegt nahe. Und ganz bestimmt der der üblen Nachrede oder Verleumdung, für die es Strafrechtsparagrafen gibt. Es sei denn, der Verfasser (Schreiber) träte den Beweis der Wahrheit an, persönlich. Insofern habe ich Anlass, zu glauben, dass Wallraff die Wahrheit sagt und nicht jene, die aus "Papieren ohne verantwortlichen Autor" gern Beweise machen möchten.

Warum? Man muss schon sehr naiv sein, um das der Machart des Medien-Schaums nicht anzumerken. Ich las gerade in einer deutschen Zeitschrift zwei Beiträge über Leute mit solchen Kontakten. Eine der Personen sagt aus, sie habe nie wissentlich (mit Unterschrift) Informationen geliefert (2 Halbseiten, Westdeutsch), was man ihr nicht glaubt. Die andere Person, eine sogenannte Integrationsfigur, gibt Kontakte und Berichte zu, ziemlich am Rande eines betont sensiblen 3 1/2 Seiten - Personalinterviews mit 9 Fotos, die Stasi-Bemerkung macht nur einige Zeilen aus (Ostdeutsch). Ob das ein Versehen war, die beiden in demselben Heft so unterschiedlich zu präsentieren oder nicht - jedenfalls unterstreicht es die gezielte Botschaft, die sich hinter dem Medien-Schaum um Wallraff versteckt: "Na also, nur linke Querköpfe und Vaterlandsverräter waren es, die in der Alt-BRD für diesen Ost-Geheimdienst 'politische und militärische Geheimnisse' ausspionierten!" (Wallraff und "militärische Geheimnisse" - haha! Woher hatte er die denn? Sebnitz lässt grüßen!) So lenkt man von West-Deutschen ab, die das nun wirklich machten. Für Geld. -

Dieses ganze Stasi-Geschäft fängt an, zu stinken. Und unsere Regierung, die trotz knapper Kassen dieses "Amt" finanziert, muss aufpassen, dass der Gestank nicht nach und nach ihre Arbeit aromatisiert. -

Übrigens: Geheimdienst-Aufarbeitung gab es ja schon mal, anlässlich der Gestapo der Nazis. In der Alt-BRD wurde damals ganz vorsichtig damit verfahren, um niemandes Ruf zu schädigen. Beispiel, aktenkundig, heute: Der Denunziant, der Sophie und Hans Scholl, die Münchener antifaschistischen Studenten, bei seinen Gestapo-Auftraggebern anzeigte, worauf sie (und ihre Freunde) bekanntlich enthauptet wurden, arbeitete im "neuen deutschen Rechtsstaat" nach 1945 als Angestellter des Verfassungsschutzes. Später wurde er Sicherheitschef bei der Autofirma Daimler-Benz, und 1984 erhielt er das Bundesverdienstkreuz erster Klasse. -

Soll man im Lichte solcher historischen Verfahrensweisen ausgerechnet die "ernstzunehmenden Hinweise" glauben, die von den heutigen "Aufarbeitern" kommen, in unserer Papierschnittel-Sammelbehörde, die nach ihren "Funden" im Geheimdienst-Abraum über Moral (!) oder Unmoral richten möchte?

Ich kann nur mit der inzwischen klassisch gewordenen Antwort unseres Außenministers Fischer auf seinen US-Kollegen Rumsfeld dienen, der ihm die CIA-"Erkenntnisse" über Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen vorhielt: "Ich bin nicht überzeugt!"

[Anm. d. Red. d. HTF: Der Klarname des Scholl-Denunzianten A.R. ist der Redaktion bekannt, wird aber anstandshalber hier unerwähnt gelassen. Interessierte werden gebeten, sich bei der bayrischen VdN nach dem Mann zu erkundigen.]

Herr D. aus H.:

Wie beurteilen Sie die Bereitschaft des EU-Kandidaten Polen, Soldaten für die US-Kriegsaktion im Irak bereitzustellen, im Gegensatz zu der Ablehnung der meisten anderen EU-Länder, sich da zu beteiligen? Und was glauben Sie, wie wird die polnische Regierung die Teilnahme polnischer Soldaten ihrer Bevölkerung erklären?

Harry Thürk:

Seit einiger Zeit fürchte ich, dass einer der besserwissenden Gutmenschen aus unserer politischen Darstellerszene über die Entscheidung, die Polen da getroffen hat, eine öffentliche Kampagne lostritt, um dem EU-Kandidaten im Osten klarzumachen, wo es gefälligst langgeht. Um ihn, wie es selbst Regierende bei uns heute auszudrücken pflegen, "auf Vordermann zu bringen". (Das ist die stumpfsinnige, zuletzt von den Nazis benutzte Militärsprache, die nach dem Fußschweiß friderizianischer Grenadiere stinkt. Sie ist allein deshalb schon zum Speien: Gleicher Schritt, gleiches Denken, keiner schert aus. Wir glaubten, das hinter uns zu haben...)

Was die Haltung Polens in der Sache angeht, so bin ich persönlich der Meinung, dass sie keinesfalls etwa volles Einverständnis Polens mit den Präventivkriegstheorien von Präsident Bush bedeutet. Dafür sind denn doch die Ansichten vieler polnischer Bürger zu unterschiedlich. Und der Krieg zu offenkundig herbeigelogen. Sichtbar wird, dass Polen auch als EU-Mitglied nicht die Absicht haben wird, bestimmte Entscheidungen, die nationale Interessen beinhalten, von anderen treffen zu lassen. Brüssel wird zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Geschichte europäischer Nationen sehr unterschiedlich war, und dass nationale Selbstachtung gar nicht so einfach von einer Vielvölkerversammlung per Abstimmung im Handumdrehen beseitigt werden kann.

Meiner Ansicht nach liegen die Gründe für Polens Haltung zu einem entscheidenden Teil in seiner Geschichte. Besonders der letzten Phase, in der das Land von der Sowjetunion dominiert wurde.

Über die Jahrhunderte war Polen, eine der ältesten Kulturnationen Europas, immer wieder dem militanten Druck seiner beiden mächtigen Nachbarstaaten ausgesetzt, im Osten dem der Russen/Sowjets, im Westen dem Deutschlands, das ist zu bedenken. Kriege und unermessliches Leid resultierten daraus. Aber auch tiefsitzende, sich von Generation zu Generation fortpflanzende Vorstellungen über die lebensbedrohenden Gefahren, die von jenseits der Staatsgrenzen kommen können.

Polen hat heute vertraglich gesicherte Grenzen. Aber - was heißt Sicherheit, wenn eine einzige politische Umwälzung über Nacht ein Bündel feinster Verträge in einen Packen Altpapier verwandeln kann?

Die alten Bilder verblassen nicht so schnell. Für einen Polen ist schwer, zu vergessen, dass es Hitler und Stalin waren, die in widerwärtiger Gemeinsamkeit die letzte der vielen Teilungen des Landes vornahmen, und die auch noch auf polnischem Boden als gezielte Erniedrigung eine Siegesparade abhielten. Die danach, in der Zeit ihrer heute gern vergessenen

trauten Zusammenarbeit zum Beispiel in Zakopane und Zwardon gemeinsame Seminare mit Erfahrungsaustausch über die besten Methoden der Bekämpfung von polnischen "Heckenschützen" abhielten, während die ersten Transporte von polnischen Bürgern in schnell errichtete Lager schon anliefen.

Und dann hört man aus Deutschland, dass dort in den Massenmedien dieser stinkende Nazi-Ausdruck, der Leute von vornherein als heimtückisch und hinterhältig abstempeln sollte, die ihr Land gegen fremde Besatzer verteidigten, bereits wieder alltäglich ist. Auf Kämpfer angewendet, wie es viele Polen damals waren, als es buchstäblich um das Leben der Nation ging. Alte Bilder - neue Bilder. Sie schmerzen, wie Narben bei schlechtem Wetter. Man ist versucht zu fragen, ob es unser liebes Europa schaffen wird, an die Stelle von diesem Chaos endlich einmal eine Lebensrealität zu setzen, in der Vertrauen nicht mehr nur ein Wort ist.

Ich persönlich verstehe aus meiner Kenntnis der Geschichte sehr gut, weshalb Polen sich heute so eng wie möglich mit den USA anfreunden will, einem Staat, der niemals die Grenzen Polens in Frage stellte, nie Landforderungen hatte, in dem über eine Million ausgewanderter Polen als voll akzeptierte Staatsbürger leben, deren Herkunft und Geschichte niemand in den Schmutz ziehen würde - nein, auch nicht, wenn irgendwem Autos abhanden kommen!! Es ist eine Entscheidung, die versucht, die Lehren aus einer komplizierten Geschichte zu ziehen. Wie weit sie das wirklich tut, unterliegt nicht meinem Urteil. -

Ich bin, wie meine Freunde wissen, ein strikter Gegner der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Deshalb schon lehne ich die Bush-Doktrin rundweg ab, gar nicht zu sprechen über die Napalm- und Clusterbomben-Praxis seiner Feldzüge. Ich glaube auch, dass es nicht gut ist, deutsche Soldaten in ferne Länder zu entsenden, egal mit welcher Begründung. Die allerdümmste hat unlängst der Minister geliefert, als er trompetete, dass die Bundesrepublik Deutschland am Hindukusch in Afghanistan verteidigt wird. Ob er nie davon gehört hat, dass Deutschland schon einmal an der Wolga verteidigt wurde, in Stalingrad? Später noch im polnischen Weichselbogen? Ich registriere solche Dinge mit wachsendem Befremden. Auch wenn der oberste Regierer lauthals tönt, Deutschland "habe bei weltpolitischen Entscheidungen wieder ein Wort mitzureden"! Aus Polen habe ich im Zusammenhang mit seiner Irak-Entscheidung solche Töne nicht gehört. Es geht um das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, und das ist der polnischen Regierung ein Kontingent Soldaten wert, das ist alles. Eine souveräne Entscheidung, die man nicht bejubeln muss. Aber zu respektieren ist sie.

Um Ihre Zusatzfrage zu beantworten: Auch ich bin gespannt, wie die polnische Regierung ihren Bürgern die Sache erklären wird. Sie ist in jedem Falle als Ausdruck eines Selbstwertgefühls zu begreifen, das besser als manches Hindukusch-Statement offenbart, wie schwer nationale Geschichte auch in der neuen Gemeinschaft Europa noch für lange Zeit wiegen wird.

Herr Gr. in W.:

Ich lese, dass Sie im heute zu Polen gehörenden Gebiet zuhause waren. Wie beurteilen Sie die zwischen Polen und Deutschen hin und her gehende Debatte um ein deutsches Vertriebenenzentrum, bzw. Denkstätte?

Harry Thürk:

Wenn ich Pole wäre, würde ich mir nicht gern unerbetene Ratschläge darüber anhören, wo und wie und welches Denkmal ich in meinem Lande haben will. Und ich hätte ganz sicher die Kraft, mir vorzustellen, dass das im umgekehrten Falle ganz ähnlich wäre.

Da ich Deutscher bin, würde ich mir sowieso nie die Ungezogenheit erlauben, an mein Nachbarland Ratschläge zu adressieren, die man dort leicht als Einmischung in eigene Angelegenheiten empfinden kann. Gedenkstätten sind eine Sache, bei der Emotionen eine starke Rolle spielen, und nichts scheint mir unangebrachter, als zwischen Polen und Deutschen schon wieder Emotionen aufzurühren. Deshalb schon halte ich diese Hinterbänkler-Debatte für alles andere als nützlich.

Außerdem bin ich bei aller Skepsis, die ich im Hinblick auf gewisse Entwicklungen in unserem Staat habe, doch stolz darauf, dass Faschismus und Revanchehetze bei uns so radikal gebändigt wurden und weiter werden, dass kein Nachbarland wegen eines Denkmals Deutschland mehr fürchten muss.

Deshalb bin ich dafür, dass jeder Staat im Rahmen seiner eigenen Gesetze den Bau von Gedenkstätten regelt und davon absieht, sich in das Denkmalsrecht seiner Nachbarn einzumischen. Lautstarke Belehrungen wirken hier nicht hilfreich, sondern provozierend. Die so hitzig debattierenden Randfiguren in beiden Ländern, aber auch die ernstzunehmenderen Politiker täten gut daran, wenn sie ihre Energien lieber auf die Zukunft richten würden, statt Menschen oberlehrerhaft zu rüffeln, die etwas zu betrauern haben. In beiden Ländern...

Herr G. aus W.:

Ich nehme an, Sie verfolgen das was im Zuge der Aufarbeitung von DDR-Geschichte an Literatur herauskommt. Befriedigt sie das? Oder haben Sie Vorschläge, was da noch zu machen wäre?

Harry Thürk:

Oh ja, die hätte ich schon. Allerdings kann ich über den belletristischen Teil im Literaturangebot nicht so recht urteilen, weil ich sehr wenig Belletristik lese, meine Vorliebe gilt der Dokumentation. Und da gibt es eine ziemlich große Auswahl. Nicht nur bei DDR-Themen, sondern überhaupt: vom Dalai Lama bis zu Angelica Domröse, von Scholl-Latour bis Ulfkotte - alles lesenswerte Sachen. Auch über die DDR-Geschichte gibt es (neben dem branchenüblichen Schrott) durchaus ernsthafte, akribisch eruierte Arbeiten, die man mit Gewinn liest.

Wenn Sie mich nach Zusatzvorschlägen fragen, so riskiere ich als Querdenker vielleicht manchen missbilligenden Aufschrei, aber ich führe einiges, worüber ich im Zusammenhang mit DDR und Wiedervereinigung noch gern lesen möchte, trotzdem an: Über die Hintergründe des Attentats auf den Wirtschaftspolitiker Rohwedder würde ich gern Genaueres erfahren. Der Mord ist inzwischen ein Jahrzehnt her und es wird lediglich verbreitet, die RAF habe ihn ausgeführt. Beweise dafür gibt es aber nicht. Dabei ist doch die deutsche Fahndung sonst so erfolgreich, etwa wenn es um vermeintliche Terroristen geht. Warum versagt sie so völlig bei der Aufklärung des Falles Rohwedder, der erster Chef der "Treuhand" war? Galt das Attentat seinem Amt? Wenn ja, dann erhebt sich die Frage: Welches Interesse hatte ausgerechnet die RAF an der Störung der "Treuhand"-Tätigkeit? Kurz: dies ist doch ein Stoff für Dok-Leute. Oder? Ist es etwa "p.c.", darüber zu schweigen? Dann wiederum: Warum?

Kürzlich hielt der ehemalige BRD-Finanzminister Theo Waigel in der Berliner Humboldt-Universität einen Vortrag. Dabei erzählte er, wie er zusammen mit F.J. Strauß im Rahmen der Wiedervereinigungsaktivitäten nach Moskau reiste, um M. Gorbatschow 17 Milliarden D-Mark zu überbringen.

Der "Spiegel", eine bei solchen Angaben absolut verlässliche Zeitschrift, gab bereits früher an, M. Gorbatschow habe "für die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung" zwischen 1989 und 1991 insgesamt 63 Milliarden D-Mark aus der BRD kassiert. Weltpolitische Entscheidungen mit Schmiergeld? Oder was? Ich bitte um Verzeihung, wenn ich an mancher Leute Ikone kratze, aber: wofür wurde da gezahlt? Und was wurde aus diesen Geldern? Sind sie jemals irgendwo in Moskau verbucht worden? Da hat man den ehemaligen Kanzler Kohl wegen ein paar lumpiger Millionen Spendengelder einer jahrelangen rufschädigenden Untersuchung unterzogen - sollen dahinter die Milliarden an Herrn Gorbatschow versteckt werden? Und wer hat daran ein Interesse? Warum? Fragen über Fragen. Der Gentleman in Moskau lebt noch - warum wird von ihm keine Auskunft verlangt? Wo ist der Dokumentarist, der diese Vorgänge durchleuchtet und die Wahrheit darüber aufdeckt?

Nicht gleich ein ganzes Buch ergibt die nächste Angelegenheit, vielleicht aber ein aufschlussreiches Feuilleton. Es geht um E. Honecker.

Der ehemalige Staatsratsvorsitzende der DDR war bekanntlich nach Moskau ins Exil gegangen. In Deutschland sollte ein Prozess gegen ihn aufgezo-gen werden, aber seine Ärzte erklärten, dass die Krebskrankheit, an der er litt, ihn verhandlungsunfähig gemacht habe. Nach Operationen und diversen Behandlungen befand er sich im Endstadium des Leidens.

Trotzdem wurde er von zwei "unabhängigen" sowjetischen Gutachtern plötzlich für "gesund und voll verhandlungsfähig" erklärt, und nach Berlin ausgeliefert. Erst hier, wo ihn zwei deutsche Ärzte erneut untersuchten, stellten die fest, er sei nicht nur infolge seiner Krankheit verhandlungsunfähig, sondern selbstverständlich auch haftunfähig. Das spektakuläre "Nürnberg-DDR-Tribunal", von dem manche Leute geträumt hatten, fiel aus.

Eine typische "Mattglas-nost-Geschichte" ist da abgelaufen. Dass man in Moskau für Geld jedes Gutachten kaufen konnte (und kann), ist bekannt. Mich würde interessieren: wer hat die "Gutachter" bezahlt? Und warum kann man die Herren denn heute nicht darüber befragen, wie das damals lief? Und wer die Fäden zog...?

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem alle Ostblockstaaten angehörten, unterhielt an seinem Sitz in Moskau die RGW-Bank. Sie kassierte alle westlichen Devisen, die von den Ländern im Außenhandel, an den Embargos und Beschränkungen vorbei, eingenommen wurden. Wer für devisenträchtige Materialien oder Geräte Valuta brauchte, musste sie beim RGW beantragen. Ein komplizierter Vorgang...

Die RGW-Bank, die über horrende Valutare-serven verfügte, weil sie die Vergabe äußerst restriktiv handhabte, verwaltete auch die nicht unbedeutenden Devisenerträge der DDR. Im Zuge der Abschaffung des Sowjetsystems wurde auch sie liquidiert.

Mich würde interessieren: Wohin sind diese Devisenreserven verschwunden? Ist jemals etwas zurückerstattet worden? Hat die BRD (als juristischer Nachfolger der DDR) etwas ausbezahlt bekommen? Wie hoch war das Guthaben zur Zeit der Liquidation? Was kann die heutige Moskauer Regierung darüber sagen? Oder will man sie nicht danach fragen? Wenn ja, warum nicht?

Wer schreibt endlich einmal die Geschichte der "Wismut - SAG"? Sie war nicht nur eine hochinteressante Variante einträglicher Besatzungspolitik; dieser von sowjetischen Spezialisten geleitete Betrieb verhalf Moskau zu dem weltweit begehrten, nahezu unbezahlbaren Rohstoff für die Atombombe, und im Zuge dieser Aktion wurden ostdeutsche Bodenschätze von unschätzbarem Wert unkontrollierbar und unbezahlt, als Reparation übrigens nirgendwo mit Wertangaben registriert, aus dem Lande gebracht.

Das ist die eine Seite der Sache. Die andere sind die Menschen, die in den Höhlengängen der Wismut-Stollen unter ständiger Lebensgefahr das Erz zusammenkratzten. Viele starben an Verstrahlung. Nicht wenige Ältere leiden heute höllische Qualen an den Nachwirkungen. Die SAG-Manager dachten, das alles könne mit etwas besserer Entlohnung bezahlt werden oder mit ein paar "Sonderzuteilungen" in Form von Butter, Käse oder Obst. Fragen nach dem Sinn der Sache wurden generell mit dem Hinweis beantwortet, das sei eine wichtige Arbeit für den Frieden. Er wurde sozusagen "in den Wismut-Stollen des sächsischen Erzgebirges verteidigt". (Wie heute die Sicherheit der BRD in den Bergen des Hindukusch!)

Mir ist nicht bekannt, dass unseren Landsleuten in den alten Bundesländern von ihren Besatzungsmächten Ähnliches abverlangt wurde. Jüngere Mitbürger in Ost wie West wissen von der "Wismut" kaum noch etwas. Dabei ist das ein lehrreiches Kapitel darüber, wie ein Teil der Deutschen (im Osten) nach dem zweiten Weltkrieg an die eine Siegermacht dafür zu zahlen hatte, während der andere (im Westen) sich der Hilfe durch den Marschall-Plan erfreuen durfte. Ein Stück deutscher Geschichte, wie es auch Jung-Politiker, die heute über zu hohe Renten und Kürzungen bei der Gesundheitsfürsorge schwätzen, erst einmal in ihrem Hirn unterbringen sollten.

Soll das vergessen werden oder nicht? Mir erscheint die Kenntnis solcher Vorgänge wichtiger als die eine oder andere Show mit Ost-Identifikationsfiguren. Oder das Gelaber über Pionier-Halstücher, fehlende Bananen, schlechten Kaffee, unmoderne Schuhe und ähnliche "Wichtigkeiten"...

Damit soll es erst mal genug sein, obwohl die Aufzählung durchaus weitergehen könnte. Es würde mich freuen, Herr G.,

wenn Ihre Frage und meine Antwort vom einen oder anderen Dokumentaristen als Anregung verstanden würden.

Herr W. aus Z.:

Ich höre in den Medien immer wieder, Vertreibungen, z.B. auf dem Balkan, wären völkerrechtswidrig. Unlängst erklärte der Bundeskanzler vor deutschen Vertriebenen, jede Vertreibung sei ein Verbrechen. Gilt das auch für die von den alliierten Siegermächten 1945 verfügte Vertreibung der Ostdeutschen? Haben auch sie damals gegen das Völkerrecht verstoßen?

Harry Thürk:

Das haben sie, denn es gibt kein 2-Klassen-Völkerrecht, und sie haben die Vertreibung der Deutschen mit veranlasst. Dass sie das unter dem Eindruck der ungeheuerlichen Verbrechen Hitler-Deutschlands taten, stellt keine Rechtfertigung dar.

Laut Gunnar Heinsohns "Lexikon der Völkermorde" (Rowohlt, 1999) wurden von ca. 16,6 Millionen Deutschen, die 1945 im damaligen Ostdeutschland sowie im benachbarten Osteuropa lebten, bis Mitte der 60er Jahre ca. 14,2 Millionen vertrieben und ihrer Habe beraubt.

Insgesamt 2.110.000 kamen bei der Vertreibung ums Leben. Dass darüber immer nur mit gedämpfter Lautstärke gesprochen wurde - wenn überhaupt -, war wohl dem Respekt gegenüber den Siegermächten geschuldet. Dass aber selbst nicht wenige Historiker einen Bogen um diese heikle Problematik machten, um "politische Korrektheit" bemüht, und um möglichst bei keiner der neuen Zeitgeistfreundschaften unter Staatsmännern anzuecken, ist letztlich für ein sehr verschwommenes Bild der Vorgänge verantwortlich.

Leider überließen es die Herren der Deutungshoheit in der Vergangenheit allzu oft rechtslastigen bis faschistischen Schreibern, die tatsächlichen Hintergründe aufzulisten. Was der Glaubwürdigkeit sonst redlicher "Geschichtsbewältiger" nicht immer dienlich war. Es lohnt sich deshalb, einen neutralen Blick hinter den Vorgang "Vertreibung 1945" zu werfen...

Das Anti-Hitler-Bündnis der drei Mächte (SU-USA-GB) litt an der Erbkrankheit einer jeden Koalition, der Unterschiedlichkeit eigener Interessen bei gemeinsamem Ziel. So galt das Engagement der beiden westlichen Staaten vornehmlich der Niederschlagung des deutschen Faschismus, der mit seiner Mordpolitik ganz Europa zu einem Vorraum der Gaskammern seiner KZ's zu machen drohte. Da war Verteidigung der Humanität, der Menschenrechte und des Lebens - etwa der von Hitler zur Ausrottung bestimmten Juden - eindeutig das Motiv, wenngleich natürlich auch politische und wirtschaftliche Eigeninteressen eine Rolle spielten. Und das muss natürlich auch heute bei der Bewertung alles dessen, was sie taten, gewürdigt werden, wobei Fehlentscheidungen nicht verschwiegen werden sollten.

Im Falle Stalins, des Dritten im Bündnis, stellen sich die Dinge anders dar. Ein echter Durchblick war für Leute wie uns erst nach dem Ende der DDR und des dominierenden Einflusses der Sowjetunion auf die Geschichtsauslegung möglich.

Bereits im Herbst 1938 hatte Stalin die Spitzenkader der polnischen Kommunistischen Partei, die sich auf seine West-Strategie nicht einschwören lassen wollten, beseitigt (A. Warski, H. Waletzki, J. Lenski, V. Kostrzewski). Sie wurden nach Moskau beordert und hier kurzerhand erschossen. Eine Riege neuer, stalintreuer polnischer KP-Funktionäre war bereits "im Training", als Sowjetunion und Hitlerdeutschland ein Jahr später (23.8.1939) ihren sogenannten Nichtangriffspakt schlossen, dessen (vorerst geheimes) Zusatzprotokoll die "Neuordnung der beiderseitigen Interessensphären" regelte. Darin befindet sich (in §2) der bemerkenswerte Satz "Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt." Das war die Vorwegnahme der künftigen deutsch-sowjetischen Grenze, denn weiter heißt es in §2: "Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen, und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden." Das war die Ankündigung der 4. Teilung Polens. Sie erfolgte unmittelbar nach dem Ende der aufeinander abgestimmten Feldzüge beider "Zangenstaaten", von denen Stalin in einem Toast auf dem Siegesempfang im Kreml erklärte, ihre Freundschaft sei jetzt "... mit Blut besiegelt". Über das polnische Blut sagte er nichts, während seine Geheimpolizei aus dem von ihm besetzten Teil Ostpolens eine Viertelmillion Kriegsgefangene und etwa eineinhalb Millionen "gefährlicher" Zivilbürger in Lager am Polarkreis abtransportieren ließ. Ein Vorgang, der auf der deutschen "Interessenseite" sein alle Vorahnungen an Grausamkeit übertreffendes Gegenstück fand: die "Neuordnung", wie das zynisch genannt wurde, nahm ihren Lauf. Bis Hitler dann 1941 die Sowjetunion angriff und sich der Widerstand gegen seine Barbarei auch durch den Eintritt der USA in den Krieg in eine neue Dimension bewegte. Sie sah die Westmächte und Stalin als Alliierte. -

Der Krieg kehrte dahin zurück, von wo er ausgegangen war. Die beiden Repräsentanten der westlichen Großmächte begannen, mit ihrem sowjetischen Verbündeten die Zukunft Deutschlands zu erörtern, das in absehbarer Zeit besiegt sein würde. Unvermeidlich kam das Schicksal Polens ins Gespräch, dessen Exilregierung in London residierte. 108.000 km² ostpolnischer Landfläche hatte Stalin das Geschäft mit Hitler eingebracht. Und er erklärte seinen neuen Alliierten auf ihre eher beiläufige Nachfrage, dass dieses Territorium inzwischen unweigerlich zur Sowjetunion gehöre. Aber er hatte sich auf die Frage sehr gut vorbereitet, und jetzt öffnete er die Klappe zu seiner geschickt konstruierten Falle: Selbstverständlich müsse Polen für diese Landabgabe entschädigt werden, am besten geschähe das, indem es sich territorial nach Westen ausdehne, auf Kosten des Angreifers Deutschland. Etwa bis zur Oder...

Die Westalliierten waren erleichtert, weil sich abzuzeichnen begann, dass Stalins Armeen die größte Last des Krieges in Europa zu tragen begannen. Das sparte ihnen hohe Verluste an Menschen. Und sie würden diese Armeen Stalins vor allem in Fernost brauchen, im Kampf gegen die mächtige militär-industrielle Konzentration Japans in der Mandschurei. Schon heute forderte der Pazifik-Krieg den USA Verluste in kritischer Höhe ab. Also musste man Stalin in dieser ostpolnischen Frage entgegenkommen: Sie stimmten der von "Väterchen" listig vorgeschlagenen "Gebietsverschiebung" zu. Brachten lediglich die unverbindliche Floskel an, die nötig werdende "Umsetzung" von Bevölkerung müsse auf eine humane Art vollzogen werden. Skizzierten bereits die Grenzen ihrer Interessensphären im besiegten Deutschland, die späteren Besetzungszonen. Ebneten mit ihrer Zustimmung, einer fatalen Fehlentscheidung, Stalin den Weg bis an die

Elbe, denn Polen, in das die in Moskau bereitstehende neue Politiker-Riege nach der Befreiung zum Regieren einrückte, endete nun an der Oder, und westwärts, wo nach dem Sieg die "Gruppe Ulbricht" einzog, lag die sowjetisch besetzte Zone - Polen sozusagen als Durchgangsland in die "westliche Bastion des sozialistischen Lagers". Wie das weiterging, als die Westmächte und ihre verbündeten dann gegen die Sowjetunion und ihre "Volksdemokraten" den Kalten Krieg führten, das wissen wir. Erlebten es bis zum Ende mit...

Bleibt zu sagen, dass ich das alles absichtlich etwas breit dargestellt habe, um möglichst viele Denkanstöße auch für andere Schlussfolgerungen zu bieten. Ich persönlich halte das Vorgehen der Westmächte in der Vertreibungsfrage nicht für einen gezielten Bruch des Völkerrechts, sondern für einen Verstoß, der aus einer Fehlentscheidung in einer Detailfrage entsprang. Absolut nicht etwa vergleichbar mit Hitlers Völkermord, bei dem ein Verbrechen nach dem anderen das Völkerrecht gezielt verhöhnte.

Beklagenswert, dass diese Fehlentscheidung den beiden Leidtragenden der Vertreibung, Deutschen und Polen, deren Verhältnis zueinander ohnehin zerstört war, diese zusätzliche Hypothek aufbürdete, die bis heute keineswegs abgetragen ist. Man kann nur hoffen, dass vernünftige Leute aus beiden Völkern diese Arbeit fortführen.

Herr Go. in Se. (Alt-BRD):

Haben Sie kürzlich im TV die Ostalgie-Shows gesehen?
Und möchten Sie nun auch die DDR zurück haben?

Harry Thürk:

Show-Programme sind nicht so sehr mein Geschmack, wenn ich mich unterhalten will - ich habe in eines von denen die Sie meinen nur kurz hineingeschaut und kann daher nicht viel darüber sagen. Aber sie entsprechen wohl dem Wunsch vieler meiner Landsleute, und das verstehe ich schon. Erinnern und Wiedererkennen tun oft der Seele gut. Deshalb sollte man den Wunsch danach nicht verketzern. Wer sich nicht erinnern will (einige Millionen ehemaliger DDR-Bürger haben von den vier Jahrzehnten, die sie in dem Staat verlebten, ja nicht nur schlechte Erinnerungen), der soll einen anderen Sender einschalten. So verstehe ich Freiheit der eigenen Entscheidung. -

Was mich persönlich angeht, so bin ich Realist genug, um zu wissen, dass man Vergangenes nicht zurückholen kann, selbst wenn man das möchte. Was bei mir nicht der Fall ist, denn ich habe schon immer in der Gegenwart gelebt und tue das auch jetzt. Ich glaube, dass auch die meisten ehemaligen DDR-Bürger das tun. Deshalb begegne ich solchen Behauptungen, sie würden die Ostalgie-Shows nur sehen, weil sie sich die DDR zurück wünschten, mit großer Skepsis. Sie sind mir zu laut, zu exhibitionistisch, zumal ihre Verbreiter meist noch mit solchen epochalen Bekenntnissen aufwarten, die selbst routinierte Marktschreier in den Schatten stellen, etwa dass einem von Mona-Kaffee Erbrechen befiel, von Vita-Cola erst recht - ich habe den Verdacht, dass sich da politische Nomaden oder zu spät kommende Chancenjäger demonstrativ als ungeheuer "politisch korrekt" anpreisen wollen, vielleicht in der Hoffnung, dass doch mal ein Beamtenpöstchen dabei herauspringt. Erbärmlichkeit hat viele Gesichter...

Ich selbst habe schlimme wie auch schöne Erinnerungen, verteilt auf unterschiedliche Gesellschaftssysteme, in denen ich zu leben hatte. Sie sind mir gleich wertvoll. Ohne dass ich eines der Systeme zurück haben möchte, in denen ich sie machte. Und daran würde selbst die perfektste TV-Show mit den lächerlichsten Erbrechen von irgendeiner Kaffeesorte nichts ändern. Ich würde den Betreffenden höchstens raten, es mal mit Tee zu versuchen.

Frau W. aus E.:

Es gab bis zum Ende des amerikanischen Irak-Krieges meines Wissens kein Publikationsorgan (Zeitung, Radio, TV), das nicht von den Giftstoffen sprach, die im Irak versteckt seien und die ganze Welt bedrohten. Nun wurde dort aber nicht dergleichen gefunden, so dass der gewichtige Grund für den Angriff auf den Irak sich als gegenstandslos erweist. Wie erklären Sie sich, dass der amerikanische Geheimdienst so schlechte Arbeit leistete?

Harry Thürk:

Ich habe die Behauptungen über die irakischen Gifte immer für psychologische Kriegsvorbereitung gehalten, nicht für Aufklärungsergebnisse der CIA. Die brauchte da nichts aufzuklären, was mit der angeblichen Weltbedrohung durch irakische Gifte zusammenhing. Der Krieg war beschlossene Sache und diente einem völlig anderen Zweck als der Prävention von Giften. Heute spricht der US-Außenminister von einer "Neuordnung im Vorderen Orient". Diesen anrühigen Begriff habe ich von 1939 in Erinnerung, da ging es (dem damaligen deutschen Außenminister) um die "Neuordnung Europas". Sprache ist nun einmal verräterisch, und ob einem Vergleiche passen oder nicht, sie drängen sich einfach auf. -

Der "Neuordnungskrieg" gegen den Irak wurde seit Jahren von Werbeagenturen in den USA systematisch vorbereitet, durch die gezielte Verbreitung von Horror-Meldungen z.B. über Gifte, die dort angeblich nach dem ersten Ölkrieg von Bush-Vater versteckt worden waren. Dabei hätte ein Chemie-Student im 2. Semester den Werbestrategen sagen können, dass die fraglichen Gifte wie etwa Tabun oder Sarin, auch übrigens das vielbemühte Antrax, eine sogenannte Verfallszeit haben, ähnlich wie Medikamente. Sie beträgt im Höchstfalle 5 Jahre. Danach ist das Zeug (nach der drastischen aber so gut wie nie publizierten Aussage eines UN-Kontrollleurs der ersten Garnitur) bestenfalls noch als Blumendünger verwendbar. Nicht dass die von der US-Regierung für die Anti-Irak-Stimmungsmache bezahlten Werbeleute das nicht gewusst hätten - sie bauten erfolgreich auf die leichte Beeinflussbarkeit, die Leichtgläubigkeit und das Unwissen des Massenpublikums. Die Psychose nahm ihren Lauf. An Meinungsmanipulierern waren - um nur einige zu nennen - etwa die Dame beteiligt, die mit ihrer Agentur "Uncle Ben's Reis" weltbekannt machte, die Washingtoner Agentur Rendon, die

schon den Afghanistan-Feldzug vorbereitete, Rudder Finn und andere. (Übrigens macht die deutsche Politik bei der Nutzung solcher Verdummungs-Institutionen keine Ausnahme. "Bild" berichtete am 28.12.02, dass die in Hannover ansässige Werbefirma "Odeon Zwo" insgesamt 29 Millionen Euro aus der Regierungskasse für ihre Dienste erhielt) Ich rate Ihnen deshalb, im Zusammenhang mit Ihrer Frage zwei Dinge klar zu erkennen und in ähnlich gearteten Fällen zu berücksichtigen:

1.) In dieser Gesellschaft, die so sehr ihren Unterschied zu Diktaturen betont, ist die Freiheit der Information auf dem besten Wege, zur Lüge auf Bestellung (und Bezahlung) zu verkommen.

2.) Öffentliche Zuneigung oder Empörung können von Massenmedien hervorgerufen und so weit gesteigert werden, dass alle Logik verloren geht und die tatsächliche nachweisbare Wahrheit mühelos als "intellektuelle Spinnerei" verketzert werden kann.

Und genau das war bei den "weltbedrohenden Irak-Giften" der Fall.

Herr Ch. in F.:

In Rezensionen über Ihren Roman "Der Gaukler" las ich des öfteren, dies sei "ein Buch gegen den russischen Dissidenten Solshenizyn". Nun habe ich das Buch selbst gelesen und festgestellt, es geht darin gar nicht um Solshenizyn. Nicht einmal sein Name findet sich darin. Können Sie das erklären?

Und können Sie mir die Entstehungsgeschichte des "Gauklers" etwas erläutern?

Harry Thürk:

Immer wenn ein Leser eine Romanfigur mit einer ihm bekannten lebenden Person identifiziert, so ist das seine Sache. - Wer über die Vorgänge hinter den Kulissen des Kalten Krieges nichts hören will, der sollte den "Gaukler" nicht lesen. Die dort geschilderten Methoden der inneren Aushöhlung unbequemer und missliebiger Staatsysteme sind sowieso inzwischen Geschichte. Diese Technik wurde ja von einer viel einfacheren und gradlinigen, schneller wirksamen abgelöst, seitdem es nur noch eine Weltmacht gibt: der Krieg ist wieder in Mode. Wie erst kürzlich im Irak. Nur dass die Propagandisten ihn nicht mehr "Krieg" nennen, sondern "Militärschlag". Oder "Bewaffnete Aktion". Und dass ihr anstandshalber das Mäntelchen des "Kampfes für Menschenrechte" oder der "Befreiung von einem Diktator" umgehängt wird. Das heilige Gebot des friedlichen Zusammenlebens der Völker durch die strikte Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten ist damit drastischer und endgültiger, auch demagogischer ausgehebelt als jemals zuvor.

Wer will, kann auch das ignorieren, lieber seine Ikone pflegen und sollte am besten Comics lesen. -

Übrigens hat der noble Autor, der so gern im Zusammenhang mit dem "Gaukler" genannt wird (und dessen Dokumentation der stalinschen Lager ich ausdrücklich als sehr wichtig empfinde) jüngst ein neues fundamentales Werk vorgelegt. Er hat, etwas lange nach Dr. Goebbels, dessen Theorie schon von den Nazis in meiner Schulzeit verbreitet wurde, die "jüdischen Wurzeln des sowjetischen Bolschewismus" neu entdeckt. Es ist bei den Empfehlern neuer Bücher seltsam still darum. Peinlich, peinlich! Wo man doch bei Walser aus einem Nichts einen Montblanc machte und ganz schnell die schwersten Kanonen auffuhr...

Aber - vielleicht kommt ja doch bald der versöhnliche Rat, "man müsse das alles eben doch etwas differenzierter sehen". Zum letzten Teil der Frage: Zum Schreiben des "Gauklers" wurde ich letztlich angeregt, weil man mich in einer Moskauer Journalistenkneipe irrtümlich für einen Deutschen aus der damaligen BRD hielt. Es gab da ein "durchschlagendes Bier". Und immer wenn ich es in die Toilette geschafft hatte, stand da ein Russe, hielt mir ein Bündel Manuskriptseiten hin und flüsterte im Verschwörerenton: "Tatsachenbericht eines Dissidenten! Du nehmen mit nach Deutschland. Machen Buch. Honorar fifty-fifty - OK?"

Ich bitte, mir zu verzeihen, dass ich danach manch hehre Phrasen nicht mehr für voll nehmen konnte. Aber das lag eben ganz allein an mir...

Frau C. in W.:

Kürzlich erwischte ich im Fernsehen eine Sendung, in der ein Show-Star aus der ehemaligen DDR sehr positiv vorgestellt wurde. Es hieß da, es handle sich um eine "Integrationsfigur für den Osten". Wer oder was soll da wo integriert werden? Und was braucht man, um eine solche Figur zu sein?

Harry Thürk:

Seitdem Regierungen abgelöst und durch andere ersetzt werden können, wobei sich meist auch die von den Regierenden vorgegebene parteipolitische Denkrichtung ändert, hat sich auf diesem Gebiet die sogenannte "Integrationsfigur" eingebürgert, die Leute durch ihr Beispiel in die "neue Wirklichkeit" mitziehen soll, die abwarten und zögern.

Ihr bunter Zwillingbruder ist schon lange in der Reklamebranche tätig, etwa als Anpreiser von Wärmedecken, Slip-Einlagen oder Tiefkühl-Pizza. Für diesen Job werden vornehmlich Leute engagiert, die eine gewisse Popularität beim "einfachen Volk" besitzen, dem Käufer solcher Waren. Verdienste als Anpreiser können sich Show-Größen, Skandalnudeln, Huren oder sonstige Lichtgestalten erwerben, aber auch Sportler oder ausgediente Polit-Clowns ("Was - diesen BH trägt Mady Plump? Kaufe ich sofort! Wie die will ich auch aussehen!") Es werden königliche Honorare bezahlt. Schließlich macht man sich ja um die Wirtschaft verdient, um den Markt...

Was die Zwillingsschwester "Integrationsfigur" angeht, so kommt sie als eine Art Anpreiserin ins Spiel, wenn etwa eine neue Regierung feststellt, dass größere Teile der an das voraufgegangene Regime gewöhnten Bevölkerung gegen die "neue Wirklichkeit" so misstrauisch sind, dass es bei einer Wahl unliebsame Überraschungen geben könnte. Da braucht man dann aus einem Teil der "alten Bevölkerung" Leute eines gewissen Bekanntheitsgrades als "Mitzieher" der Zögernden. Sie sollen diesen "Miesmachern" glaubhaft einreden oder vorführen, wie wohl man sich doch in der neuen Ära

fühlen kann. Sie sorgen dafür, dass ihre misstrauischen Mitbürger da ankommen, wo die Regierung sie haben will. Für diesen Job sind wiederum ausgediente Sportler gefragt, Show-Größen und Skandalnummern aller Art, aber durchaus auch ernsthafte Künstler, weil unter den Liebhabern der Künste die Zurückhaltung gegen neue Regime erfahrungsgemäß erheblich ist.

Gelohnt wird ebenfalls königlich. Außer in bar auch in Beraterverträgen, Pöstchen, bei Künstlern mit Promotion, mit dem berühmten "Wink" an die Medien, der Einladungen zu Talk-Shows bringt, Ausstellungen, eigene TV-Programme, Auflagenerhöhung durch Aufnahme in den Lehrstoff der Schulen, Doktorhüte, und, und, und...

Übrigens spielt bei einer Figur, die sich dem neuen Regime zwecks Integration verpflichtet, eine etwaige Korruption durch das vorausgegangene System keine Rolle mehr. Sie wird vergessen. Auch die Zugehörigkeiten zu ehemals höchsten Entscheidungsgremien, die offiziell als "Unterdrückungsorgane" gelten, sind unerheblich. Selbst Geschenke der ehemaligen Geheimpolizei in der Größenordnung von Import-Autos oder Villen ("Ach, ich war ja damals noch so jung und begeisterungsfähig, das müssen Sie verstehen...") werden nicht einmal mehr erwähnt. Entscheidend ist die Bereitschaft, als Integrationsfigur zu dienen. (Was manchmal gar nicht so einfach ist, z.B. wenn es sich um einen Sozialstaat handelt, der gerade in einen Überwachungsstaat umgemodelt wird!)

Dass dieses Prinzip auf dem Nachahmungseffekt basiert, auf der Leithammelmusche, darf nicht verwundern. Es zeigt sich da eben eine neue Auffassung von Politik.

Zuletzt die Antwort auf die Frage, was man als Integrationsfigur braucht: Möglichst wenig Selbstachtung, Anstand, Skrupel, Prinzipien. Nützlich ist die Geisteshaltung eines weltanschaulichen Nomaden. Um Himmels Willen keine Moral! Dafür die Bereitschaft, immer dort zu grasen, wo es saftigen Klee gibt.

Wenn Sie glauben, dies alles duftet zu sehr nach Deutschland, lassen Sie sich sagen, dieser "Duft" ist weltweit zu finden. Global, im besten Sinne...